

**Landeskommission
Berlin
gegen Gewalt**

**Berliner Forum Gewalt-
prävention**

**SCHLAGWORT Integration
Junge Zuwanderer und Gewalt
in Berlin**
Dokumentation der Tagung am
27. August 2007

Nr. 34

Impressum:

Berliner Forum Gewaltprävention

Das BFG erscheint unregelmäßig.
Es wendet sich an Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter von Institutionen, Verwaltungen, Verbänden und an die interessierte Öffentlichkeit als Forum zur Diskussion und Information über Prävention.

Herausgeberin:

Landeskommission
Berlin gegen Gewalt
Vorsitzender: Staatssekretär Thomas Härtel
Senatsverwaltung für Inneres und Sport
Klosterstr. 47,
10179 Berlin-Mitte
Telefon: (030) 9027-2913
Telefax: (030) 9027-2921
E-Mail:

Manula.Bohlemann@
SenInnSport.Berlin.de

Internet:

www.berlin-gegen-gewalt.de

Redaktion:

Stephan Voß

Die Redaktion behält sich vor, eingereichte Beiträge zu kürzen. Für die namentlich gekennzeichneten Beiträge übernimmt der Herausgeber keine Verantwortung.

Nachdrucke sind nur mit Quellenangabe gestattet und bedürfen der Zustimmung der Autorin oder des Autors.

ISSN 1617 - 0253

V.i.S.d.P.:

Stephan Voß
2008, 9. Jahrgang

Druckauflage:

2.000 Exemplare

Druck:

AAD Trescom GmbH



Inhaltsverzeichnis	2
Programm	3
Anne Seyfferth Begrüßung	5
Thomas Härtel Begrüßung und Einführung	7
Stephan Voß Interkulturell, interdisziplinär und institutionenübergreifend – ein Fazit zur Arbeitsgruppe	11
Manfred Heßler TATsachen – Gewalt von jungen männlichen Zuwanderern	15
Frank Gesemann Bildung und soziale Lage junger Zuwanderer in Berlin	33
Haci-Halil Uslucan Männlichkeitsbilder, Familie und Erziehung in den Communities von Zuwanderern	43
Podiumsdiskussion Teil 1 Arbeit, Aufenthaltsrecht, Polizei und Justiz	56
Podiumsdiskussion Teil 2 Bildung, Erziehung, Familie und Gender	78
Verzeichnis der Autor/innen	95
Veröffentlichungen der Landeskommission Berlin gegen Gewalt	96



SCHLAGwort Integration - Junge Zuwanderer und Gewalt in Berlin

**Landeskommission Berlin gegen Gewalt
in Kooperation mit der
Friedrich – Ebert - Stiftung**

**Berliner Rathaus
27.8.07**

Junge, männliche Personen mit Migrationshintergrund werden – nicht nur – in Berlin überproportional häufig von der Polizei im Bereich der Gewaltdelikte registriert. Sie stellen den größten Teil der bei der Berliner Staatsanwaltschaft registrierten Intensivtäter.

Mit dem Ziel, die Ursachen für die überproportionale Delinquenz junger männlicher Personen mit Migrationshintergrund zu analysieren, Risikofaktoren zu benennen, konkrete Konzepte zur Prävention zu entwickeln sowie Empfehlungen für die Umsetzung der Präventionsmaßnahmen zu erarbeiten, hat die Landeskommission Berlin gegen Gewalt 2005 die ressortübergreifende Arbeitsgruppe „Gewalt von Jungen, männlichen Jugendlichen und jungen Männern mit Migrationshintergrund in Berlin“ unter Beteiligung verschiedener Migrantenorganisationen eingesetzt. Der Bericht und die Empfehlungen dieser Arbeitsgruppe wurden im März dieses Jahres veröffentlicht. (www.berlin-gegen-gewalt.de)

Unsere Tagung wird vormittags die wichtigsten Ergebnisse dieser Arbeitsgruppe vorstellen. Nachmittags steht die Diskussion über die Konsequenzen, die Politik und die Organisationen der Migrant/innen in Berlin aus den Empfehlungen der Arbeitsgruppe ziehen, im Vordergrund. Staatssekretär/innen der Berliner Senatsverwaltungen, der Beauftragte des Berliner Senats für Integration und Migration sowie Vertreter/innen von Berliner Migrantenorganisationen sind eingeladen, Position zu beziehen und miteinander zu debattieren, wie Gewaltprävention in Berlin im Rahmen einer zukunftsorientierten Integrationspolitik zu gestalten ist und damit Vorbild auch für andere Städte sein kann.

Ab 8.30 Uhr Registrierung

9.00 Uhr

Begrüßung und Einführung

Anne Seyfferth, Friedrich-Ebert-Stiftung

Thomas Härtel, Vorsitzender der Landeskommission Berlin gegen Gewalt, Staatssekretär für Sport

9.30 Uhr

Impuls 1

Interkulturell, interdisziplinär und institutionenübergreifend – ein Fazit zur Arbeitsgruppe

Stephan Voß, Leiter der Geschäftsstelle der Landeskommission Berlin gegen Gewalt

9.45 Uhr

Impuls 2

TATsachen - Gewalt von männlichen jungen Zuwanderern

Dr. Manfred Heßler, Fachhochschule Dortmund

10.15 Uhr

Pause

10.45 Uhr

Zusammenhänge 1

Bildung und soziale Lage von Zuwanderern in Berlin

Dr. Frank Gesemann, Sozialwissenschaftler, M&S – Migration und Stadtentwicklung, Berlin

11.30 Uhr

Zusammenhänge 2

Männlichkeitsbilder, Familie und Erziehung in den Communities von Zuwanderern in Berlin

Dr. habil. Hacı -Halil Uslucan, Institut für Psychologie, Universität Potsdam

12.15 Uhr

Mittagspause

Konsequenzen aus den Empfehlungen 1

13.15 Uhr

Arbeit, Aufenthaltsrecht, Polizei und Justiz

Hamad Nasser, Palästinensische Gemeinde Berlin e.V.

Celal Altun, Generalsekretär der Türkische Gemeinde zu Berlin e.V.

Kenan Kolat, Geschäftsführer des Türkischen Bundes Berlin-Brandenburg e.V.

Bosiljka Schedlich, südost Europa Kultur e.V., Stiftung BRÜCKENSCHLAG

Ulrich Freise, Staatssekretär für Inneres

Hasso Lieber, Staatssekretär für Justiz

Kerstin Liebich, Staatssekretärin für Arbeit

15.00 Uhr

Kaffeepause

Austausch über Präventionsstrategien

15.30 Uhr

Konsequenzen aus den Empfehlungen 2

Bildung, Erziehung, Familie und Gender

Safer Çınar, Vorsitzender des Türkischen Elternvereins Berlin-Brandenburg e.V.

Hasan Sezgin Kurdische Demokratische Gemeinde e.V., Berlin

Hüseyin Midik, Mitglied des Vorstandes der Türkisch Islamischen Union der Anstalt für Religion e.V., Berlin

Rene Abul - Ella, Geschäftsführerin Al - Dar e.V.

Ludger Pieper, Senatsverwaltung für Bildung, Wissenschaft und Forschung

Almuth Nehring - Venus, Staatssekretärin für Frauen

Günter Piening, Beauftragter des Berliner Senats für Integration und Migration

Moderation

Eren Ünsal, pop - consulting

17.15 Uhr

Ende der Veranstaltung

Tagungsmoderation

Stephan Voß



Anne Seyffferth

Begrüßung

Sehr geehrter Staatssekretär Härtel, sehr geehrte Damen und Herren,

im Namen der FES begrüße ich Sie heute morgen sehr herzlich zu unserer Tagung „Schlagwort Integration – Junge Zuwanderer und Gewalt in Berlin“ und freue mich sehr über das große Interesse an unserer Veranstaltung!

Eines der Themenstränge in der Arbeit des Forums Politik und Gesellschaft der Friedrich-Ebert-Stiftung ist Gewalt im Leben von Kindern und Jugendlichen.

Wir haben dazu in der Vergangenheit regelmäßig mit der Landeskommission Berlin gegen Gewalt kooperiert und ich freue mich sehr, dass wir auch die heutige Tagung gemeinsam durchführen. Die Hauptlast der inhaltlichen Vorbereitung dieser Konferenz lag bei der Landeskommission Berlin gegen Gewalt und ich bedanke mich daher umso herzlicher bei unserem Kooperationspartner, insbesondere Herrn Voß.

Berichte über Gewalttaten junger Männer füllen seit einigen Jahren regelmäßig und zunehmend den „Berlinteil“ unserer Tagespresse. Insbesondere wenn es zu gewalttätigen Vorkommnissen in einer Schule kommt, werden Forderungen laut, Maßnahmen zu ergreifen, die diese Gewalt wirksam eindämmen können.

Im letzten Jahr haben die FES und die Landeskommission gegen Gewalt eine gemeinsame Tagung zum Thema „Männliche Sozialisation und Gewalt“ durchgeführt. Sie hat sehr deutlich gemacht, dass Aggressivität und Gewalt keine angeborenen, männlichen Verhaltensmuster sind, sondern dass das Verhalten der Jungen und jungen Männer vielmehr im Laufe der Lebensphasen geprägt wird.

Das gilt natürlich auch für Jungen, männliche Jugendliche und junge Männer mit Migrationshintergrund. Dass wir uns heute speziell mit der Gewalt dieser männlichen, jungen Gruppe beschäftigen, liegt daran, dass sie in Berlin überproportional häufig von der Polizei im Bereich der Gewaltdelikte registriert wird.

Die Landeskommission Berlin gegen Gewalt hat zu diesem Thema eine ressort- und institutionenübergreifende Arbeitsgruppe mit dem Auftrag eingesetzt, gemeinsam mit Vertretern und Vertreterinnen von Migrantenorganisationen Maßnahmen zur Reduzierung von Gewalt und Kriminalität zu entwickeln.

Auch die Ursachen der im Vergleich zu ihrem Anteil an der Bevölkerung überproportionalen Delinquenz von jungen männlichen Personen mit Migrationshintergrund im Zusammenhang mit Gewaltdelikten zu analysieren und entsprechende Risikofaktoren zu benennen, war Aufgabe der genannten Arbeitsgruppe.

Ihre Ergebnisse liegen nun vor und wir werden im Laufe des Vormittags darüber informieren.

Da diese Ergebnisse – wie angedeutet - in einem Diskussionsprozess und unter Beteiligung vieler Fachmensen und Institutionen entstanden sind, liegt uns hiermit eine ausgezeichnete Analyse über die Ursachen der überproportionalen Delinquenz von jungen männlichen Personen mit Migrationshintergrund sowie ein sehr umfassender Katalog von Empfehlungen für konkrete Präventionsmaßnahmen vor.

Allen Beteiligten dieser AG gratuliere ich herzlich für diese gelungene Arbeit.

Nun aber kommt natürlich der entscheidende Schritt, nämlich die Umsetzung der Empfehlungen.

Die Konsequenzen, die Politik und die Organisationen der Migranten aus den Empfehlungen ziehen, werden heute Nachmittag diskutiert und ich freue mich, dass wir für unsere Diskussion hochrangige Entscheidungsträger und -trägerinnen gewinnen konnten!

Ich wünsche uns allen sehr, dass von den vorliegenden Arbeitsergebnissen sowie der heutigen Diskussion neue konkrete Impulse für Maßnahmen der Politik und Gesellschaft entstehen, die geeignet sind, einen Beitrag zur Eindämmung der Gewaltdelikte jugendlicher Migranten zu leisten!

„Aufwachsen ohne Gewalt“ – dieses Ziel des Nationalen Aktionsplans „Für ein kindgerechtes Deutschland“ – ist wichtig für alle unsere Jugendlichen in Berlin – mit oder ohne Migrationshintergrund – und auch für die gesamte Berliner Bevölkerung. Vielleicht schaffen wir es ja Vorbild für andere Kommunen zu werden!

Herzlichen Dank an alle Mitwirkenden!

Ihnen allen wünsche ich eine bereichernde Tagung!

GEWALT
BERLIN GEGEN
GEWALT

Thomas Härtel

Begrüßung und Einführung

Meine sehr geehrten Damen und Herren, liebe Gäste,

ich freue mich, Sie hier im Berliner Rathaus zu der von uns gemeinsam mit der Friedrich - Ebert - Stiftung organisierten Veranstaltung „SCHLAGwort Integration – Junge Zuwanderer und Gewalt“ begrüßen zu können. Ganz besonders freue ich mich darüber, dass die Tagung auf ein so überwältigendes Interesse stößt. Über 400 Anmeldungen belegen dies.

Dass wir heute im Berliner Rathaus zusammen kommen, um zu diskutieren, wie wir die Gewaltprävention in Berlin mit Blick auf die überproportionale Beteiligung von jungen männlichen Personen mit Migrationshintergrund an Rohheitsdelikten künftig gestalten wollen, ist kein Zufall: Wir wollten an einem für die Berliner Politik zentralen Ort tagen. Denn unser Thema ist für Berlin tatsächlich von großer Bedeutung.

Gewalt verletzt das zivile Minimum. In Berlin sind die Tatverdächtigenbelastungszahlen der 8- bis unter 21-Jährigen zu Rohheitsdelikten von 1991 bis 2006 laut Polizeilicher Kriminalstatistik kontinuierlich gestiegen. Wurden 1991 1,47% dieser Gruppe im Bereich der Rohheitsdelikte polizeilich registriert, waren es 2006 2,74%. Die Zahlen haben sich also nahezu verdoppelt. Allerdings bedeutet dies im Umkehrschluss, dass im Jahr 2006 im Bereich der Rohheitsdelikte etwas mehr als 97% der Personen in diesem Altersbereich nicht polizeilich registriert wurden. Dies zu erwähnen ist wichtig, um falscher Dramatisierung vorzubeugen. Betrachtet man jedoch z.B. nur die Körperverletzungsdelikte, stellt man fest, dass z.B. im Jahr 2005 8,4% der männlichen nichtdeutschen Jugendlichen, d.h. jeder Zwölfte von ihnen, und 2,9% der männlichen deutschen Jugendlichen polizeilich registriert wurden. Dies ist tatsächlich beunruhigend und aus vielerlei Gründen nicht hinnehmbar. Ich will nur zwei nennen:

- Gewalt schafft Opfer. Diese tragen nicht nur physische Verletzungen davon, sondern sind auch erheblichen psychischen Belastungen ausgesetzt. Und: Mehr Gewalt schafft mehr Opfer.
- Gewalt unter jungen Menschen schafft aber nicht nur Opfer, sondern sie beeinflusst das Aufwachsen von Kindern und Jugendlichen negativ. Dies betrifft nicht nur die so genannten Problembezirke von Berlin, sondern prägt die Atmosphäre stadtweit, wenn auch in den einzelnen Bezirken unterschiedlich. Kinder und Jugendliche haben oft Angst, bestimmte Orte aufzusuchen, sie überlegen sich, mit welchen Verkehrsmitteln sie zu welchen Zeiten fahren, sie fühlen sich nicht selten von anderen Jugendlichen eingeschüchtert und bedroht, sie trauen sich zu selten, ihre Meinung zu sagen, geschweige denn, zu unrechtem Verhalten Stellung zu nehmen. Anzeige zu erstatten, wenn Unrecht geschehen ist, wird oft vermieden, weil Kinder und Eltern Angst vor Repressalien haben. So wird eine Kultur des Schweigens, des Wegsehens und des Duldens befördert. Dies dürfen wir auch deshalb nicht tolerieren, weil eine zunehmende Dominanz von respektlosem und andere missachtendem Verhalten zu Vermeidungsstrategien führt, die letztlich die individuelle Freiheit beschränken.

Opfer zu vermeiden, aber auch Täter vor einem Abrutschen in eine verfestigte kriminelle Karriere zu bewahren und unseren Kindern und Jugendlichen ein Aufwachsen ohne Gewalt zu ermöglichen sind die zentralen Herausforderungen gewaltpräventiver Arbeit mit Blick auf Kinder und Jugendliche.

Und in diesem Zusammenhang müssen wir zur Kenntnis nehmen, dass junge männliche Personen mit Migrationshintergrund – vor allem solche mit libanesischem, türkischem oder einem Migrationshintergrund aus Ländern des ehemaligen Jugoslawien – überproportional häufig im Bereich von Gewaltdelikten von der Polizei registriert werden. Sie stellen darüber hinaus den allergrößten Teil der Intensivtäter in Berlin und sie werden überproportional häufig inhaftiert.

Wer dies nicht sehen will und wer die Alarmglocken überhört, tut in Wahrheit niemandem einen Gefallen. Den Opfern nicht, den Tätern nicht und auch nicht den Communities der Bürgerinnen und Bürger nichtdeutscher Herkunft in Berlin. Im Gegenteil: Er unterschätzt die Gefahren, die mit einer öffentlichen Wahrnehmung verbunden sind, die die Gewalt junger Menschen vorrangig mit jungen Menschen mit Migrationshintergrund in Verbindung bringen will und zwar völlig unabhängig davon, ob dies berechtigt ist oder nicht. Eine solche Wahrnehmung wirkt sich negativ auf das Zusammenleben unterschiedlicher Kulturen in unserer Stadt aus, die mehr denn je auf eine Kultur der Anerkennung und der Vielfalt angewiesen ist.

Wir alle müssen uns deshalb eindeutig und öffentlich wahrnehmbar positionieren, indem wir deutlich machen, dass wir die Probleme im Zusammenhang mit Gewalt junger Zuwanderer erkannt haben und dass Politik und Migrantorganisationen in Berlin nichts unversucht lassen, der Gewalt Einhalt zu bieten und die dafür notwendigen Konzepte zu entwickeln.

Natürlich müssen wir in diesem Zusammenhang auch klarstellen, dass die überproportionale Beteiligung von jungen männlichen Personen mit Migrationshintergrund an Gewaltdelikten keine ethnischen Ursachen hat, sondern in allererster Linie soziale und geschlechtsspezifische. Intensität und Häufigkeit gewaltförmigen Verhaltens mögen durch kulturelle und migrationsbedingte Faktoren verstärkt werden. Jedoch steht die Politik in der Verantwortung, vor allem im Bereich von Bildung, Ausbildung, Beschäftigung, Partizipation, Antidiskriminierung sowie im Bereich ausländerrechtlicher Regelungen die Voraussetzungen für Integrationsprozesse zu verbessern und auch diesen jungen Leuten vermehrt gesellschaftliche Teilhabe zu ermöglichen.

Der Senat hat mit seinem neuen Integrationskonzept hier einen wichtigen weiteren Schritt getan. Dieser wird nicht der letzte sein. Wir werden gerade im Bereich von Ausbildung und Beschäftigung noch mehr an Kreativität entwickeln müssen, um neue Perspektiven zu eröffnen.

Politik wird auch daran gemessen werden, ob es gelingt, in den genannten Bereichen tatsächliche Fortschritte zu erzielen. Wir sind dabei besonders auch auf die Zusammenarbeit mit den Organisationen der Migrantinnen und Migranten in Berlin angewiesen. Dies gilt selbstverständlich ebenfalls für den Bereich der Gewaltprävention, vor allem mit Blick auf unser heutiges Thema. Ohne die Migrantorganisationen, ohne Sie alle, meine Damen und Herren, werden wir keinen wirklichen Erfolg bei der Reduzierung der Gewalt in unserer Stadt haben.

Und ich sage hier ganz klar und deutlich: Eine wesentliche Voraussetzung für erfolgreiche Gewaltprävention ist, dass die überproportionale Belastung von jungen, männlichen Personen mit Migrationshintergrund im Bereich der Gewaltdelikte in den Communities als Problem angenommen und ernst genommen wird. Hierzu können und müssen die Organisationen der Migrantinnen und Migranten in Berlin einen wesentlichen Beitrag leisten. Sie müssen das Problem verstärkt in die Communities von Zuwanderinnen und Zuwanderern hineinragen, entsprechende Debatten initiieren und so mehr und mehr das Bewusstsein dafür schaffen, dass Gewalt, einerlei von wem sie ausgeht und einerlei gegen wen sie vor welchem Hintergrund auch immer gerichtet ist, nicht toleriert wird.

Mir ist bewusst, dass in den letzten Jahren seitens der Migrantorganisationen mit Blick auf die Prävention von Gewalt bereits viel geleistet worden ist. Aber es sind weitere und große Anstrengungen nötig, die sicherlich – und auch das sage ich hier ganz deutlich – nicht allein auf ehrenamtlicher Basis zu bewältigen sind.

Politik und Migrantenorganisationen müssen sich gemeinsam auf Strategien zur Gewaltprävention mit Blick auf junge Menschen verständigen und zwar im Rahmen eines Konzeptes, in welchem die überproportionale Belastung von jungen männlichen Personen mit Migrationshintergrund im Bereich der Gewaltdelikte als ein – wenn auch gewichtiges – Teilproblem – ich betone Teilproblem – der Gewaltdelinquenz junger Menschen definiert wird.

Wir brauchen in Berlin ein Konzept zur Prävention von Gewalt junger Menschen, welches diese insgesamt in den Blick nimmt. Wir brauchen keines, welches sich ausschließlich mit der Gewalt junger Zuwanderer befasst. Und wir brauchen eines, welches differenziert, verbindliche Ziele formuliert, Verantwortlichkeiten regelt, Kooperationsstrukturen festschreibt und über ein transparentes Indikatorensystem zur Darstellung und Steuerung der Maßnahmen zur Gewaltprävention verfügt. Mit den im Rahmen des Berliner Aktionsplans gegen häusliche Gewalt erprobten Instrumenten, mit dem Konzept „Netzwerk Kinderschutz“ und auch mit dem Berliner Integrationskonzept verfügen wir über eine Reihe von Erfahrungen und Ideen, die wir in ein Gesamtkonzept zur Prävention von Gewalt junger Menschen einfließen lassen sollten.

Ein einfaches „Weiter so“ könne es nicht geben, hat die von der Landeskommission Berlin gegen Gewalt eingesetzte Arbeitsgruppe „Gewalt von Jungen, männlichen Jugendlichen und jungen Männern mit Migrationshintergrund in Berlin“ in einem ihrer Essentials mit Blick darauf formuliert, dass bisherige Maßnahmen zur Prävention von Gewalt die beschriebene Entwicklung der Gewaltdelinquenz nicht haben umkehren können. Ich teile diese Auffassung der Arbeitsgruppe.

Darüber hinaus müssen wir uns auf der politischen Ebene darüber auseinander setzen, dass Gewaltprävention Geld kostet. Wenn wir den eingangs beschriebenen Trend der stetigen Zunahme von von jungen Menschen begangenen Gewaltdelikten nach nunmehr 15 Jahren tatsächlich umkehren wollen, dann müssen wir uns klar darüber sein, dass dies nicht möglich sein wird, ohne Geld in die Hand zu nehmen.

Auch hier folge ich der Arbeitsgruppe, die in einem anderen Essential formuliert hat, dass ein Umsteuern auch im finanziellen Bereich erforderlich sei. Ich füge hinzu, dass wir in diesem Zusammenhang auch den Wertausgleich zwischen den Bezirken und den innerbezirklichen Wertausgleich nicht aus dem Blick verlieren dürfen.

Wir werden uns diesen Herausforderungen stellen, und ich bin überzeugt, dass wir dort, wo es notwendig ist, gemeinsam mit den Organisationen der Migrantinnen und Migranten in Berlin Wege finden werden, die Gewalt zurückzudrängen und jungen Menschen realistische Perspektiven für ihre Zukunft zu eröffnen.

Mir liegt es am Herzen der Arbeitsgruppe „Gewalt von Jungen, männlichen Jugendlichen und jungen Männern mit Migrationshintergrund in Berlin“ meinen Dank und meine Anerkennung auszusprechen.

Fast zwei Jahre befassten sich ca. 30 Personen, darunter Vertreterinnen und Vertreter verschiedener Berliner Migrantenorganisationen, kultur-, ressort- und institutionenübergreifend mit dem Thema „Gewalt von Jungen, männlichen Jugendlichen und jungen Männern mit Migrationshintergrund in Berlin“. Es ist ihnen gelungen, das Thema – erstmalig für Berlin – in differenzierter und nicht diskriminierender Weise aufzuarbeiten und entsprechende Handlungsempfehlungen zu entwickeln. Damit wurde nicht nur eine Grundlage für die künftige gewaltpräventive Arbeit geschaffen, sondern die Arbeitsgruppe hat gezeigt, dass eine Verständigung über kulturelle Grenzen hinweg auch bei einem so brisanten Thema möglich ist. Sie hat darüber hinaus nicht nur auf die sozialen und kulturellen, sondern auch auf die geschlechtsspezifischen Hintergründe der Probleme hingewiesen. Dies darf aus meiner Sicht für die künftige gewaltpräventive Arbeit nicht ohne Folgen bleiben.

Denjenigen aus der Arbeitsgruppe, die heute hier anwesend sind, möchte ich auch im Namen aller Mitglieder der Landeskommision Berlin gegen Gewalt sagen: Sie haben wertvolle und vorbildliche Arbeit für unsere Stadt geleistet. Dafür danken wir Ihnen.

Zum Schluss geht ein Dank natürlich auch an die Friedrich - Ebert - Stiftung und persönlich an Sie, Frau Seyfferth, dafür, dass Sie gemeinsam mit uns, diese Veranstaltung ausrichten.

Ich wünsche Ihnen allen einen interessanten und anregenden Verlauf der Veranstaltung. Vielen Dank.



Stephan Voß

Interkulturell, interdisziplinär und institutionenübergreifend – ein Fazit zur Arbeitsgruppe

Meine sehr geehrten Damen und Herren,

als wir vor mehr als zwei Jahren zu der konstituierenden Sitzung der Arbeitsgruppe „Gewalt von Jungen, männlichen Jugendlichen und jungen Männern mit Migrationshintergrund in Berlin“ zusammen kamen, wussten wir nicht, auf was wir uns einlassen würden. Klar war, wir werden viele Menschen sein, rund 30, was sofort die Frage nach sich zog, ob wir überhaupt arbeitsfähig sein würden. Klar war auch, dass es Personen mit unterschiedlichen beruflichen Hintergründen sein würden: Juristinnen und Juristen, Polizistinnen und Polizisten, Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter aus verschiedenen Verwaltungen, Sozialarbeiterinnen und Sozialarbeiter, Wissenschaftler, Lehrerinnen und Lehrer und andere mehr.

Klar war des Weiteren, dass Menschen mit unterschiedlichen kulturellen Hintergründen auf einander treffen würden, denn auch Vertreterinnen und Vertreter von Berliner Migrant*innenorganisationen und andere Personen mit Migrationshintergrund waren Mitglieder der Arbeitsgruppe. Wir bildeten also eine interkulturell besetzte, interdisziplinäre institutionenübergreifende und, was die Vertreterinnen und Vertreter der Verwaltungen betraf, ressortübergreifende Arbeitsgruppe. Weiterhin war klar, dass wir uns mit einem brisanten Thema zu befassen haben würden. Brisant nicht nur wegen der öffentlichen Debatten, die geführt wurden, sondern weil es mit heftigen Emotionen verbunden ist. Das Thema hätte zwar schon lange auf der Tagesordnung stehen müssen, es stand dort aber nicht, weil es immer auch mit Fragen von political correctness, mit Gefahren der Stigmatisierung und Diskriminierung sowie mit falsch verstandener Rücksichtnahme in Verbindung gebracht wurde und immer noch wird.

Angesichts dieser Ausgangslage und in dem Wissen, dass an unsere Arbeitsergebnisse hohe Erwartungen gestellt wurden, haben wir uns zunächst eine gemeinsame Arbeitsgrundlage geschaffen, indem wir uns von Experten und Expertinnen haben vortragen lassen, welche Erkenntnisse es zur Gewalt von jungen männlichen Personen mit Migrationshintergrund in Berlin gibt, welche Erkenntnisse es zur Gewalt in ihren Familien gibt, welche Erkenntnisse es zu der sozialen Lage und rechtlichen Situation dieser jungen Menschen und ihrer Familie gibt, welche Formen der Migration bedeutsam und wie sie zu differenzieren sind und wie sich diese auf die heutige Lebenssituation der jungen Menschen und ihrer Familien auswirken. Wir haben uns berichten lassen über die Entwicklung der türkischen, der arabischen und der Community von Bürgerinnen und Bürgern des ehemaligen Jugoslawien und zu der Frage, wie diese selbst mit dem Problem von Gewalt umgehen. Mehrere unserer in der Regel dreieinhalbstündigen Arbeitsgruppensitzungen haben wir dafür benötigt.

Im Laufe dieses Prozesses stellten wir fest, dass viele von uns Vieles – nicht immer dasselbe natürlich – nicht wussten, obwohl in der Arbeitsgruppe Personen versammelt waren, die sich in ihrer beruflichen Praxis immer wieder mit Migrant*innen und Migranten oder aber mit Fragen, die das Thema Migration berühren, auseinandersetzen.

Deutlich wurde jedoch auch, dass die Datenlage zu den unterschiedlichsten Problemen, die wir zu bearbeiten hatten, sehr zu wünschen übrig ließ. Die Erkenntnis, wie wenig wir wussten, war unter anderem insofern von Bedeutung, als klar war, dass es nützlich sein würde, die von uns gewonnenen Erkenntnisse für andere aufzubereiten, denn was sollte dafür sprechen, dass es anderen in den Schulen, in den Gerichten, bei der Staatsanwaltschaft, in den Einrichtungen der Jugendhilfe, bei der Polizei anders ginge als uns?

Dass die Bewertung der von uns gewonnenen Erkenntnisse nicht einfach werden würde, wurde uns sehr schnell bewusst, vor allem wenn wir als Arbeitsgruppe zu einer gemeinsamen Bewertung kommen wollten. Vor diesem Hintergrund und um auch gegebenenfalls unterschiedliche Positionen nicht unter den Tisch fallen zu lassen, waren wir uns darüber einig, dass wir in dem von uns zu erstellenden Bericht auch Minderheitenvoten dokumentieren würden. Und es war klar, dass wir eine Folie bräuchten, auf der wir eine solche Bewertung überhaupt vornehmen könnten.

Diese Problematik haben wir einerseits gelöst, indem wir uns darauf verständigen konnten, dass wir zur Bearbeitung unseres Themas einen geschlechtsspezifischen Ansatz verfolgen müssen, es ging um die Gewalt von männlichen Personen. Andererseits haben wir dies Problem gelöst, indem wir zu unserem Bericht eine Einleitung formuliert haben, die eine solche gemeinsame Folie des Verständnisses der gesamten Problematik darstellt.

Bis es soweit war, hatten wir es unter anderem mit folgenden Fragen zu tun:

Ist es diskriminierend und stigmatisierend, sich nur mit der Gewalt von jungen männlichen Personen mit Migrationshintergrund in Berlin zu befassen und dabei nur bestimmte Gruppen männlicher Personen zu berücksichtigen?

Ist es diskriminierend und stigmatisierend, wenn wir gewaltlegitimierende Männlichkeitsnormen, Gewalt in der Erziehung nur im Zusammenhang mit Menschen mit Migrationshintergrund in den Blick nehmen?

Leisten wir einer Ethnisierung der Probleme Vorschub, wenn wir so verfahren?

Können wir Ehrenmord und Zwangsheirat aus unserer Arbeit ausblenden?

Wo sind die Grenzen der Toleranz?

Müssen wir uns nicht der Frage stellen, woran Integrationsprozesse oft scheitern und wer dafür welche Verantwortung trägt?

Was bedeutet es eigentlich konkret, wenn vom „Fördern und Fordern“ gesprochen wird, und andere Fragen mehr?

Wir haben als Arbeitsgruppe zu all den eben genannten Fragen in schwierigen, oft langwierigen und auch kleinteiligen an den Nerven zehrenden Diskussionen eine gemeinsame Position gefunden.

Ich möchte nur auf einen Punkt eingehen. Wenn wir die Gewalt junger männlicher Personen mit Migrationshintergrund und die Gewalt in ihren Familien betrachten, dann sollten wir uns klar darüber sein, dass Gewaltdelinquenz bei jungen männlichen Personen auch für Deutsche ein Thema ist. Gewaltlegitimierende Männlichkeitsnormen finden wir auch bei deutschen Jugendlichen, Häusliche Gewalt und Gewalt in der Erziehung sind auch für Deutsche ein Thema.

Und: Es hat bei uns ca. 30 Jahre gedauert, bis wir das Thema Häusliche Gewalt in den 90er Jahren auf die politische Agenda gesetzt haben. Das Gesetz zur Ächtung der Gewalt in der Erziehung wurde erst im Jahre 2000 verabschiedet. Die Vergewaltigung in der Ehe ist erst seit 1997 unter Strafe gestellt. Einige von uns werden sich auch noch an Sätze ihrer Eltern erinnern, die da lauteten: „Was sollen die Nachbarn denken?“ Und: Auch in Deutschland war es nicht immer und überall eine Selbstverständlichkeit, dass junge Leute selbst und allein darüber entscheiden konnten, wen sie heiraten.

Diese Bemerkungen sollen die Probleme nicht verharmlosen: Es ist eine Tatsache, dass junge männliche Personen mit Migrationshintergrund vergleichsweise wesentlich häufiger im Bereich der Gewaltdelikte polizeilich registriert sind. Sie stellen den größten Teil der Intensivtäter und sind im Vergleich zu ihrem Anteil an der Bevölkerung häufiger inhaftiert als deutsche Jugendliche und Heranwachsende. Sie sind zu Hause vermehrt innerfamiliärer Gewalt ausgesetzt, als Opfer und auch als Beobachter. Türkische Frauen z.B. werden wesentlich häufiger Opfer häuslicher Gewalt als deutsche Frauen.

Wir müssen dennoch sehen, dass sich auch Deutsche mit diesen Problemen auseinander zu setzen haben und wir sollten uns daran erinnern, dass wir dies ernsthaft noch gar nicht so lange tun. Dies anzuerkennen, schafft eine Basis für ein gemeinsames Verständnis der Probleme und eröffnet erst die Möglichkeit, die Unterschiede wahrzunehmen. Nur so kann sich letztlich die Bereitschaft von Migrantinnen und Migranten weiterentwickeln, sich mit dem Thema Gewalt mehr als bisher auseinander zu setzen.

Erst, wenn wir eine Haltung entwickeln, nicht nur mit dem Finger auf andere zu zeigen, kann Kommunikation als Voraussetzung gemeinsamen Handelns tatsächlich stattfinden. Und erst dann wird es nicht mehr als diskriminierend und stigmatisierend empfunden, die Gewalt junger männlicher Personen mit Migrationshintergrund in den Blick zu nehmen.

In diesem Zusammenhang müssen wir auch anerkennen, dass viele junge männliche Personen mit Migrationshintergrund nicht nur in einer unvergleichlich schwierigeren Lage sind als solche ohne Migrationshintergrund, und zwar nicht nur mit Blick auf ihre und die soziale Lage ihrer Familien, sondern auch im Hinblick auf die Anforderungen, die damit verbunden sind, eine Identität zwischen den Kulturen zu entwickeln.

Wir müssen anerkennen, dass sie und ihre Familien vielfältigen Diskriminierungen ausgesetzt sind und, soweit sie Kinder von Kriegsflüchtlingen sind, in vielen Fällen mit Traumatisierungen zu tun haben, zumindest im Sinne von Transgenerationeneffekten.

Im Kern geht es darum, eine Haltung zu erarbeiten, die frei ist von Überheblichkeit und mit der Bereitschaft verbunden ist, nicht nur die Fehler und Schwächen der anderen, sondern auch die eigenen zu sehen und zu benennen, nicht nur an andere Forderungen zu formulieren, sondern auch die Forderungen anderer an sich selbst ernst zu nehmen. Integration ist also keine Einbahnstraße. Dies gilt für alle Beteiligten.

Auf der Grundlage einer solchen Haltung ist es möglich, die Gewalt von jungen männlichen Personen mit Migrationshintergrund nicht nur zu thematisieren, sondern auch Forderungen an Migrantinnen und Migranten im Hinblick auf ihren Umgang mit Gewalt zu stellen, die bei diesen Gehör finden. Und darauf kommt es an. Nicht um das Fordern allein geht es, sondern darum, so zu fordern, dass man Gehör findet. Und Forderungen an Migrantinnen und Migranten und deren Organisationen und Verbände in diesem Zusammenhang zu stellen, ist berechtigt, denn Gewalt verletzt das zivile Minimum, schafft Opfer und ist durch nichts zu rechtfertigen, und zwar auch dann nicht, wenn diese soziale Ursachen hat.

Dass wir uns in unserer Arbeitsgruppe einer solchen Haltung im Zuge der Formulierung der Einleitung zu unserem Bericht zumindest angenähert haben, hat die Basis für wachsendes Vertrauen unter uns geschaffen. Es hat uns ermöglicht, den Rest unseres Arbeitspensums zu erledigen, wenn auch, was nicht weiter verwunderlich ist, durchaus mit vielen weiteren und auch sehr intensiven Diskussionen, wie z.B. um das Kapitel, in dem untersucht wird, welche Rolle die Religion für die Gewalthandlungen junger Menschen mit Migrationshintergrund spielt.

Im Ergebnis ist es uns jedenfalls gelungen, einen Bericht und Empfehlungen zu formulieren, den alle Mitglieder der Arbeitsgruppe mittragen konnten, unabhängig von Herkunft, beruflicher Sozialisation und institutionellen Zusammenhängen.

Als Fazit unserer Arbeit möchte ich formulieren, dass es für Integrationsprozesse, einerlei auf welcher Ebene sie zu gestalten sind, entscheidend ist, mit welcher Grundhaltung wir an sie herangehen. Wir haben in unserer Arbeitsgruppe – wenn auch manchmal mühsam – gelernt, eine Haltung des „Wir“ zu entwickeln.

Wir haben uns damit von dem Gedanken verabschiedet, dass die „Konstruktion eines „Ihr“ und „Wir“ entlang der ethnischen Herkunft irgendetwas dazu beitragen kann, sachgerechte und zukunftsweisende Antworten auf die von uns zu bearbeitenden Fragen zu geben. Zu meinem Fazit gehört darüber hinaus die Erkenntnis, dass wir alle, was unsere interkulturelle Kompetenz angeht, noch viel zu lernen haben und dass dies eine der wesentlichsten Herausforderungen ist, der wir uns stellen müssen.

Vielen Dank

Dr. Manfred Heßler

TATsachen – Gewalt von männlichen jungen Zuwanderern

Ich bin gebeten worden, Ihnen aus dem Bericht der Arbeitsgruppe der Landeskommission Berlin gegen Gewalt¹ die wichtigsten „Tatsachen“ hinsichtlich der statistischen Erfassung der Gewaltdelinquenz männlicher Jugendlicher mit Migrationshintergrund zu präsentieren. Dabei gehe ich in folgender Weise vor: Im Anschluss an Vorbemerkungen zur Problematik eines Kriminalitätsbelastungsvergleiches Deutsche – Nichtdeutsche werde ich in einem ersten Teil aktuelle Daten aus der Berliner Kriminalstatistik der Polizei vorstellen und dabei Entwicklungen der Jugenddelinquenz in Berlin bis in die 1990er Jahre zurückverfolgen. Im daran anschließenden Teil gehe ich auf Ergebnisse von Dunkelfelduntersuchungen zur Jugendkriminalität ein, die gegenüber der Polizeilichen Kriminalstatistik eine weitere wichtige Erkenntnisquelle darstellen. Insbesondere die Untersuchungen des Kriminologischen Forschungsinstitutes Niedersachsen (KFN) haben in den vergangenen Jahren die Thematik der Gewaltdelinquenz von Migrantenjugendlichen berücksichtigt. Im abschließenden Teil werde ich versuchen, eine kurze Einschätzung der Bedeutung der hier vorgestellten Zahlen im Hinblick auf die Integrationsdiskussion zu geben. Eine ausführlichere Darstellung der Lebenslagen von Migrantenjugendlichen in Familie, Schule und Beruf ist indessen Thema der übrigen Referate.

Vorbemerkungen zur Reichweite der Datenbasis eines Kriminalitätsvergleiches deutsche – nichtdeutsche Jugendliche

Kriminologische Kenntnisse über das quantitative Ausmaß von Gewaltdelikten Jugendlicher aus Migrantenfamilien stützen sich überwiegend auf Daten der Polizeilichen Kriminalstatistik, insbesondere auf einen Vergleich der Tatverdächtigenzahlen von deutschen und nichtdeutschen Jugendlichen. Die Problematik eines solchen Vergleiches bedarf einiger Vorbemerkungen, denn die „TATsachen“ liegen bei diesem Thema nicht so ohne Weiteres auf der Hand. Die jährlich vom Bundeskriminalamt sowie den Landeskriminalämtern veröffentlichte Polizeiliche Kriminalstatistik (PKS) gilt als eine der kriminologisch wichtigsten flächendeckenden Quellen für Umfang und Entwicklung der Kriminalität in Deutschland. Ihre Zahlen spiegeln jedoch weder vollständig noch verzerrungsfrei die Kriminalitätswirklichkeit wider (vgl. BKA 2006, S. 7), vielmehr sind sie als ein (gewichtiges) „Indiz für die Erschließung von Wirklichkeit neben einer Menge weiterer Indizien“ zu begreifen (Kerner 1993, S. 300). Ihre Aussagekraft wird zunächst dadurch relativiert, dass der Polizei der überwiegende Teil der tatsächlich begangenen Straftaten nicht bekannt wird (Hellfeld-/Dunkelfeldproblematik). Nur ein Teil der begangenen strafbaren Handlungen wird entdeckt, von den entdeckten nur ein Teil angezeigt und von den angezeigten Fällen schließlich nur ein Teil von der Polizei auch soweit aufgeklärt, dass eine hinreichend der Tat verdächtige Person ermittelt wird und als zählbarer Fall in die Kriminalstatistik Eingang findet. Das so entstehende Bild der *registrierten* Kriminalität („Hellfeld“) wird neben dem realen Straftatenaufkommen wesentlich durch das Anzeigeverhalten der Bevölkerung, den Kontrollstil der Polizei, die sicherheitspolitischen Vorabentscheidungen über die Art des Einsatzes der (knappen) polizeilichen und staatsanwaltschaftlichen Ermittlungs- und Strafverfolgungsressourcen sowie durch die deliktspezifischen Aufklärungserfolge der Polizei geprägt.²

1 Vgl. Landeskommission Berlin gegen Gewalt (Hrsg.) 2007.

2 Registrierte Kriminalität ist in ihrer *Struktur* stärker zu den schwereren sowie den sichtbareren Deliktformen und Tätergruppen hin verschoben. Auf Grund der verschiedenen Einflussfaktoren können in einem untersuchten Zeitraum *Entwicklungen* in den Zahlen der Polizeilichen Kriminalstatistik grundsätzlich auf Veränderungen im Kriminalitätsgeschehen als auch auf Veränderungen im Anzeigeverhalten und im Tätigwerden der Polizei (Personallage, Überwachungsstil, Aufklärungsquote) hindeuten. Vgl. hierzu BMI/BMJ (Hrsg.) 2001, S. 7 ff.

Es kann nicht eins zu eins auf die Straftatenwirklichkeit übertragen werden.³ Die nachfolgenden Aussagen über Jugenddelinquenz sind vor diesem Hintergrund zunächst einmal als Aussagen über die in den Kriminalstatistiken registrierte Jugenddelinquenz, hier die registrierte Delinquenz von deutschen und nichtdeutschen Jugendlichen, zu betrachten.

Bei einem Kriminalitätsvergleich Deutsche – Nichtdeutsche auf Basis der PKS-Daten sind darüber hinaus Verzerrungsfaktoren zu berücksichtigen, die die Kriminalitätsbelastung von Nichtdeutschen im Allgemeinen als deutlich höher erscheinen lassen als sie in Wirklichkeit ist. Auf mögliche Fehlinterpretationen dieses Umstandes haben zuletzt die beiden großen Periodischen Sicherheitsberichte der Bundesregierung nachdrücklich hingewiesen.⁴ Einige der dort genannten Faktoren entfallen jedoch für unsere Betrachtung, weil

- es sich um einen Vergleich der Kriminalitätsbelastung alters- und geschlechtsgleicher Gruppen handelt,
- sich die Daten auf ein und denselben (urbanen) Kontext beziehen,
- Verstöße gegen das Asyl- und Ausländergesetz bei der Altersgruppe der Jugendlichen quantitativ so gut wie keine Rolle spielen,
- die hier präsentierten Tatverdächtigenzahlen der nichtdeutschen Jugendlichen mittels Sonderauswertungen der Berliner Polizei um die Gruppe der Durchreisenden, Touristen und Illegalen bereinigt wurden.

Es ist jedoch darauf hinzuweisen, dass auch nach Kontrolle statistischer Verzerrungsfaktoren keine völlig vergleichbaren Gruppen entstehen. In der Kriminalstatistik werden die unterschiedlichen Lebensbedingungen beider Gruppen (wie soziale Herkunft, Schulabschlüsse, soziale Chancen, Berufsbildungsperspektiven, Betroffenheit von Arbeitslosigkeit u.a.m.) nicht berücksichtigt, dies ist auch nicht möglich.⁵ Es ist aber evident, dass diese Faktoren für eine kriminologische Analyse bedeutsam sind, um Scheinkorrelationen zu vermeiden.

3 Dies würde voraussetzen, dass es eine feststehende Relation zwischen begangenen und statistisch erfassten Straftaten gibt. Hiervon kann jedoch nicht ausgegangen werden. Gesellschaftlicher Wandel, Einstellungsänderungen gegenüber Kriminalität, Veränderungen der Anzeigenbereitschaft, periodisch gezielte Verlagerungen polizeilicher Ressourcen und Veränderungen der polizeilichen Schwerpunktsetzungen bei der Prävention und der Bekämpfung von Kriminalität bedeuten, dass das Verhältnis zwischen Hell- und Dunkelfeld nicht konstant bleibt (vgl. BKA 2006, S. 7).

4 So wurden 2006 in der PKS mit Durchreisenden, Touristen, Illegalen, ausländischen Stationierungskräften und ihren Angehörigen 22 Prozent Tatverdächtige erfasst, die nicht der in Deutschland lebenden ausländischen Wohnbevölkerung angehören. Ohne Korrektur der Statistik um diese Tatverdächtigengruppe würden bei der Berechnung der Tatverdächtigenbelastungsziffer (TVBZ= Anzahl der Tatverdächtigen pro 100.000 Personen der melderechtlich registrierten Wohnbevölkerung) bildlich gesprochen alle von Ausländern in Deutschland begangenen Straftaten der hier lebenden nichtdeutschen Wohnbevölkerung zur Last gelegt. Mit 17,5 % aller Delikte schlugen im gleichen Jahr Verstöße gegen das Aufenthalts- und das Asylverfahrensgesetz bei Nichtdeutschen zu Buche, die von Deutschen kaum begangen werden können. Hinzu kommt, dass bei der deutschen Bevölkerung aufgrund ihrer anderen Altersstruktur die kriminell wenig auffallenden Altersgruppen der über 60-Jährigen sehr viel stärker als bei Nichtdeutschen vertreten sind. Im Jahr 2000 lag der Anteil der über 60-Jährigen an der deutschen Bevölkerung bei ca. 25 %, bei den Ausländern dagegen nur bei 8,5 %. Bei ihnen sind die Altersgruppen mit traditionell höherer Tatverdachtsregistrierung (Jugendliche, Heranwachsende und Jungerwachsene) überproportional stark vertreten. Die nichtdeutsche Bevölkerung ist aber nicht nur im Vergleich zur deutschen Bevölkerung im Durchschnitt erheblich jünger, sondern auch häufiger männlichen Geschlechts. Auch dies erhöht die Wahrscheinlichkeit einer höheren Kriminalitätsbelastung wie ebenso die Tatsache, dass rund 48 % der nichtdeutschen Wohnbevölkerung gegenüber 29 % der Deutschen in großstädtischen Ballungszentren leben, in denen auch die deutsche Bevölkerung eine im Vergleich zur Gesamtbevölkerung überproportional hohe registrierte Kriminalitätsbelastung aufweist (Vgl. BMI/BMJ 2001, 312 ff.; BMI/BMJ 2006, 411 ff.).

5 Die PKS enthält neben dem Delikt Angaben zum Alter, zum Geschlecht und zur Nationalität der tatverdächtigen Person, aber keine sonstige Sozialdaten.

Anders nämlich als es die Differenzierung in Deutsche – Nichtdeutsche suggeriert, ist „Kriminalität keine Frage des Passes, sondern eine Frage von Lebenslagen“ (Steffen/Elsner 2000). Schließlich bleibt zu bedenken, dass die Kriminalstatistik der Polizei eine Tatverdächtigenstatistik ist, die nichts darüber aussagt, ob und inwieweit sich der jeweilige Tatvorwurf im weiteren Verfahren bestätigt. Immerhin wird knapp ein Drittel aller Ermittlungsverfahren gegen bekannte Tatverdächtige nach § 170 Abs. 2 StPO eingestellt, weil von der Staatsanwaltschaft ein zur Anklageerhebung ausreichender Tatverdacht verneint wird (vgl. Heinz 1997, 271). Die Strafverfolgungsstatistik der Justiz⁶ zeigt, dass zum einen Aburteilungen häufig auf strafrechtlich weniger schweren Tatbeständen beruhen, als es dem Ermittlungsergebnis der Polizei entspricht.⁷ Zum anderen ist für den hier diskutierten Zusammenhang von Belang, dass das Verurteilungsrisiko von tatverdächtigen Ausländern niedriger als das von Deutschen ist. Die Höherregistrierung von Nichtdeutschen gegenüber Deutschen in der Strafverfolgungsstatistik fällt daher geringer aus als in der Kriminalstatistik aus (Walter/Trautmann 2003, 73ff.). Eine hinreichende Erklärung für diese spezifische Reduktion des Tatvorwurfs steht mangels einschlägiger Forschungen weitgehend aus. Heinz, der eine Kurzfassung des bisherigen Erkenntnisstandes zu dieser Frage gibt, geht davon aus, dass verschärfte soziale Kontrolle und selektive Verdachtsstrukturen gegenüber Ausländern eine Rolle spielen, die im Verlauf des Verfahrens abgebaut werden.⁸ So können sich z.B. in der Anzeigebereitschaft auch ablehnende Einstellungen gegenüber bestimmten Bevölkerungsgruppen ausdrücken und damit die Höhe der registrierten Delinquenz beeinflussen. Auch ist davon auszugehen, dass der polizeiliche Kontrolldruck gegenüber Nichtdeutschen höher liegt und zu einer selektiven Aufhellung des Dunkelfeldes beiträgt (vgl. Stadler/Werner 1999). Auf der anderen Seite werden aber auch Ermittlungs- und Beweisschwierigkeiten sowie Kommunikationsprobleme vermutet, die überdurchschnittlich häufig zu Einstellungen und Freisprüchen führen können. Als Beispiel sind z.B. Schwierigkeiten der Polizei zu nennen, Zugang zu bestimmten ethnischen Gruppen zu finden, sei es wegen landsmannschaftlicher Solidarität, sprachlicher Barrieren oder anderen Gründen (vgl. BMI/BMJ 2001, 314 f.).

Die Frage ist also immer, ob und inwieweit bei vergleichbaren Delikten die Verdachtsgewinnung, die Anzeigebereitschaft und die Verfolgungsintensität bei Deutschen und Nichtdeutschen ähnlich ist, da sonst keine Vergleichbarkeit gegeben ist. Ferner ist zu hinterfragen, ob und inwieweit die oben genannten Verzerrungsfaktoren die verschiedenen Nationalitätengruppen der Nichtdeutschen, insbesondere auch jüngere Altersgruppen gleichermaßen betreffen. Auf diese Fragen kann die Tatverdächtigenstatistik selbst keine Antwort geben. Es ist deshalb sinnvoll vorhandene (repräsentative) Dunkelfelduntersuchungen ergänzend mit in die Betrachtung aufzunehmen.

6 Ein direkter (jährlicher) Vergleich der Strafverfolgungsstatistik mit der PKS ist nicht möglich, weil der Abschluss der Strafverfolgung in der Regel stark zeitversetzt zur Anzeigenaufnahme und Tatverdachtsermittlung verläuft. Somit gehen die Ergebnisse polizeilicher, staatsanwaltschaftlicher und gerichtlicher Sachverhaltsbeurteilungen und Entscheidungen zum gleichen Fall nicht unbedingt im gleichen Jahr in die jeweilige Statistik ein. Als grundsätzliches Interpretationsproblem gilt es ferner zu beachten, dass die Strafverfolgungsstatistik andere instanzielle Handlungsrationale als die Kriminalstatistik widerspiegelt und dadurch eine *andere* (nicht „wirklichere“) Abbildung der Wirklichkeit von Kriminalität stattfindet. So kann z.B. die gerichtliche Praxis der Zusammenlegung mehrerer Anklagen zu einem Verfahren dazu beitragen, dass die Zahl der Fälle in der Verurteiltenstatistik gegenüber der PKS schrumpft.

7 Die Überbewertungstendenz bei der Erfassung der Delikte wird in der Forschung sachlogisch aus der größeren Tatnähe der Polizei im Vergleich zu den anderen Strafverfolgungsinstanzen erklärt. Zu berücksichtigen ist ferner, dass die PKS eine Arbeitsnachweisstatistik der Polizei darstellt und Arbeitspensen an Zahl und Schwere der ermittelten Delikte bemessen werden.

8 Vgl. Heinz, Straffällige Ausländer in der Statistik, S. 4

Rückgang der registrierten Kinder- und Jugenddelinquenz in Berlin bei Straftaten insgesamt

Grundsätzlich kann man das Thema Gewaltdelinquenz junger Menschen aus Migrantenfamilien aus zwei Blickwinkeln betrachten: Auf der einen Seite bilden solche Delikte Teil der Jugenddelinquenz und ihrer Besonderheiten und auf der anderen Seite Teil der Diskussion um die Integration von Einwandererminoritäten. Was die Jugendkriminalität betrifft, – auf die Integrationsdiskussion komme ich am Ende des Vortrages zurück –, gibt es einen gewissen Trend zur Polarisierung der Kriminalitätsentwicklung unter Jugendlichen. Ohne schon auf nationalitätenspezifische Unterschiede einzugehen, ist dabei zunächst einmal festzuhalten, dass in den vergangenen Jahren die Zahl der registrierten Tatverdächtigen bei den Altersgruppen der unter 21-Jährigen nach dem Höchststand von 1997 wieder deutlich zurückgegangen ist. Zuvor war sie in den Jahren der gesellschaftlichen Umbruchsituation nach Herstellung der deutschen Einheit sprunghaft angestiegen. Entscheidend bei allen angestellten Vergleichen ist dabei die Betrachtung der Tatverdächtigenbelastungsziffer (TVBZ), die aussagt, wie viele Tatverdächtige jeweils auf 100.000 Personen einer Bevölkerungs- bzw. Altersgruppe entfallen.⁹

Tabelle 1

Kinder- und Jugenddelinquenz in Berlin (1994 - 2006)
8- bis unter 21-Jährige: Summe aller Delikte

Jahr	Bevölkerung 8- bis unter 21 Jährige	Tatverdächtige 8- bis unter 21-Jährige	TVBZ 8- bis unter 21-Jährige
1994	460.990	38.160	8.278
1997	476.892	46.855	9.825
2006	390.971	32.829	8.397

Quelle: Polizeiliche Kriminalstatistik Berlin; Anm.: 1) Tatverdächtige = absolute Zahlen; 2) TVBZ = absolute Zahl der Tatverdächtigen pro 100.000 Personen der gleichaltrigen Bevölkerung

Tabelle 1 zeigt, dass der erfolgte Kriminalitätsrückgang bei den unter 21-Jährigen nur zum Teil durch den Rückgang der gleichaltrigen Bevölkerung erklärt werden kann. Während diese im Zeitraum 1997-2006 von 476.892 auf 390.971 um 18,1 % zurückging, nahm im gleichen Zeitraum die absolute Zahl der Tatverdächtigen der unter 21-Jährigen um 30,0 % überproportional stark ab und sank von 46.855 (1997) auf 32.829 (2006). Die in Relation zur Bevölkerungszahl gesetzten Tatverdächtigenzahlen (TVBZ) der unter 21-Jährigen gingen entsprechend um 14,5 % zurück: von 9.825 (1997) auf 8.397 (2006). Oder alltagssprachlich formuliert: 1997 wurde noch jede zehnte Person der unter 21-Jährigen polizeilich als tatverdächtig registriert, 2006 war es nur noch jede zwölfte Person dieser Altersgruppe. Es sei an dieser Stelle noch hinzugefügt, dass der Rückgang der Tatverdächtigen bei Kindern (unter 14-Jährige) besonders stark ausfiel.¹⁰ Dies ist kein Berliner, sondern ein bundesweiter Trend. Es gibt also im Gegensatz zur öffentlichen Wahrnehmung und Behandlung des Themas statistisch gesehen keine stetig steigende Jugenddelinquenz und die Täter werden auch nicht immer jünger.

⁹ Die TVBZ ist damit eine Messzahl, die unabhängig von unterschiedlichen Bevölkerungsgrößen der zu vergleichenden Gruppen sowie unabhängig von erfolgten Bevölkerungsveränderungen eine verlässliche Vergleichsbasis abgibt, um Entwicklungen der Kriminalitätsbelastung in einem bestimmten Zeitraum darzustellen.

¹⁰ Vgl. Der Polizeipräsident in Berlin (Hrsg.) 2005, S. 13f.

Keine Abnahme der registrierten Rohheitsdelikte

Die Kehrseite der Medaille dieser auch von der Berliner Polizei als erfreulich eingestuften Entwicklung ist die relativ hoch gebliebene Registrierung von Kindern und Jugendlichen im Bereich der Rohheitsdelikte.¹¹ Bei einer kleiner werdenden Gesamtzahl von Straftaten nehmen diese Delikte heute einen größeren Stellenwert ein. Instruktiv sind hier die Zahlen in Tabelle 2: Im Zeitraum 1997-2006 stieg die absolute Zahl der polizeilichen Tatverdächtigen im Bereich der Rohheitsdelikte von 10.412 auf 10716 um 2,9 % an, während gleichzeitig, - wie gesehen -, die Bevölkerung der unter 21-Jährigen um 18,1 % zurückging. Im gleichen Zeitraum nahm die Kriminalitätsbelastungsziffer bei Straftaten insgesamt um 14,5 % ab (vgl. Tab. 1), dagegen stieg sie im Bereich der Rohheitsdelikte von 2.183 auf 2.741 um 25,6 % an (vgl. Tab. 2). Ausgehend von einem niedrigen Niveau der Registrierung war es bereits vor 1997 zu erheblichen Steigerungen gekommen, die im Gegensatz zu den übrigen Straftaten nach 1997 nicht wieder abgebaut wurden. Allerdings ist auch zu beachten, dass Sensibilisierung der Öffentlichkeit, der Lehrer, der Eltern sowie die Werbung für eine strikte Anzeigenerstattung im Sinne von Prävention und Opferschutz vermutlich mit dazu beigetragen haben, dass Normverletzungen in diesen Bereichen heute schneller zur Anzeige gebracht werden als dies früher der Fall war.

Tabelle 2

Kinder- und Jugenddelinquenz in Berlin (1994 - 2006)

8- bis unter 21-Jährige: Rohheitsdelikte

Jahr	Bevölkerung 8- bis unter 21-Jährige	Tatverdächtige 8- bis unter 21-Jährige	TVBZ 8- bis unter 21-Jährige
1994	460.990	7.710	1.672
1997	476.892	10.412	2.183
2006	390.971	10.716	2.741

Quelle: Polizeiliche Kriminalstatistik Berlin

Tatverdächtigenzahlen von deutschen und nichtdeutschen Jugendlichen (14- bis unter 18-Jährige) im Zeitraum 1997 – 2006 rückläufig

Die folgende Betrachtung der Kriminalitätsentwicklung bei deutschen und nichtdeutschen Jugendlichen fokussiert auf die Altersgruppe der 14- unter 18-Jährigen, also der Jugendlichen im engeren Sinne. Die Tatverdächtigenzahlen sind nach Kriminalitätsbelastungen von Deutschen und Nichtdeutschen differenziert. Um Missverständnisse zu vermeiden: Der Begriff „Nichtdeutsche“ ist nicht im Sinne von Exklusion zu verstehen. Die Polizeiliche Kriminalstatistik verwendet ihn seit Jahren anstelle des kritisierten und vormals verwendeten Begriffs „Ausländer“. Mit diesem Begriffswechsel sollte zum Ausdruck kommen, dass die hier ansässig gewordene Migrantenvölkerung nach einem Prozess der Dauerniederlassung in Deutschland Teil der inländischen Wohnbevölkerung geworden ist und nicht mehr als „Ausländer“ bezeichnet werden kann, auch dann nicht, wenn nach wie vor ein großer Teil eine nichtdeutsche Staatsangehörigkeit besitzt. Nach der bereits erwähnten Bereinigung der Tatverdächtigenzahlen von Nichtdeutschen um die von Durchreisenden, Touristen, Illegalen begangenen Delikte (s.o.), umfasst der Begriff nichtdeutsche Jugendliche in den folgenden Tabellen Berliner Jugendliche ohne deutsche Staatsangehörigkeit. „Deutsche“ sind dementsprechend Berliner Jugendliche mit deutscher Staatsangehörigkeit.

Die Tatverdächtigenzahlen in Tabelle 3 lassen vier Hauptaussagen zu:

¹¹ Unter dem Begriff „Rohheitsdelikte“ werden alle Formen des Raubs und der räuberischen Erpressung sowie alle als Körperverletzung qualifizierten Delikte (einschließlich der leichten Körperverletzung) verstanden. Hinzu kommen Straftaten gegen die persönliche Freiheit wie Bedrohung und Nötigung.

1. Der bereits konstatierte Rückgang der registrierten Jugendkriminalität schlägt sich im Zeitraum 1997 - 2006 auch in rückläufigen Tatverdächtigenzahlen der 14- bis unter 18-Jährigen nieder. Der Rückgang der Tatverdächtigen insgesamt (Deutsche und Nichtdeutsche) beträgt 28,5 %. Die Tatverdächtigenzahlen sanken von 20.749 im Jahr 1997 auf 14.838 im Jahr 2006.

Wegen des erfolgten Bevölkerungsrückgangs in dieser Altersgruppe fällt der Rückgang der Tatverdächtigenbelastungsziffer mit 15,3 % weniger stark aus (1997: 13.902, 2006: 11.778).

2. Differenziert nach Staatsangehörigkeit beträgt der Rückgang bei deutschen Jugendlichen 24,1 % bei den absoluten Tatverdächtigenzahlen (1997: 13.921, 2006: 10.571) und 9,5 % bei der Tatverdächtigenbelastungsziffer (TVBZ).

3. Bei nichtdeutschen Jugendlichen hat sich im Zeitraum 1997-2006 die registrierte Kriminalität ebenfalls erheblich zurück gebildet.

Die Tatverdächtigenzahlen sanken überproportional stark um 31,8 % (5.516/3.760) und die TVBZ um 21,8 % (25.428/19.883). Dennoch verbleibt insgesamt eine deutliche Höherregistrierung im Vergleich zu deutschen Jugendlichen.

4. Nichtdeutsche Jugendliche stellen im Jahr 2006 13,5 % der 14- bis unter 18jährigen Bevölkerung von Berlin (18.911 von 125. 978), aber 25,3% aller Tatverdächtigen dieser Altersgruppe (3.760 von 14.838). Ihre Tatverdächtigenbelastungsziffer ist im Jahr 2006 mit 19.883 vergleichsweise doppelt so hoch wie die der deutschen Jugendlichen, die im gleichen Jahr bei 9.873 liegt. Der Abstand in der registrierten Kriminalität hat sich jedoch zwischen 1997 und 2006 nicht vergrößert, sondern verkleinert. Man kann die bestehenden Unterschiede in der TVBZ auch wie folgt ausdrücken: Bei deutschen Jugendlichen in Berlin wird im Alter von 14 bis unter 18 Jahren zur Zeit etwa jede 10., bei nichtdeutschen etwa jede 5. Person als tatverdächtig von der Polizei registriert.

Tabelle 3 Jugenddelinquenz in Berlin (1994 - 2006) 14- bis unter 18-Jährige: Summe aller Delikte

Nationalität/ Jahr	Bevölkerung 14- bis unter 18- Jährige	Tatverdächtige 14- bis unter 18-Jährige	TVBZ 14- bis unter 18- Jährige
Insgesamt			
1994	138.619	16.238	11.714
1997	149.251	20.749	13.902
2006	125.978	14.838	11.778
Deutsche			
1994	117.852	10.955	9.296
1997	127.558	13.921	10.913
2006	107.067	10.571	9.873
Nichtdeutsche			
1994	20.767	4.226	20.350
1997	21.693	5.516	25.428
2006	18.911	3.760	19.883

Quelle: Polizeiliche Kriminalstatistik Berlin; Anm.: 1) Nichtdeutsche = Jugendliche ohne deutsche Staatsangehörigkeit; Deutsche = Jugendliche mit deutscher Staatsangehörigkeit; 2) Tatverdächtigenzahlen der Nichtdeutschen ohne Durchreisende, Touristen, Illegale

Gewaltdelikte im Fokus

Dieser Unterschied in der registrierten Kriminalität zwischen deutschen und nichtdeutschen Jugendlichen bei Straftaten insgesamt verstärkt sich noch einmal zuungunsten der Nichtdeutschen, wenn nach Delikten differenziert und dabei auf den Bereich der Gewaltstraftaten¹² eingegangen wird (vgl. Tab. 4).

Tabelle 4

Jugenddelinquenz in Berlin (2006)
14- bis unter 18-Jährige: Gewaltstraftaten

Nationalität/ Jahr: 2006	Bevölkerung 14- bis unter 18- Jährige	Tatverdächtige 14- bis unter 18- Jährige	TVBZ 14- bis unter 18-Jährige
Insgesamt	125.978	3.398	2.697
Deutsche	107.067	2.241	2.093
Nichtdeutsche	18.911	1.136	6.007

Quelle: Polizeiliche Kriminalstatistik Berlin

Wie Tabelle 4 zeigt, wird in Berlin zwar nach wie vor die Mehrzahl der Gewaltdelikte, nämlich zwei Drittel, als von Deutschen begangen registriert (2006: 2.441 von 3.398 insgesamt). Jedoch werden nichtdeutschen Jugendlichen 33,4 % der registrierten Gewaltdelikte (1.136) zur Last gelegt, obgleich sie nur 13,5 % (18.911) der Berliner Jugendbevölkerung (125.978) stellen. Die Tatverdächtigenbelastung (TVBZ) der nichtdeutschen liegt bei Gewaltstraftaten im Jahr 2006 mit 6.007 etwa dreimal so hoch wie bei deutschen Jugendlichen (2.093). Damit bildet der Bereich der Gewaltdelikte deutlich ein besonderer Problemschwerpunkt der nichtdeutschen Jugendlichen. In umgekehrter Lesart der Zahlen der TVBZ gilt aber auch: von 100.000 deutschen Jugendlichen werden ca. 97.900 und von (hypothetisch) 100.000 nichtdeutschen Jugendlichen ca. 94.000 nicht als Tatverdächtige im Bereich von Gewaltdelikten polizeilich registriert.

Deutliche geschlechtsspezifische Unterschiede bei registrierter Gewaltdelinquenz

Jugendkriminalität ist längst nicht nur *Jungenkriminalität*. Der Anteil der Mädchen an den Straftaten insgesamt ist in der Altersgruppe der 14- bis unter 18-Jährigen nach der Berliner Kriminalstatistik von 26,5 % (1994) auf 28,4 % (2006) angestiegen. Trotzdem ist es notwendig, und in der Diskussion wird dies auch zu Recht gefordert, gerade beim Thema Gewaltdelikte, die Kriminalitätszahlen nach Geschlecht zu differenzieren. Die Grundaussagen, die hierzu möglich sind, lassen sich nach den Zahlen in Tabelle 5 wie folgt zusammenfassen:

Der Mädchenanteil an der registrierten Jugenddelinquenz in Berlin liegt aktuell, ohne Differenzierung nach Deutschen und Nichtdeutschen, bei 28,4 % in der Summe aller Delikte. Bei einzelnen Straftaten wie Ladendiebstahl (51,7 %) oder Schwarzfahren (38,3 %) erreicht der Anteil der Mädchen überproportional hohe Werte (vgl. Polizeiliche Kriminalstatistik 2006). Demgegenüber beträgt der Mädchenanteil bei Gewaltdelikten aktuell 20,2 %, speziell im Deliktbereich des Raubs, räuberische Erpressung sinkt er auf 14,1 %. Differenziert man nach Nationalität, so weisen Deutsche einen höheren Mädchenanteil bei den polizeilich registrierten Tatverdächtigen auf als Nichtdeutsche. Dieser höhere Anteil von Deutschen erstreckt sich auf Straftaten insgesamt, ist aber im Bereich der Gewaltdelikte besonders hoch.

¹² „Gewaltstraftaten“ ist eine Sammelkategorie der Polizeistatistik für schwere Straftaten. Bei (männlichen) Jugendlichen dominieren hierbei Raubdelikte sowie gefährliche und schwere Körperverletzung. Gegenüber „Rohheitsdelikten“ entfällt das Delikt leichte Körperverletzung.

Tabelle 5

Jugenddelinquenz in Berlin (2006)

14- bis unter 18-Jährige: Mädchenanteil bei deutschen und nichtdeutschen Tatverdächtigen

Nationalität/ Jahr: 2006	Mädchenanteil bei den 14- bis unter 18jährigen Tatverdächtigen		
	Angaben in %		
	Straftaten insgesamt	Gewaltdelikte insgesamt	Raub
Insgesamt	28,4	20,2	14,1
Deutsche	29,5	22,5	16,7
Nichtdeutsche	24,5	15,6	9,4

Quelle: Polizeiliche Kriminalstatistik Berlin; eigene Berechnungen

Gewaltdelinquenz bei weiblichen Jugendlichen aus Migrantenfamilien besonders niedrig, bei männlichen Jugendlichen besonders hoch

Geradewegs umgekehrt verhält es sich mit Blick auf die Kriminalitätsbelastung von männlichen Jugendlichen. Differenziert man auch hier nach Staatsangehörigkeit, so weisen in diesem Fall Nichtdeutsche einen höheren Jungenanteil bei den polizeilich registrierten Tatverdächtigen auf. Dieser höhere Anteil erstreckt sich auf Straftaten insgesamt, ist aber im Bereich der Gewaltdelikte besonders hoch. Tabelle 6 zeigt einen Anteil der nichtdeutschen männlichen Jugendlichen an der 14- bis unter 18-Jährigen männlichen Bevölkerung Berlins von 15,2 %, in der Kriminalstatistik beträgt ihr Tatverdächtigenanteil bei Straftaten insgesamt hingegen 26,9 % (2.855 von 10.630) und bei Gewaltstraftaten 35,4 % (959 von 2.712).

Während also bei weiblichen nichtdeutschen Jugendlichen der Tatverdächtigenanteil bei Gewaltdelikten im Vergleich zu ihren deutschen Altersgefährtinnen besonders niedrig ist, ist er bei nichtdeutschen Jungen besonders hoch.

Tabelle 6: Jugenddelinquenz in Berlin (2006) 14- bis unter 18jährige deutsche und nichtdeutsche männliche Tatverdächtige bei Gewaltdelikten

Nationalität/ Jahr: 2006	Männliche Jugendliche (14- bis unter 18-Jährige)		
	Bevölkerung	Tatverdächtige	TVBZ
	Straftaten insgesamt		
Insgesamt	64.819	10.630	16.400
Deutsche	54.966	7.450	13.554
Nichtdeutsche	9.853	2.855	28.976
	Gewaltdelikte insgesamt		
Insgesamt	64.819	2.712	4.184
Deutsche	54.966	1.735	3.156
Nichtdeutsche	9.853	959	9.733
	Raub, räuberische Erpressung		
Insgesamt	64.819	1.313	2.026
Deutsche	54.966	803	1.461
Nichtdeutsche	9.853	501	5.085
	gefährliche und schwere Körperverletzung		
Insgesamt	64.819	1.762	2.718
Deutsche	54.966	1.140	2.074
Nichtdeutsche	9.853	612	6.211
	Delikte gegen die sexuelle Selbstbestimmung		
Insgesamt	64.819	167	258
Deutsch	54.966	109	198
Nichtdeutsche	9.853	56	552

Quelle: Polizeiliche Kriminalstatistik Berlin

Zusammenfassend lässt sich gemäß den Tatverdächtigenzahlen aus Tabelle 6 feststellen: Nichtdeutsche männliche Jugendliche in Berlin werden im Verhältnis zu ihrem Bevölkerungsanteil im Jahr 2006

- 2,8 x häufiger bei Sexualdelikten insgesamt
- 3,0 x häufiger bei gefährlicher und schwerer Körperverletzung
- 3,5 x häufiger bei Raub, räuberischer Erpressung

als Tatverdächtige registriert als männliche deutsche Jugendliche.

Bevor auf mögliche Interpretationen dieser Zahlen eingegangen wird, sollen ergänzend zu diesen Zahlen Ergebnisse von Dunkelfelduntersuchungen vorgestellt werden, die für unseren Kontext von Belang sind.

Ausgewählte Ergebnisse von Dunkelfelduntersuchungen zur Gewaltdelinquenz junger Menschen

Die bestehenden Einwände gegen die Polizeiliche Kriminalstatistik als Basis eines Kriminalitätsvergleiches, wonach Faktoren wie höhere soziale Sichtbarkeit, stärkere Kontrolle und höhere Anzeigenbereitschaft das Hellfeld der registrierten Kriminalität bei Nichtdeutschen gegenüber Deutschen größer ausfallen lassen, sind nur dann annähernd zu klären, wenn auch das Dunkelfeld der Straftaten, die der Polizei nicht bekannt werden, in die Analyse mit einbezogen werden.

Für Dunkelfelduntersuchungen spricht zudem, dass es aufgrund der von der Polizeilichen Kriminalstatistik erfassten Tatverdächtigenmerkmale (Alter, Geschlecht, Staatsangehörigkeit) nur in begrenztem Umfang möglich ist, Aussagen über die Ursachen der unterschiedlichen Kriminalitätsbelastungen von Bevölkerungsgruppen zu treffen. Am ausführlichsten und differenziertesten hat in Deutschland bislang das Kriminologische Forschungsinstitut Niedersachsen (KFN) im Rahmen von Schülerbefragungen die Gewaltbelastung einzelner ethnischer Gruppen untersucht.¹³ In der ersten Untersuchungswelle im Jahr 1998 wurden in neun deutschen Städten ca. 16.000 Schülerinnen und Schüler der 9. Klassen aller Schulformen im Alter zwischen 14 und 16 Jahren befragt, ob sie Täter oder Opfer von Gewalttaten waren und wie sie solche Erfahrungen verarbeitet haben (vgl. Wetzels u.a. 2001). Im Jahr 2000 wurde die Schülerbefragung in vier Städten (Hamburg, Hannover, Leipzig, München) und zusätzlich in einem Landkreis bei 10.460 Personen wiederholt (vgl. Wilmers u.a. 2002). Die Schülerbefragung aus dem Jahr 2005 erreichte schließlich 14.301 Jugendliche der neunten Jahrgangsstufe. Zusätzlich wurden erstmals auch Schülerinnen und Schüler der 4. Jahrgangsstufe in die Untersuchung einbezogen und die Befragung um die Themen Schulabsentismus und Medienkonsum von Kindern und Jugendlichen erweitert (vgl. Baier u.a. 2006; Baier/Pfeiffer 2007). Aus dem umfangreichen Datenmaterial seien für unseren Zusammenhang nur einige wenige Ergebnisse in der hier gebotenen Kürze wider gegeben.

Viktimisierung und Anzeigeverhalten:

Zwischen 56,4 % und knapp 63 % aller Vorfälle von Gewaltdelikten im Jugendalter sind mittlerweile Konstellationen, in denen Täter und Opfer nicht dieselbe Herkunft aufweisen. Bei den Opfern besteht die Tendenz, Täter dann, wenn sie nicht der eigenen ethnischen Gruppe angehören, häufiger anzuzeigen. Die Anzeigenrate ist in diesen Fällen um ein Sechstel höher.

¹³ Die Daten zur selbstberichteten Delinquenz werden nicht nach Staatsangehörigkeit, sondern nach sozialer und ethnischer Herkunft der verschiedenen Schülergruppen sowie nach Geschlecht analysiert. Es wird zwischen eingebürgerten und nicht eingebürgerten Migranten unterschieden und neben sozialstrukturellen Einflussfaktoren werden ebenso kulturelle Faktoren mit in die Analyse einbezogen.

Darüber hinaus zeigt ein Vergleich des Anzeigeverhaltens, dass die Quote der angezeigten Delikte bei nichtdeutschen Tätern mit 24,3 % höher ist als bei deutschen Tätern (21,0 %). Dies bedeutet, dass ausländische Jugendliche als Täter mit einer erhöhten Wahrscheinlichkeit auch den Strafverfolgungsbehörden zur Kenntnis gebracht werden (Wilmers u.a. 2002, 36).

Die Mehrzahl der Opfererfahrungen von Jugendgewalt beruht auf Vorfällen innerhalb der Szene der Gleichaltrigen. Knapp 70 % der von 14 bis 16jährigen Opfern in den Untersuchungen genannten Täter waren selbst Jugendliche im Alter von 14 und höchstens 18 Jahren.

Weibliche Jugendliche werden – mit Ausnahme der sexuellen Gewalt – deutlich seltener Opfer von Gewaltdelikten als junge Männer. Die Opferrate der männlichen Jugendlichen liegt um das 2,5-fache über der der Mädchen.¹⁴

Im Vergleich der Schülerbefragungen sind die Opferraten bei Gewaltdelikten unverändert gleich geblieben, in Teilbereichen leicht rückläufig. Die Anzeigebereitschaft der jugendlichen Opfer ist hingegen angewachsen. Die zweite Schülerbefragung lässt gleichzeitig einen Rückgang gewaltbefürwortender Einstellungen unter den Schülern erkennen (vgl. (Wilmers u.a. 2002, 31-39; 163). Diese Befunde lassen vermuten, dass der größere Stellenwert, den aktuell Rohheitsdelikte bei der registrierten Jugenddelinquenz einnehmen, auch einer größeren Aufhellung des Dunkelfeldes in diesem Bereich geschuldet ist.

Lebenslage, Bildungssituation und Gewalttäterraten

Nach den Dunkelfelduntersuchungen korreliert die Höhe der Gewalttäterrate der befragten Schülerinnen und Schüler mit sozio - ökonomischen Belastungsfaktoren (Betroffenheit der Familie von Arbeitslosigkeit, Sozialhilfebezug) und der Bildungssituation der Jugendlichen.¹⁵ Danach ist die Gewalttäterrate bei Jugendlichen im Falle ungünstiger Lebensbedingungen¹⁶ mit 23,3 % mehr als zweieinhalb Mal so hoch wie im Falle eher günstiger Lebensbedingungen (8,6 %). Noch deutlicher zeigt sich dieser Zusammenhang, wenn sich die Betrachtung auf Mehrfachtäter von Gewaltdelikten (5 und mehr Delikte) richtet. Bei Jugendlichen mit eher ungünstigen Lebensbedingungen liegt die Mehrfachtäterrate von Gewaltdelikten um etwa das Vierfache über der von Jugendlichen, die unter eher günstigen Rahmenbedingungen aufwachsen.¹⁷

14 Bedeutsam in diesem Zusammenhang sind auch die Ergebnisse aus anderen Untersuchungen, wonach ein Großteil der von Jungen gegen Jungen gerichteten Gewalt eine reziproke Struktur aufweist und z.B. 50 % der Täter im schulischen Kontext auch als Opfer in Erscheinung treten – und umgekehrt (vgl. Meuser 2006).

15 Unterschieden wurde danach, ob die befragten Schüler und Schülerinnen die Haupt-, Real-, oder Gesamtschule bzw. das Gymnasium besuchten (vgl. Wilmers u.a. 2002, 55ff.).

16 Vgl. Wilmers u.a. (2002, 94). In die Kategorie „ungünstige Lebensbedingungen“ wurden Jugendliche aufgenommen, die eine Hauptschule besuchten sowie ferner Real- und Gesamtschüler, bei denen zugleich die Eltern von Arbeitslosigkeit/Sozialhilfebezug betroffen waren (23,7 %). Die Gruppe der Schülerinnen und Schüler mit „günstigen Lebensbedingungen“ bildeten Jugendliche, die ein Gymnasium besuchten und deren Eltern nicht von Arbeitslosigkeit oder Sozialhilfebezug betroffen waren (35,0 %). In eine mittlere Kategorie wurden jene Befragte eingestuft, die eine Real- oder Gesamtschule besuchten und deren Eltern nicht von Arbeitslosigkeit/Sozialhilfebezug betroffen waren. Zudem wurden Gymnasiasten von Familien mit Arbeitslosigkeit/Sozialhilfebezug dieser mittleren Kategorie zugeordnet (41,3 %) (vgl. Wilmers u.a. 2002, 92)

17 Auch Täter von qualifizierten Diebstahlsdelikten (Automatenaufbruch, Einbruchdiebstahl) sowie Landendiebstahl weisen einen signifikant niedrigeren sozioökonomischen Status auf. Höhere Raten dieser Delikte finden sich insbesondere bei Hauptschülern. Derartige Effekte sind für Sachbeschädigungen nicht nachweisbar. Beim Delikt Schwarzfahren weisen Gymnasiasten im Dunkelfeld die höchsten Täterraten auf, während sie bei allen anderen Delikten, insbesondere bei Gewaltdelikten und Einbruchdiebstählen deutlich unterdurchschnittlich vertreten sind (vgl. Wilmers u.a. 2002, 90ff.).

Gewalttätterraten von deutschen und nichtdeutschen Jugendlichen

Die in so dargestellter Weise kategorisierten Lebensbedingungen verteilen sich ungleich über die nach ethnischer Herkunft differenzierten Schülergruppen. An dem einen Ende stehen einheimische deutsche Schüler, die zu 19,2 % zur Gruppe der Benachteiligten und zu 39,3 % zur Gruppe der Privilegierten zählen (mittlere Kategorie: 41,5 %). Am anderen Ende stehen die türkischen Jugendlichen, die zu 51,8 % zu den sehr Benachteiligten zählen und mit 8,1 % im Vergleich zu Deutschen fünf Mal weniger unter günstigen Lebensbedingungen leben, die stärker vor gravierenden Delinquenzentwicklungen schützen (vgl. Wilmers u.a. 2002, 93). Diese Unterschiede in den Lebenslagen schlagen sich auch auf die selbstberichtete Delinquenz nieder. Danach weisen die jungen Deutschen mit 18,6 % die niedrigste Gewalttätterrate auf, die höchste findet sich bei jungen Türken mit 34,2 %. Es folgen Schüler und Schülerinnen aus Ex-Jugoslawien mit 29,2 %. Die Unterschiede zwischen Deutschen und Nichtdeutschen werden größer, wenn auch die Anzahl der insgesamt von den Jugendlichen berichteten Gewalttaten berücksichtigt wird. Auf 100 türkische Jugendliche entfallen dann nach eigenen Angaben pro Jahr fast dreimal so viel Gewalttaten wie auf gleichaltrige Deutsche. Bei den Jugendlichen aus Ex-Jugoslawien sind es etwa 2,5mal so viel. Hintergrund ist, dass sich unter nichtdeutschen Jugendlichen eine sehr viel höhere Zahl von Mehrfachtätern befindet. Die Mehrfachtäterrate (5 und mehr Gewaltdelikte) war bei türkischen Jugendlichen in etwa 2,5mal so hoch wie bei deutschen und bei der Gruppe mit 2-4 Gewaltdelikten etwa zweimal so hoch (vgl. Pfeiffer/Wetzels 2000, 108).

Interessanterweise finden sich erhebliche Unterschiede in der Gewaltdelinquenz auch innerhalb der einzelnen Ethnien. Bei jungen Türken zum Beispiel ergibt sich bei den untersuchten Städten und Landkreisen eine Differenz der Gewaltdeliktsraten von bis zu 70 Prozent. Dabei zeigt sich: Je besser sich die soziale Integration der jungen Türken und ihrer Familien regional darstellt, umso niedriger fällt die Gewalttrate der türkischen Jugendlichen aus. Und umgekehrt: dort, wo die Familien überproportional stark von Arbeitslosigkeit betroffen sind und die Bildungsintegration der Jugendlichen wenig erfolgreich verläuft, zeigen sich auch im innertürkischen Vergleich höhere Raten selbstberichteter Gewaltdelinquenz. Die Frage, weshalb die Bildungsintegration der Türken in einzelnen Städten so unterschiedlich verläuft, weshalb etwa junge Türken in München doppelt so häufig das Gymnasium besuchen wie in Hamburg, war nicht unmittelbar Gegenstand der Untersuchung, spielt aber für die Frage, wie Gewaltprävention erfolgreich sein kann, eine große Rolle. Dort, wo türkische Jugendliche überdurchschnittlich bildungserfolgreich sind, zeigen sich sowohl eine geringere Rate der Gewaltdelinquenz als auch geringere Ablehnungserfahrungen (Pfeiffer/Wetzels 2000, 109).

Elterliche Gewalt, Partnergewalt

Die Familie ist als die primäre Sozialisationsinstanz von zentraler Bedeutung für die Entstehung und Entwicklung von Delinquenz und Gewalt im Kindes- und Jugendalter. In der Schülerbefragung gaben etwa ein Drittel der Jugendlichen (31,5 %) an, dass sie innerhalb der letzten zwölf Monate von physischer Gewalt ihrer Eltern betroffen waren: 4,3 % wurden misshandelt, 5,9 % schwer gezüchtigt und 21,2 % hatten leichtere Formen elterlicher Züchtigung erlebt. 21,4 % der befragten Jugendlichen wurden darüber hinaus Opfer schwerer elterlicher Gewalt in der Kindheit bis zum 12. Lebensjahr. Innerfamiliäre Gewalterfahrungen in der Kindheit oder im Jugendalter sind bei nichtdeutschen Jugendlichen erheblich stärker verbreitet sind als bei Jugendlichen deutscher Herkunft. 19,0 % der einheimischen deutschen Jugendlichen und 34,6 % der türkischen Jugendlichen waren von Misshandlung und schwerer Züchtigung durch die Eltern in der Kindheit betroffen. Während von den türkischen Jugendlichen etwa jeder Vierte über schwere Züchtigungen oder Misshandlung im letzten Jahr vor der Schülerbefragung berichtete, traf dies bei jungen Deutschen nur auf ca. jeden Fünfzehnten zu (vgl. Wilmers 2002, 68). Besonders verbreitet ist zudem bei türkischen Jugendlichen die Beobachtung partnerlicher Gewalt.

Etwa 31 % der türkischen Jugendlichen und knapp 8 % deutschen Jugendlichen geben an, im Lauf der letzten 12 Monate elterliche Partnergewalt erlebt zu haben (Wilmers u.a. 2002, 71). Gewalt in der Erziehung produziert zwar nicht zwangsläufig Gewaltbereitschaft im späteren Leben, aber der Einfluss dieser Erfahrungen hat nach allen vorliegenden empirischen Untersuchungen einen deutlich Gewalt steigernden Effekt. Nach den KFN - Untersuchungen haben geschlagene Kinder ein eineinhalb- bis dreimal höheres Risiko, selber zu Gewalttätern zu werden als nicht geschlagene (vgl. Pfeiffer/Wetzels 2000, 19). Eltern, die Gewalt anwenden, liefern einerseits Verhaltensvorbilder, wie in Konfliktsituationen zu reagieren ist und erzeugen den Eindruck, dass Gewalt ein legitimes Mittel darstellt. Andererseits führt wiederholte Gewaltanwendung zu Schädigungen in der sozio - emotionalen Entwicklung und wirkt sich negativ auf das Selbstwertgefühl der Kinder aus. Eltern, die ihre Kinder massiv schlagen, reduzieren damit erheblich deren soziale Kompetenzen und ihre schulischen Erfolgchancen (vgl. Baier/Pfeiffer 2007, 26).

Gewaltlegitimierende Männlichkeitsnormen und Gewalttäterraten

Wie Wilmers u.a. (2002, 184ff.) belegen, erweisen sich die nichtdeutschen Jugendlichen auch dann noch als gewalttätiger, wenn sozialstrukturelle Faktoren (Betroffenheit der Familie von Arbeitslosigkeit, Sozialhilfebezug, Bildungssituation der Jugendliche) konstant gehalten werden und zudem das Ausmaß erlebter Elterngewalt berücksichtigt wird. Ungünstige soziale Rahmenbedingungen sowie gewaltförmige Erziehung scheinen damit nicht die alleinige Ursache einer erhöhten Gewaltbelastung männlicher Jugendlicher aus Migrantenfamilien zu sein.

Zentrale Hypothese der KFN - Untersuchungen ist, dass unter jungen Migranten (insbesondere türkischer und jugoslawischer Herkunft) in stärkerem Umfang traditionelle, gewaltlegitimierende Männlichkeitsnormen existieren, die diese Divergenz erklären können (vgl. Wilmers u.a. 2000, 100; 174ff.).

Zur Erfassung der Verbreitung „gewaltlegitimierender Männlichkeitsnormen“ unter den befragten Jugendlichen wurde eine insgesamt acht Items umfassende Likert Skala konstruiert. Die befragten Schüler mussten dabei ihre Zustimmung/Ablehnung etwa zu folgenden Statements äußern: „Ein richtiger Mann ist stark und beschützt seine Familie.“ „Ein Mann, der nicht bereit ist, sich gegen Beleidigungen zur Wehr zu setzen, ist ein Schwächling.“ Wenn eine Frau ihren Mann betrügt, darf er sie schlagen.“ Ein richtiger Mann ist bereit, sich mit körperlicher Gewalt gegen jemanden durchzusetzen, der schlecht über die Familie redet.“ „Einem Mann als Familienvater müssen Frau und Kinder gehorchen.“ Im Ergebnis zeigte sich, dass gewaltlegitimierende Männlichkeitsnormen je nach Herkunft unterschiedlich stark verbreitet sind. Danach halten türkische Jugendliche am häufigsten eine solche Kultur der Ehre aufrecht. Ebenfalls recht verbreitet sind diese Normen unter jugoslawischen und russischen Jugendlichen. Deutsche Jugendliche äußern sich zu 2,2 % zustimmend zu diesen Männlichkeitsnormen (Jungen 3,9 %, Mädchen 0,4 %), türkische Jugendliche, die die höchsten Zustimmungswerte aufweisen, stimmen mit 14,5 % zu (Jungen 23,7 %, Mädchen 5,3 %) (vgl. Wilmers u.a. 2002, ; Baier/Pfeiffer 2007, 29). Diese unterschiedlich hohe Zustimmung zu gewaltlegitimierenden Männlichkeitsnormen und Geschlechtsrollenvorstellungen erwies sich in der Analyse als ausschlaggebender Faktor für höhere Gewalttäterraten *bei Konstanthaltung sozialstruktureller Faktoren* (elterliche Arbeitslosigkeit/Sozialhilfebezug, Niveau elterlicher beruflicher Bildung, Bildungsniveau der Jugendlichen). D.h., bei einem Vergleich zwischen ethnisch verschiedenen, aber auf Basis sozialstruktureller Merkmale gleich konstruierten Gruppen weisen diejenigen Gruppen die höchsten Gewalttäterraten auf, bei denen die Vorstellung, dass für Männer Gewalt ein angemessenes und auch sozial erwartetes Mittel der Selbst(wert)verteidigung ist, die stärkste Zustimmung findet. Erst bei Kontrolle auch dieses Faktors verschwinden die signifikanten Unterschiede in den Täterraten der einzelnen Ethnien.

Abschließend eine Bemerkung zu den türkischen Jugendlichen, die in den Dunkelfelduntersuchungen zur Jugendgewaltdelinquenz in Deutschland am schlechtesten abgeschnitten haben. Türkische Jugendliche bilden in Berlin die größte Gruppe von Jugendlichen aus Migrantenfamilien. Integrationsprobleme in Schule und Ausbildung, Chancenbenachteiligungen auf dem Wohn- und Arbeitsmarkt sind für junge Türken vielfach belegt (vgl. Gesemann 2000; Heßler 2007). Trotz dieser spezifischen Benachteiligtensituation liegt die Kriminalitätsbelastung (TVBZ) männlicher junger Türken nach Sonderauswertungen der Berliner Polizeistatistik im Jahr 2006 bei Straftaten insgesamt mit 19.452 weit unterhalb der TVBZ der Nichtdeutschen insgesamt, die im gleichen Jahr 28.976 beträgt. Dieser und andere Befunde deuten darauf hin, dass die türkische Community in Berlin als starke Einwandererminorität mit eigenen sozialen und kulturellen Netzwerken sowie einer eigenen ökonomischen Infrastruktur insgesamt über ein hohes Integrationspotential verfügt, das möglicherweise auch dazu beiträgt, gesellschaftlichen Eingliederungsschwierigkeiten junger Menschen ihrer community teilweise abzufedern. Insgesamt erscheint vor allem die bessere Förderung von Bildungs- und beruflichen Integrationschancen junger Menschen aus türkischen Migrantenfamilien sowie gleichzeitig die Förderung positiver Erziehung und Zurückdrängung überkommener Männlichkeitsvorstellungen als ein viel versprechender Weg der Prävention von Gewalt.

Weitere statistische Befunde zur Kriminalitätsbelastung von „Jugendlichen mit Migrationshintergrund“ in Berlin

Während die Polizeiliche Kriminalstatistik als Ausgangsstatistik bei den Tatverdächtigen zwischen Deutschen und Nichtdeutschen unterscheidet, wird in anderen Statistiken inzwischen auch die Kategorie „Personen mit und ohne Migrationshintergrund“ zur Differenzierung von Zahlen und Befunden herangezogen oder auf andere Bezeichnungen zurückgegriffen.

Hintergrund ist, dass mit der Kategorie Staatsangehörigkeit immer weniger die vielfältigen Migrationskontexte abgebildet werden können, die sich seit den 1980er Jahren durch neue Zuwanderergruppen (Familiennachzug, Flüchtlinge, Asylsuchende, Aussiedler) ergeben haben. Sodann fließen auch durch Erleichterung der Antragseinbürgerungen sowie durch Erlangung der deutschen Staatsbürgerschaft durch Geburt im Zuge des im Jahr 2000 geänderten Staatsangehörigkeitsrechts in die Kategorie „Deutsche“ mannigfaltige Migrationskontexte ein, die es bei Analysen und Programmen zu berücksichtigen gilt. So wird etwa seit Jahren an Berliner Grundschulen der Anteil von „Kindern nichtdeutscher Herkunftssprache“ ermittelt, um eine adäquate Sicht auf die Beschulungsprobleme von deutschen Kindern zu gewährleisten, unter denen immer häufiger auch deutsche Kinder nichtdeutscher Herkunft sich befinden. Auch einige Statistiken im Bereich der Kriminalität, Strafverfolgung und des Strafvollzugs sind inzwischen nach dem Merkmal „Personen mit und ohne Migrationshintergrund“ differenziert. Hierzu drei Beispiele aus dem Berliner Kontext, die insoweit zur Problemverdeutlichung des Themas in Ergänzung zu den bislang dargestellten Ergebnissen beitragen sollen.

Jugendliche mit Migrationshintergrund und Jugendgruppengewalt in Berlin

Die Berliner Polizei erfasst zur zielgerichteten Vorbeugung und Strafverfolgung seit den 1990er Jahren bestimmte deliktische Vorgänge unter dem Titel „Jugendgruppengewalt“. Zur Jugendgruppengewalt zählen Raub und räuberische Erpressung, Körperverletzungen, Bedrohungen, Sachbeschädigungen (einschließlich Graffiti) sowie Begleitdelikte wie unbefugter Waffenbesitz, wenn die Taten als gemeinschaftliche Handlung von mindestens zwei Tätern im Alter von 8 bis unter 21 Jahren oder von einem Einzeltäter, der die Gruppe als Machtinstrument einsetzt, begangen werden.¹⁸

18 Vgl. Polizeiliche Kriminalstatistik Berlin 2006, 86

Diese Delikte werden nicht automatisch aus der Polizeilichen Kriminalstatistik, sondern individuell anhand von Vorgängen analysiert (Geschäftsstatistik).¹⁹ Im Rückblick auf die letzten 10 Jahre²⁰ wird insgesamt deutlich, dass die Jugendgruppengewalt im Jahr 2005 das niedrigste Niveau seit 1996 erreicht hat und danach im Jahr 2006 wieder leicht angestiegen ist. Insgesamt wurden 2006 4.751 Tatverdächtige ermittelt (davon männlich: 89,6 %, weiblich: 10,4 %). Deutsche junge Gruppengewalttäter stellen einen Tatverdächtigenanteil von 82,6 % (3.449), nicht-deutsche 27,4 % (1.302). Zu den insgesamt 3.449 deutschen Jugendgruppengewalttätern wurde 2006 der Anteil von deutschen Staatsangehörigen nichtdeutscher Herkunft erhoben. Danach waren nach Angaben der Polizei 823 (17,3 %) dieser Tatverdächtigen nichtdeutscher Herkunft, so dass insgesamt 2.125 oder 44,7 % der erfassten Jugendgruppengewalttäter „Nichtdeutsche oder Deutsche nichtdeutscher Herkunft“ waren. In der Polizei versucht mit diesen und ähnlichen Zahlen darauf hinzuweisen, dass die Problematik der Gewaltdelinquenz von Jugendlichen aus Zuwandererfamilien größer ist, als es die Kriminalstatistik unter der Kategorie „Nichtdeutsche Tatverdächtige“ ausweist.

Jugendliche mit Migrationshintergrund bei Intensivtätern in Berlin

Eine noch sehr viel höhere Brisanz als im Bereich der Jugendgruppengewalt gewinnt der Aspekt „Migrationshintergrund“ bei jugendlichen Intensivtätern. Am 1.6.2003 wurde bei der Staatsanwaltschaft in Berlin eine Sonderabteilung zur Verfolgung von Intensivtätern (Hauptabteilung E, Abt. 47) eingerichtet. Als Intensivtäter gelten Personen, „die verdächtigt sind, a) den Rechtsfrieden besonders störende Straftaten, wie z.B. Raub, Rohheits- und/oder Eigentumsdelikte in besonders schweren Fällen begangen zu haben oder b) innerhalb eines Jahres in mindestens 10 Fällen Straftaten von einigem Gewicht begangen zu haben, und bei denen die Gefahr einer sich verfestigenden kriminellen Karriere besteht“ (vgl. Landeskommision 2007, 112).

Die Effektivierung der Strafverfolgung soll durch deliktsübergreifende täterorientierte Sachbearbeitung sowie durch Schaffung spezieller Zuständigkeiten bei Polizei und Staatsanwaltschaft gewährleistet werden.

Tabelle 7 zeigt, dass am 31.3.2006 bei der Abteilung 47 der Berliner Staatsanwaltschaft 319 männliche Personen im Alter von 14 bis unter 21 Jahren registriert waren. Hebt man auf die Verteilung der Intensivtäter nach Staatsangehörigkeit ab, so entfällt auf die Gruppe der Nichtdeutschen ein Anteil von 47,7 %. Dieser liegt über dem Anteil männlicher Jugendlicher bei Gewaltdelikten von 35,4 %, wie ihn die Kriminalstatistik der Berliner Polizei ausweist (vgl. Tabelle 6). 53,3 % der Intensivtäter besaßen die deutsche Staatsangehörigkeit. Bezieht man nun den Aspekt „Personen mit und ohne Migrationshintergrund“ mit in die Betrachtung ein, so steigt der Anteil von Jugendlichen und Heranwachsenden nichtdeutscher Herkunft auf 79,0 %. 100 von 167 tatverdächtigen Intensivtätern mit deutscher Staatsangehörigkeit haben einen Migrationshintergrund. Die Zahl der jugendlichen Intensivtäter nichtdeutscher Herkunft erhöht sich damit von ursprünglich 152 auf nunmehr 252 Personen. Knapp 35 % der Intensivtäter mit Migrationshintergrund sind türkischer Herkunft, ihr Anteil an der ausländischen, männlichen 14- bis unter 21jährigen Bevölkerung liegt bei ca. 39 %. Der größte Anteil entfällt auf Jugendliche und Heranwachsende arabischer Herkunft mit 38,5 %. Nach Angaben des Berichtes der Landeskommision (2007, 116), aus dem diese Angaben entnommen sind, handelt es sich dabei fast ausschließlich um Personen palästinensischer Volkszugehörigkeit sowie Angehörige von Familien libanesisch-kurdisch-türkischer Herkunft. Diese sind überproportional hoch zu ihrem Bevölkerungsanteil in Berlin als Intensivtäter staatsanwaltschaftlich registriert. 11,9 % der Intensivtäter mit Migrationshintergrund entfallen auf Personen aus Ex-Jugoslawien, 3,2 % auf Jugendliche aus den GUS-Staaten und 11,5 % auf sonstige Herkunftsländer (bzw. Staatenlose, Staatsangehörigkeit unbekannt).

¹⁹ Im Hinblick auf das vorliegende Thema muss erwähnt werden, dass in diese Vorgänge nicht nur Gewaltdelikte eingehen, sondern auch Sachbeschädigungen und die sogenannte Begleitkriminalität, die nicht immer Gewaltkriminalität ist.

²⁰ Zu den hier nicht im Detail referierten Zahlen einzelner Jahre vgl. Landeskommision 2007, 104ff.

Nach der an der Fachhochschule für Verwaltung und Rechtspflege Berlin vorgenommenen Aktenauswertung (vgl. Ohder 2007) handelt es sich bei jugendlichen Intensivtätern mit Migrationshintergrund nur zu einem kleineren Teil um Nachkommen klassischer „Arbeitsmigranten“, die in den 1950er bis 1970er Jahren als Arbeitskräfte nach Deutschland kamen. Viele Familien jugendlicher Intensivtäter stammen aus dem Nahen Osten oder aus anderen Bürgerkriegsregionen (wie Ex-Jugoslawien) und sind in der Regel nach dem Anwerbestopp (1973) Mitte der 1970er Jahre, häufig auch erst nach 1990 nach Deutschland eingereist. In über 50 % der Fälle kommen Verfolgung, Flucht und Asyl als wesentliche Migrationsgründe in Betracht, so dass auffallend viele Familien ethnischen Minderheiten angehören, die in Herkunftsländern benachteiligt oder sogar verfolgt werden. Als abgewiesene Asylbewerber erhielten die Familien in Deutschland lange Zeit keine Aufenthaltsgenehmigung, sondern nur eine zeitlich befristete Duldung, was ausländerrechtlich einer ausgesetzten Abschiebung gleichkommt. Dies bedeutet aufenthaltsrechtliche Unsicherheit, geringe autonome Lebensplanung sowie ein ausländerrechtlich bedingtes Arbeitsverbot. Aus den Akten geht hervor, dass Familien teilweise bis zu zehn Jahren vom regulären Arbeitsmarkt ausgeschlossen waren und sich heute in prekären Formen von Selbständigkeit und Teilbeschäftigung, regulärer Arbeit, aber wohl zu über 50 % in Arbeitslosigkeit befinden.

Die Akten der Staatsanwaltschaft lassen ferner bei den Jugendlichen nicht nur einen „vorangeschrittenen Kriminalisierungsprozess“ erkennen, sondern auch, „dass massiver Straffälligkeit regelmäßig weitere Problemkomplexe verschaltet sind: Herkunft aus belasteten und belastenden Familien, Scheitern an den Anforderungen der Schule, Ausschluss aus beruflicher Bildung und Erwerbstätigkeit oder massiver Drogenkonsum“ (Ohder 2007, 56, 58). Dies alles sind Merkmale einer subproletarischen Lebenssituation und die Startchancen der Flüchtlingsfamilien in Deutschland sind nicht mit den Rahmenbedingungen der Integration vergleichbar, wie sie Arbeitsmigranten vorfanden. Hinzu kommt die Problematik einzelner polizei- und gerichtsbekannter Großfamilien, die bei jugendlichen Intensivtätern mit Migrationshintergrund ebenfalls eine Rolle spielen.

Tabelle 7: Intensivtäter, Abt. 47 StA Berlin; Stand: 31.3.06; männliche Intensivtäter (14-21 J.)

a) Herkunft der Intensivtäter nach Staatsangehörigkeit		
Insgesamt:	319	100,0 %
Deutsche	167	52,3 %
Nichtdeutsche	152	47,7 %
b) Herkunft der Intensivtäter nach Migrationshintergrund		
Insgesamt:	319	100,0 %
Deutsche ohne		
Migrationshintergrund.	67	21,0 %
Personen mit		
Migrationshintergrund	252	79,0 %

Quelle: Landeskommision Berlin gegen Gewalt 2007, 113-116

Die überproportional hohe Beteiligung von nichtdeutschen Jugendlichen bei Gewaltdelikten sowie Intensivtäterschaften schlägt sich auch in den Zahlen zu den Insassen des Berliner Jugendstrafvollzugs nieder. Die Daten der Jugendstrafanstalt sind jedoch nur nach Staatsangehörigkeit, nicht nach Migrationshintergrund aufgeschlüsselt. Danach waren 2005 41 % der jugendlichen Inhaftierten Nichtdeutsche und 59 % Deutsche (Bevölkerungsanteil: 85,9 %). Die größten Gruppen der nichtdeutschen Insassen bildeten in den vergangenen Jahren türkische Jugendliche und Heranwachsende mit ca. 30 %, Jugendliche und Heranwachsende aus dem Gebiet des ehemaligen Jugoslawien mit ca. 10,7 – 13,5 % und Libanesen mit ca. 10-13 %. Im Verhältnis zu ihrem Bevölkerungsanteil weisen libanesische Jugendliche und Heranwachsende die höchste Inhaftierungsrate auf (vgl. Landeskommision 2007, 119f.).

Zusammenfassung

Jugendliche ohne deutschen Pass sind in der Polizeilichen Kriminalstatistik des Landes Berlin verglichen mit ihrem Bevölkerungsanteil gegenüber ihren deutschen Altersgefährten deutlich überrepräsentiert. Nach den Tatverdächtigenzahlen der Statistik ist dies am stärksten bei Gewaltdelikten der Fall. Insbesondere bei Raub sowie bei gefährlicher und schwerer Körperverletzung weisen nichtdeutsche Jugendliche überproportional hohe Tatverdächtigenanteile auf. Auch wenn man in Rechnung stellt, dass die Polizeiliche Kriminalstatistik keine Aussagen zu gegebenenfalls unterschiedlicher Kontrolldichte und dem Anzeigeverhalten hinsichtlich von nichtdeutschen und deutschen Personen trifft, müssen die Berliner Zahlen als wichtiger Indikator für tatsächliche Entwicklungen der Gewaltdelinquenz männlicher Jugendlicher aus Migrantenfamilien sehr ernst genommen werden. Auch die zusätzlich herangezogenen Dunkelfelduntersuchungen aus anderen Städten Deutschlands weisen auf deutlich überhöhte Belastungszahlen nichtdeutscher Jugendlicher vor allem bei Rohheits- und Gewaltdelikten hin. Die Dunkelfelduntersuchungen unterstützen insoweit die Befunde der Berliner Kriminalstatistik nachdrücklich. Sie zeigen, dass es sich hierbei nicht um ein regional begrenztes Problem handelt, das aber je nach Integrationsbedingungen vor Ort unterschiedlich stark ausgeprägt sein kann.

Die Untersuchungen des KFN zeigen überdies, dass ein enger Zusammenhang zwischen der Bildungssituation der Jugendlichen und der wirtschaftlichen Lage ihrer Familien auf der einen Seite sowie dem Ausmaß der Gewaltdelinquenz Jugendlicher auf der anderen Seite besteht. Bei einem Kriminalitätsvergleich zwischen Deutschen und Nichtdeutschen auf Basis der Daten der Kriminalstatistik werden die unterschiedlichen Lebensbedingungen wie familiäre Sozialisation, Schulabschlüsse, soziale Chancen, Berufsbildungsperspektiven, Betroffenheit von Arbeitslosigkeit und Armut, Diskriminierungserfahrungen usw. zwischen beiden Gruppen nicht berücksichtigt, die aber für eine kriminologische Analyse bedeutsam sind. Begriffe wie „Deutsche“ und „Nichtdeutsche“ als Tatverdächtigenmerkmale in der Polizeilichen Kriminalstatistik sind Chiffren für unterschiedliche Lebenslagen und Lebenschancen.

Bei der Interpretation von Kriminalitätsdaten gilt es, eine Ethnisierung sozialer Probleme zu vermeiden. In diesem Zusammenhang zeigen die Untersuchungen aber schließlich auch, dass die deutlich überhöhten Belastungszahlen nichtdeutscher Jugendlicher bei Gewaltdelikten nur zum Teil, aber nicht allein mit benachteiligten Lebensverhältnissen erklärt werden können. Überproportional hohe Betroffenheit von Gewalterfahrungen in Erziehung und Familie, vor allem aber die stärkere Verbreitung und Zustimmung zu gewaltlegitimierenden Männlichkeitsnormen werden als ausschlaggebende Faktoren angesehen, um bei Konstanthaltung sozialstruktureller Variablen die verbleibende Höherbelastung bei Gewaltdelikten von nichtdeutschen Jugendlichen zu erklären.

Schlussbemerkungen

Berlins Innensenator, Dr. Ehrhart Körting, hat im vergangenen Jahr in einem Gespräch mit dem „Tagesspiegel“ über Problemquartiere und Jugendgruppengewalt ausgeführt, dass wir uns in Berlin nach Herstellung der deutschen Einheit zu sehr mit unseren eigenen Problemen beschäftigen und der Integration der Migranten viel zu wenig Aufmerksamkeit geschenkt hätten.²¹ Tatsächlich hat sich in dieser Zeit die soziale und ökonomische Lebenssituation von vielen Einwandererfamilien in Berlin dramatisch verschlechtert. Bei den Jugendlichen ist die schulische Integration nicht vorangekommen, ihre Arbeitsmarktchancen sind katastrophal und die Halbierung der Ausbildungsquoten ist integrationspolitisch das absolut falsche Signal.²² Die Folgen dieser Entwicklung wie Rückzugsverhalten, Selbstethnisierung oder Kriminalität sind seit mehreren Jahren sichtbar.

21 Der Tagesspiegel (Nr. 19.395) v. 8.12 2006, S. 12.

22 Vgl. hierzu im einzelnen die entsprechenden Daten im Beitrag von Gesemann.

Sie erscheinen heute immer drängender und sich mit ihnen zu beschäftigen, ist politisch nicht länger aufschiebbar. Es wird sehr viel Substanz in der Integrationspolitik, aber auch eine sehr hohe Mitwirkung der Einwanderer und ihrer Communities selbst brauchen, um den hier eingetretenen Entwicklungen entgegenzusteuern. Politik und Gesellschaft können weder eine weitere Verfestigung von Bildungs- und Ausbildungsbenachteiligung von Einwandererminoritäten, d.h. einer ethnischen Schichtung der Gesellschaft, Vorschub leisten wollen, noch ernsthaft eine Verfestigung delinquenter Strukturen und Subkulturen wünschen, die das Zusammenleben und das Miteinander der Kulturen nachhaltig erschwert. Es ist in diesem Zusammenhang ein großes Verdienst des vorliegenden Berichts der Landeskommision Berlin gegen Gewalt und ihrer interkulturellen Arbeitsgruppe, dass sie keines der mit dem Thema Gewaltkriminalität männlicher Zuwanderer verbundenen Themen tabuisiert hat, sondern die jeweiligen Verantwortlichkeiten auf Seiten von Politik und Gesellschaft wie auch auf Seiten der Einwanderer selbst dezidiert angesprochen hat. Die Empfehlungen der Arbeitsgruppe sind eine Abkehr von der in den vergangenen Jahren allzu oft gepflegten Vorstellung, man könne Kriminalprävention auf Mittel des Strafrechts verkürzen.

Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

Literatur

Baier, Dirk; Pfeiffer, Christian: Gewalttätigkeit bei deutschen und nichtdeutschen Jugendlichen – Befunde der Schülerbefragung 2005 und Folgerungen für die Prävention. KfN-Forschungsberichte Nr. 100, Hannover 2007.

Bundeskriminalamt (Hrsg.): Polizeiliche Kriminalstatistik 2006, Wiesbaden 2007.

Bundesministerium des Innern, Bundesministerium der Justiz (Hrsg.): Erster Periodischer Sicherheitsbericht. Berlin 2001, Zweiter Periodischer Sicherheitsbericht, Berlin 2006.

Der Polizeipräsident in Berlin, LKA – Stab 42 – (Hrsg.): Jugenddelinquenz in Berlin. Jahresbericht 2005, Berlin 2006.

Der Polizeipräsident in Berlin, LKA (Hrsg.): Polizeiliche Kriminalstatistik 2006, Kriminalität in Berlin. Berlin 2007.

Enzmann, Dirk; Brettfeld, Karin; Wetzels, Peter: Männlichkeitsnormen und die Kultur der Ehre. Empirische Überprüfung eines theoretischen Modells zur Erklärung erhöhter Delinquenzraten jugendlicher Migrantinnen. In: Oberwittler, Dietrich; Karstedt, Susanne (Hrsg.): Soziologie der Kriminalität. Sonderheft 43 der Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie, S. 264-287, Wiesbaden 2003.

Gesemann, Frank: Kriminalität nichtdeutscher Jugendlicher in Berlin. In: DVJJ-Journal, Heft 2, 2000, S. 113-121.

Heßler, Manfred: Ein verlorenes Jahrzehnt der Integration – Kinder und Jugendliche aus Migrantenfamilien. In: unsere jugend, Heft 3, 2007, S. 98-107.

Heinz, Wolfgang: Jugendkriminalität zwischen Verharmlosung und Dramatisierung – oder: (Jugend-) Kriminalpolitik auf lückenhafter und unzulänglicher Tatsachengrundlage. In: DVJJ-Journal, Heft 3, 1997, S. 270-293.

Heinz, Wolfgang: Straffällige Ausländer in der Statistik.

<http://migration.uni-konstanz.de/content/center/events/de/events/mpf3/mpf3-heinz.html>

Kerner, Hans-Jürgen: Kriminalstatistik. In: Kaiser, Günther u.a. (Hrsg.), Kleines Kriminologisches Wörterbuch. 3. Aufl., Heidelberg 1993, S. 294-301.

Landeskommision Berlin gegen Gewalt (Hrsg.): Gewalt von Jungen, männlichen Jugendlichen und jungen Männern mit Migrationshintergrund in Berlin. Bericht und Empfehlungen. Berlin 2007.

Meuser, Michael: Männliche Sozialisation und Gewalt. In: Berliner Forum Gewaltprävention Nr. 24. Landeskommision Berlin gegen Gewalt (Hrsg.), Berlin 2006.

Ohder, Claudius: „Intensivtäter“ im Spiegel von Akten der Berliner Staatsanwaltschaft. In: ZJJ Heft 1, 2007, S. 56-64.

Pfeiffer, Christian; Delzer, Ingo; Enzmann, Dirk; Wetzels, Peter: Ausgrenzung, Gewalt und Kriminalität im Leben junger Menschen: Kinder und Jugendliche als Opfer und Täter. Sonderdruck der DVJJJ zum 24. Deutschen Jugendgerichtstag, Hannover 1998.

Pfeiffer, Christian; Wetzels, Peter: Junge Türken als Täter und Opfer von Gewalt. In: DVJJ-Journal, Heft 2, 2000, S. 107-113.

Stadler, Willi; Walser, Werner: Verzerrungsfaktoren und Interpretationsprobleme der PKS unter besonderer Berücksichtigung ausländischer Staatsangehöriger. Schriftenreihe der Fachhochschule Villingen-Schwenningen, Nr. 22, Villingen-Schwenningen 1999.

Steffen, Wiebke; Elsner, Erich: Kriminalität ist keine Frage des Passes, sondern von Lebenslagen. Kriminalität junger Ausländer. In: Deutsches Polizeiblatt, Heft 5, 2000.

Walter, Michael; Trautmann, Sebastian: Kriminalität junger Migranten – Strafrecht und gesellschaftliche (Des-)Integration. In: Raithel, J./Mansel, J. (Hrsg.): Kriminalität und Gewalt im Jugendalter. Hell- und Dunkelfeldbefunde im Vergleich. Weinheim 2003, S. 64-86.

Wetzels, Peter; Mecklenburg, Eberhard; Pfeiffer, Christian: Jugend und Gewalt. Eine repräsentative Dunkelfeldanalyse in München und acht anderen deutschen Städten, Baden-Baden 2001.

Wilmers, Nicola; Enzmann, Dirk; Schaefer, Dagmar; Herbers, Karin; Greve, Werner; Wetzels, Peter: Jugendliche in Deutschland zur Jahrtausendwende: Gefährlich oder gefährdet. Ergebnisse wiederholter, repräsentativer Dunkelfelduntersuchungen zu Gewalt und Kriminalität im Leben junger Menschen 1998-2000. Kriminologisches Forschungsinstitut Niedersachsen, Baden-Baden 2002.

Dr. Frank Gesemann

Bildung und soziale Lage junger Zuwanderer in Berlin

Der Bericht der Landeskommision Berlin gegen Gewalt (2007: 35) hat dargelegt, dass „Perspektivlosigkeit, fehlende Anerkennung und geringes Selbstwertgefühl“ im Kontext mangelnder Bildungserfolge, geringer Ausbildungschancen und ungünstiger Arbeitsmarktaussichten „wesentliche Risikofaktoren für gewalttätiges Verhalten“ sind. In den Empfehlungen des Berichts wird daher folgerichtig ein verbesserter Zugang zu Ausbildung und Beschäftigung für Jugendliche mit Migrationshintergrund als „eine der größten Herausforderungen im Zusammenhang mit der Prävention von Gewalt“ und als eine der zentralen Aufgaben der politisch Verantwortlichen der Mehrheitsgesellschaft beschrieben: „Sie werden sich bei allen Forderungen, die sie an die Migrant/innen stellen, daran messen lassen müssen, inwieweit es hier gelingt, Politik erfolgreich zu gestalten“ (ebd.: 166).

Der folgende Beitrag versucht die Situation junger Migranten in Berlin in den Bereichen Bildung, Ausbildung und Arbeitsmarkt auf der Grundlage aktueller Daten zu veranschaulichen.²³ Er geht von der These aus, dass Bildung und Ausbildung eine Schlüsselbedeutung für die soziale Integration von Zuwanderern haben. In einer globalisierten Welt sind Erfolge junger Migranten im Bildungssystem eine zentrale Voraussetzung für die Nutzung von Chancen auf dem Arbeitsmarkt und die Öffnung von Wertvorstellungen in Richtung Moderne, aber auch für die wirtschaftliche Wettbewerbsfähigkeit und den sozialen Zusammenhalt einer schrumpfenden und alternden Gesellschaft. Zur Erklärung von Kriminalität und Gewalt junger Zuwanderer ist die soziale und wirtschaftliche Lebenssituation dieser Bevölkerungsgruppe von zentraler Bedeutung, auch wenn abweichendes Verhalten nicht allein mit diesen Faktoren erklärt werden kann.

Vorbemerkungen

Die immer noch vorherrschende Unterscheidung zwischen Deutschen und Ausländern in der amtlichen Statistik spiegelt die komplexe Realität einer Einwanderungsgesellschaft nicht mehr angemessen wider, da die Differenz zwischen der ausländischen Bevölkerung und der Bevölkerung mit Migrationshintergrund seit Ende der 1980er Jahre immer größer geworden ist.²⁴ Daten zum Migrationshintergrund der Bevölkerung in Deutschland wurden erstmals im Mikrozensus 2005 erhoben.²⁵ Die Ergebnisse zeigen, dass in Berlin 795.000 Menschen mit Migrationshintergrund leben (Ausländer: 453.000). Der Anteil der Bevölkerung mit Migrationshintergrund an der Gesamtbevölkerung liegt bei 23,4% und übertrifft den Anteil der in der Stadt lebenden Ausländer um zwei Drittel. Bei den 6- bis unter 18-jährigen männlichen Personen haben sogar 40,6% einen Migrationshintergrund.²⁶

23 Siehe hierzu ergänzend auch die Folien eines Vortrags vom 26.08.2005, die im Anhang des Berichts der Landeskommision Berlin gegen Gewalt (2007: 131ff.) abgedruckt sind.

24 Zu den Gründen gehören der starke Zuzug von (Spät-)Aussiedlern, die steigende Zahl der Einbürgerungen von Ausländern und das neue Staatsangehörigkeitsgesetz aus dem Jahr 2000. Kinder mit mindestens einem seit acht Jahren hier lebenden ausländischen Elternteil erhalten seitdem mit der Geburt die deutsche Staatsangehörigkeit.

25 Zu den Menschen mit Migrationshintergrund werden in der Definition des Statistischen Bundesamts (2007: 6) „alle nach 1949 auf das heutige Gebiet der Bundesrepublik Deutschland Zugewanderten, sowie alle in Deutschland geborenen Ausländer und alle in Deutschland als Deutsche Geborenen mit zumindest einem zugewanderten oder als Ausländer in Deutschland geborenen Elternteil“.

26 Vgl. Statistisches Bundesamt (2007: 28f.); Landeskommision Berlin gegen Gewalt (2007: 107).

Der Wandel vom Ausländer- zum Migrationskonzept steht allerdings erst noch am Anfang, sodass bei Daten zur Bevölkerung mit Migrationshintergrund in der Regel noch auf Daten zurückgegriffen werden muss, die nur nach der Staatsangehörigkeit differenzieren. Diese Daten unterschätzen Integrationserfolge, da Kinder und Jugendliche aus Zuwandererfamilien, die über die deutsche Staatsangehörigkeit verfügen, im Allgemeinen nicht nur in rechtlicher und politischer Hinsicht besser gestellt sind, sondern auch über ein höheres Bildungsniveau und einen besseren sozioökonomischen Status verfügen. Allerdings verringern sich damit nicht zwangsläufig die Unterschiede zwischen Personen mit und ohne Migrationshintergrund, so dass Daten zur Staatsangehörigkeit durchaus als grobe Indikatoren für mangelnde Chancengleichheit gelten können.

Bildung, soziale Lage und Gewalt

Studien zur selbst berichteten Delinquenz von Jugendlichen zeigen, dass junge Migranten, die ein geringeres Bildungsniveau aufweisen und aus Familien stammen, die einen niedrigeren sozioökonomischen Status aufweisen, im Allgemeinen durch eine deutlich höhere Gewaltbelastung gekennzeichnet sind (vgl. *Gesemann 2005: 25*).²⁷ Die Differenzen der sozialen und ökonomischen Situation sind zwar nicht ausreichend, um ethnische Unterschiede des jugendlichen Gewalthandelns zu erklären, aber sie gehören zu den zentralen Risikofaktoren. Zu bedenken ist ferner, dass weitere bedeutsame Risikofaktoren wie innerfamiliäre Gewalterfahrungen und gewaltlegitimierende Männlichkeitsnormen mit dem Bildungsstand und der sozialen Lage der Jugendlichen verknüpft sind und nicht einfach einer „importierten Kultur“ der Jugendlichen zugeschrieben werden können.

Jugendliche, die unter ungünstigen Rahmenbedingungen aufwachsen (Arbeitslosigkeit und/oder Sozialhilfebezug der Eltern, geringer Bildungsstatus) gehören nach Untersuchungen am *Kriminologischen Forschungsinstitut Niedersachsen (KFN)* viermal so häufig zur Gruppe der Mehrfachtäter von Gewalt wie solche Schülerinnen und Schüler, deren Lebensbedingungen als günstig eingestuft wurden. Allerdings weist die Verteilung der Lebensbedingungen und Zukunftsperspektiven der Jugendlichen nach ethnischer Herkunft sehr deutliche Unterschiede auf: Während bei den deutschen Jugendlichen nur jeder Fünfte von schlechten Bildungsperspektiven und relativer Armut betroffen ist, sind es bei den Jugendlichen aus der Türkei, dem ehemaligen Jugoslawien und dem sonstigen Südeuropa zum Teil mehr als die Hälfte (vgl. *Pfeiffer u.a. 2004: 57f.*).

Eine Auswertung von Akten der Berliner Staatsanwaltschaft hat zudem gezeigt, dass die „Intensivtäter“ überwiegend aus Elternhäusern stammen, die einen niedrigen Bildungs- und Qualifikationsstatus aufweisen und überdurchschnittlich häufig von Arbeitslosigkeit betroffen sind. Die Lebensbedingungen der Vielfachtäter sind fast ausnahmslos durch geringe Bildung, fehlende berufliche Qualifikationen und mangelnde Integration in den Arbeitsmarkt gekennzeichnet. 90 Prozent der untersuchten Jugendlichen besuchten nur eine Haupt- oder Sonderschule; eine deutliche Mehrheit hat zudem die Schule ohne Abschluss verlassen. Das Scheitern in der Schule hat in vielen Fällen einen weitgehenden Ausschluss vom Ausbildungs- und Arbeitsmarkt zur Folge, der die kriminellen Karrieren der Intensivtäter zweifellos begünstigt hat (vgl. *Ohder/Huck 2006: 15ff.*).

Bildung und Integration

Bildung und Ausbildung haben eine Schlüsselfunktion für den erfolgreichen Verlauf von Integrationsprozessen. Sie entscheiden über den Zugang zu gesellschaftlichen Positionen und Ressourcen sowie die Teilhabe an politischen Entscheidungsprozessen.

²⁷ Siehe auch die Zusammenfassung der wissenschaftlichen Erkenntnisse im Bericht der Landeskommision Berlin gegen Gewalt (2007: 120).

Sprachliche Kompetenzen und kulturelle Fähigkeiten von Migranten beeinflussen die Erfolge im Bildungssystem und die Integration in den Arbeitsmarkt (*kulturelle Integration*). Qualifizierte Schulabschlüsse, eine abgeschlossene Berufsausbildung oder eine Hochschulausbildung sind von zentraler Bedeutung für die Aufstiegschancen und die soziale Platzierung von Zuwanderern (*strukturelle Integration*). Bildungseinrichtungen sind darüber hinaus wichtige Orte für die Entwicklung interkultureller Kontakte und Freundschaften, die Förderung von Akzeptanz und den Abbau von Vorurteilen (*soziale Integration*) sowie die Identifikation von Migranten mit den Strukturen und Grundwerten einer demokratischen Gesellschaft (*identifikatorische Integration*) (vgl. Gesemann 2007: 65).

Der erste nationale Bildungsbericht hat gezeigt, dass in der Altersgruppe der unter 25-Jährigen mehr als ein Viertel der Bevölkerung (27,2%) über einen Migrationshintergrund verfügt. Innerhalb der jungen Bevölkerung mit Migrationshintergrund sind die Ausländer mit 10 Prozent die größte Gruppe, 9,8 Prozent haben die deutsche Staatsangehörigkeit erworben (Aussiedler, Eingebürgerte) und 7,5 Prozent sind Deutsche mit einseitigem Migrationshintergrund oder aufgrund der Regelungen im Staatsangehörigkeitsgesetz. Nur knapp ein Drittel (31,3%) ist selbst zugewandert. Die große Heterogenität der Migrationsbevölkerung nach Geschichte und Zeitpunkt der Zuwanderung, ethnisch-kultureller Zugehörigkeit, sozialem und rechtlichem Status stellen eine besondere Herausforderung für das Bildungssystem auf allen seinen Stufen dar, „die lange Zeit unterschätzt und deren Chancen nicht erkannt worden sind – z.B. Mehrsprachigkeit und kulturelle Heterogenität als Ressource für die zunehmenden internationalen Austauschbeziehungen“ (Konsortium Bildungsberichterstattung 2006: 137).

Kinder und Jugendliche aus Zuwandererfamilien haben in Deutschland – trotz einiger Teilerfolge und Verbesserungen im Vergleich zu den 1970er Jahren – immer noch deutlich geringere Bildungschancen als Schülerinnen und Schüler ohne Migrationshintergrund. Der nationale Bildungsbericht 2006 hat gezeigt, dass Kinder und Jugendliche mit Migrationshintergrund an Haupt- und Sonderschulen überrepräsentiert sind, seltener Schulen besuchen, die einen weiterführenden Abschluss ermöglichen, die allgemein bildende Schule häufiger mit einem Hauptschulabschluss oder ohne Abschluss verlassen, größere Schwierigkeiten haben, einen Ausbildungsplatz im dualen Berufsausbildungssystem zu finden und unter den Studienberechtigten stark unterrepräsentiert sind. Zu den Konsequenzen gehören später „schlechte Chancen auf dem Arbeitsmarkt, eine wesentlich höhere Arbeitslosigkeit und Abhängigkeit von Transferleistungen“ (Beauftragte der Bundesregierung für Migration, Flüchtlinge und Integration 2005: 37).

Im „Nationalen Integrationsplan“ der Bundesregierung vom Juli 2007 kommt dem Thema Bildung und Integration daher eine besondere Bedeutung zu. Zu den zentralen Zielbestimmungen des Integrationsplans im Themenfeld „Gute Bildung und Ausbildung sichern, Arbeitsmarktchancen erhöhen“ gehören die Schaffung eines Bildungssystems, „das Chancen eröffnet, Potenziale entfaltet und Bildungserfolge nicht von sozialer Herkunft abhängig macht“, die Verbesserung von Schulsituationen durch die Bereitstellung zusätzlicher Ressourcen und die Veränderung belastender Rahmenbedingungen, die Förderung der Potenziale der Jugendlichen durch Verbesserung der Elternbeteiligung und die Stärkung von Eigenverantwortung sowie eine Verbesserung des Unterrichts und eine Intensivierung der Bildungsforschung. Zur Verfolgung dieser Ziele haben sich Bund, Länder und Kommunen sowie nichtstaatliche Institutionen und Organisationen auf eine Vielzahl von Maßnahmen und Selbstverpflichtungen verständigt (Bundesregierung 2007: 63ff.).

Kinder und Jugendliche mit Migrationshintergrund in Berlin

In Berlin lag der Anteil der Schüler nichtdeutscher Herkunftssprache²⁸ an der Gesamtschülerzahl der öffentlichen und privaten Schulen mit 27,0 Prozent im Schuljahr 2006/07 deutlich über dem Anteil der ausländischen Schüler (16,2%). In den öffentlichen Grundschulen der Stadt war sogar jeder dritte Schüler nichtdeutscher Herkunft (33,3%). In Bezirken wie Mitte, Friedrichshain-Kreuzberg und Neukölln stellen Schüler mit einer nichtdeutschen Familiensprache bereits die Mehrheit der Schülerschaft (vgl. Senatsverwaltung für Bildung, Wissenschaft und Forschung 2007). Näheren Aufschluss über die Herkunft der Jugendlichen und ihrer Eltern bieten Ergebnisse aus PISA 2003. Die größte Gruppe unter den Schülerinnen und Schülern mit Migrationshintergrund bilden mit einem Anteil von 35,0 Prozent die Jugendlichen, deren Eltern aus der Türkei nach Deutschland gekommen sind. Es folgen Jugendliche mit Eltern aus Polen (10,8%), der ehemaligen Sowjetunion (8,1%) und dem ehemaligen Jugoslawien (5,5 %) (vgl. Ramm u. a. 2005: 275).²⁹

Von den ausländischen Schülern an den öffentlichen Schulen in Berlin stammen etwa 60 Prozent aus überwiegend muslimischen Herkunftsstaaten, insbesondere aus der Türkei, aus dem Libanon und aus Bosnien-Herzegowina. Die Verteilung der ausländischen Schüler nach Schularten zeigt allerdings, dass es bei der Bildungsbeteiligung nicht nur große Unterschiede zwischen deutschen und ausländischen Schülern, sondern auch zwischen Schülern aus verschiedenen Herkunftsländern gibt. Der Anteil der Schülerinnen und Schüler, die ein Gymnasium besuchen,³⁰ reicht beispielsweise bei Schülern aus überwiegend muslimischen Herkunftsländern von 8,8% (Libanesen) über 24,4% (Bosnier) und 25,6% (Türken) bis zu 58,5% (Iraner).³¹ Bei vietnamesischen Schülerinnen und Schülern liegt dieser Wert sogar bei 60,2 Prozent (zum Vergleich Deutsche: 49,0%). Eine Bewertung des Bildungserfolgs von jungen Migranten entlang der Kategorien deutsch / ausländisch bzw. deutsche / nichtdeutsche Herkunftssprache ist daher nur von sehr begrenztem Nutzen, da die Gesamtzahlen erhebliche Unterschiede bei den Herkunftsgruppen der Migranten verdecken.

Integration durch Bildung?

Die Differenzen in den Bildungserfolgen von Kindern und Jugendlichen mit deutscher und nichtdeutscher Staatsangehörigkeit sind seit vielen Jahren in Berlin sehr viel stärker ausgeprägt als im Bundesdurchschnitt (vgl. Hunger/Thränhardt 2001). Während im Schuljahr 2005/06 39,2 Prozent der deutschen Schulabgänger die Schule mit allgemeiner Hochschulreife verlassen haben, liegt dieser Anteil bei den nichtdeutschen Schulabgängern nur bei 16,4 Prozent. Problematisch ist vor allem die Bilanz bei den weniger erfolgreichen Jugendlichen: 20,9 Prozent der nichtdeutschen, aber nur 7,7 Prozent der deutschen Schulabgänger verlassen die allgemein bildende Schule in Berlin ohne Abschluss; weitere 23,6 Prozent der nichtdeutschen Schulabgänger erwerben nur den Hauptschulabschluss (12,0 Prozent der Deutschen).

28 Als „Schüler nichtdeutscher Herkunftssprache“ werden in Berlin seit 1999 Schüler erfasst, „deren Mutter- bzw. Familiensprache nicht deutsch ist. Die Staatsangehörigkeit ist dabei ohne Belang; entscheidend ist die Kommunikationssprache in der Familie“ (Senatsverwaltung für Bildung, Jugend und Sport 2006: 7).

29 Eine etwas andere Verteilung zeigt die statistische Auswertung nach Staatsangehörigkeit: Von den ausländischen Schülern an öffentlichen Schulen kommen 41 Prozent aus der Türkei, 12 Prozent aus arabischen Staaten und 11 Prozent aus dem ehemaligen Jugoslawien (vgl. Senatsverwaltung für Bildung, Wissenschaft und Forschung 2007: 11, eigene Berechnungen).

30 Eigene Berechnungen ohne Berücksichtigung der Grundschulen. Bei vietnamesischen Schülerinnen und Schülern liegt dieser Anteil sogar bei 60,2 Prozent!

31 Zur Bildungssituation junger Muslime in Deutschland siehe auch Gesemann (2006d: 11).

Fast die Hälfte der nichtdeutschen Schulabgänger verlässt die Schule entweder ohne Abschluss oder nur mit einem Abschluss, der ihnen relativ geringe Chancen auf dem Berliner Ausbildungs- und Arbeitsmarkt bietet (vgl. Tabelle 1; siehe auch Gesemann 2006c: 203f).

Anfang 2007 hat die Senatsverwaltung für Bildung und Wissenschaft und Forschung erstmals Zahlen zu den Schulabgängern nichtdeutscher Herkunftssprache veröffentlicht. Diese zeigen, dass die Schulabgänger nichtdeutscher Herkunftssprache insgesamt zwar etwas bessere Bildungserfolge als die ausländischen Schulabgänger erzielen, aber die Unterschiede zwischen Schulabgängern deutscher und nichtdeutscher Herkunftssprache verringern sich nur geringfügig. Allerdings sind die Erfolge in der Teilgruppe der Schulabgänger, die über eine nichtdeutsche Herkunftssprache und die deutsche Staatsangehörigkeit verfügen, sehr viel ausgeprägter als bei ausländischen Staatsangehörigen. Der Erwerb der deutschen Staatsangehörigkeit korrespondiert daher mit einer Verbesserung der Integrationschancen. Leider unterscheidet die Berliner Schulstatistik bei den Schulabgängern aber nur zwischen Schülern deutscher und nichtdeutscher Staatsangehörigkeit bzw. Herkunftssprache, sodass die erheblichen Unterschiede im Hinblick auf den Bildungserfolg verschiedener Zuwanderergruppen nicht sichtbar werden.

Eine Differenzierung nach Staatsangehörigkeit, Herkunftssprache und Geschlecht zeigt, dass inzwischen Mädchen – über alle Gruppen hinweg – deutlich bessere Schulabschlüsse erzielen als Jungen. Sie verlassen die Schule häufiger mit der allgemeinen Hochschulreife und seltener ohne Abschluss. Die Gefahr des Scheiterns im Schulsystem ist hierbei bei jungen männlichen Ausländern am höchsten: Jeder Vierte verlässt die Schule ohne Abschluss! Bei den deutschen Schulabgängerinnen trifft dieses nur auf jede Sechzehnte zu. Aber auch junge Ausländerinnen oder Schulabgängerinnen nichtdeutscher Herkunftssprache scheitern sehr viel seltener in der Schule als junge Männer: Während 24,7 der männlichen Ausländer die Schule ohne einen Abschluss verlassen, sind es bei den weiblichen Ausländerinnen „nur“ 16,7 Prozent! Die allgemeine Hochschulreife erwirbt fast jede zweite Deutsche, aber nur jeder siebte Ausländer. Während 14,1 Prozent der jungen Männer die Schule mit allgemeiner Hochschulreife verlassen, trifft dies immerhin auf 19,0 Prozent der jungen Ausländerinnen zu (vgl. Tabelle 1).³²

Zu den Ursachen des mangelnden Bildungserfolgs von Kindern und Jugendlichen mit Migrationshintergrund gehören vor allem der geringe Bildungsstatus der Eltern, eine nichtdeutsche Familien- und Freizeitsprache, unzureichende Kompetenzen in der deutschen Sprache, das Aufwachsen in Gebieten, die durch eine Konzentration von Zuwanderern und eine Kumulation sozialer Problemlagen geprägt sind, sowie eine mangelnde Förderung in Kindertagesstätten und Schulen. Die Berliner Sprachstandserhebung „Deutsch Plus“, die im Herbst 2006 mit 25.143 Kindern durchgeführt wurde, die im Schuljahr 2007/2008 schulpflichtig wurden, hat beispielsweise ergeben, dass 54,4% der Kinder nichtdeutscher Herkunftssprache intensiv in Deutsch gefördert werden müssen (11,1% der Kinder deutscher Herkunftssprache). Besonders hoch ist der Förderbedarf bei den Kindern, die in Bezirken wie Neukölln leben (64,6%) oder keine Kindertagesstätte besuchen (71,9%) (vgl. Senatsverwaltung für Bildung, Wissenschaft und Forschung 2007).

Die geringen Bildungserfolge von jungen männlichen Migranten sind bislang kaum zum Gegenstand vergleichender wissenschaftlicher Studien geworden und werden auch nur selten in der (Fach-)Öffentlichkeit thematisiert. Die Daten passen offenbar nicht zu den „verbreiteten Annahmen über die besonderen Problemen von Mädchen und jungen Frauen in der Schule aufgrund einer – im Vergleich zu Jungen mit Migrationshintergrund – restriktiveren Erziehung und geringeren Unterstützung ihrer Bildungsbemühungen durch die Eltern“ (Boos-Nünning/Karakaşoğlu 2004: 216).

32 Leider gibt es keine Daten zum Bildungserfolg verschiedener Zuwanderergruppen und seit kurzem auch nicht mehr zu türkischen Schulabgängern. Im Schuljahr 2003/04 haben beispielsweise 32,5 der deutschen Jungen (Mädchen: 22,0%) und 64,4 Prozent der türkischen Jungen (Mädchen: 53,4%) die Schule ohne oder nur mit einem (erweiterten) Hauptschulabschluss verlassen. Die allgemeine Hochschulreife haben 29,5 Prozent der deutschen Jungen (Mädchen: 39,4%) und 5,9 Prozent der türkischen Jungen (Mädchen: 9,7%) erworben. Für einen männlichen türkischen Jugendlichen war damit die Wahrscheinlichkeit, die allgemeine Hochschulreife zu erwerben, um ein Fünffaches geringer als bei männlichen deutschen Jugendlichen (vgl. Gesemann 2006c+d; siehe auch Landeskommission Berlin gegen Gewalt 2007: 134, Folie 9)!

Angesichts der unbefriedigenden Forschungslage sind die „Hypothesen über das überproportionale Schulversagen ausländischer Jungen“ anregend, die Gerhard Weil (2003: 3f.) in einer Veröffentlichung des Berliner Landesinstituts für Schule und Medien präsentiert hat (siehe auch Gesemann 2006d: 13ff.):

- Die geschlechtsrollenspezifische Erziehung in Familien aus der Mittelmeerregion „verschont“ Jungen stärker von der Bewältigung häuslicher Arbeiten, was Selbstständigkeit bei der Bewältigung von Aufgaben und die Übernahme von Verantwortung behindert.
- Mangelnde individuelle Zuwendung und Förderung in der Schule wird psychisch schlechter bewältigt als bei Mädchen und kann leichter zu Leistungsblockaden oder Leistungsverweigerung führen.
- Das Selbstbild muslimischer Jungen ist stärker von einer dominanten Männlichkeitsrolle geprägt, aus der sie eine Vorherrschaft herleiten, die nicht auf Anstrengung, Leistung und Erfolg beruht. Schulische Misserfolge werden schlechter verarbeitet und häufiger durch Aggressivität kompensiert.
- Dieses Geschlechtsrollenverständnis führt offenbar vor allem im Bereich der Sekundarstufe zu heftigen Konflikten mit selbstbewussten Lehrerinnen, die sich nicht förderlich auf schulische Erfolge auswirken.
- Einer Schule ohne interkulturelles Bildungskonzept gelingt es nicht, mentale Grundlagen des Lernens (Sicherheit, Zugehörigkeit / Identität, Respekt) zu vermitteln, was zu Lernblockaden führt. Dies gilt insbesondere für Jungen, deren Anpassungsfähigkeit, Flexibilität und Frustrationstoleranz weniger ausgeprägt sind als die der Mädchen.

Tabelle 1: Schulabgänger aus allgemein bildenden Schulen in Berlin nach Staatsangehörigkeit und Herkunftssprache, Schuljahr 2005/06*						
Schulabgänger	ohne Abschluss			allgemeine Hochschulreife		
	g	m	w	g	m	w
Gesamt	9,5	11,3	7,6	36,1	30,9	41,5
Deutsche	7,7	9,1	6,2	39,2	33,7	44,9
Ausländer	20,9	24,7	16,7	16,4	14,1	19,0
deutsche Herkunftssprache	7,4	8,8	6,0	40,3	34,6	46,1
nichtdeutsche Herkunftssprache	18,3	22,0	14,4	18,4	15,6	21,4
Deutsche nichtdeutscher Herkunftssprache	11,6	14,5	8,8	23,6	19,9	27,3
Deutsche deutscher Herkunftssprache	7,4	8,8	6,0	40,3	34,6	46,1

* ohne Berücksichtigung der BB 10-Lehrgänge
g = gesamt, m = männlich, w = weiblich
Quelle: Senatsverwaltung für Bildung, Wissenschaft und Forschung, eigene Berechnungen

Integration durch Ausbildung?

Besorgniserregend ist vor allem die Entwicklung im Bereich der beruflichen Bildung, die in Deutschland von besonderer Bedeutung für die Arbeitsmarktchancen ist. In Berlin ist die Anzahl der ausländischen Auszubildenden von 1991 bis 2006 um 50 Prozent zurückgegangen! Der Ausländeranteil an der Gesamtzahl aller Auszubildenden hat sich in diesem Zeitraum fast halbiert – von 8,5 Prozent (1991) auf 4,1 Prozent (2006). Besonders problematisch sind hierbei die anhaltenden Rückgänge in der Industrie (von 7,3% auf 3,7%), im Handwerk (von 10,8% auf 4,7%) und im Öffentlichen Dienst (von 6,9% auf 1,2%).

Die Ausbildungsbeteiligungsquote der ausländischen Jugendlichen – berechnet als Anteil der Auszubildenden an allen Personen dieser Gruppe in der Altersgruppe 18 bis unter 21 Jahre – war im Jahr 2006 mit 14,8 Prozent sehr viel geringer als die der deutschen Jugendlichen (46,8 %).³³

Zu den Gründen für die geringe Ausbildungsbeteiligung der nichtdeutschen Jugendlichen gehören vor allem unzureichende oder fehlende Schulabschlüsse, nach wie vor bestehende Sprachdefizite, die Anforderungsprofile der auszubildenden Betriebe und Verwaltungen sowie Vorbehalte auf Seiten der Personalverantwortlichen. Mit einem Hauptschulabschluss oder sogar ohne Abschluss haben Jugendliche nichtdeutscher Herkunft auf dem engen und durch einen stärker gewordenen Verdrängungswettbewerb geprägten Berliner Ausbildungsmarkt nur geringe Chancen. Jugendliche mit Migrationshintergrund nutzen zudem sehr viel seltener als deutsche Jugendliche die Informations- und Vermittlungsangebote der Arbeitsagenturen. Viele steigen unmittelbar nach der Schulzeit in das ethnische Gewerbe ein oder suchen Arbeit im Niedriglohnssektor (vgl. *Ohliger/Raiser* 2005: 32).³⁴

Jahr	Insgesamt	Deutsche	Ausländer	in Prozent
1991	51.018	46.493	4.525	8,9
1995	55.165	50.658	4.507	8,2
2000	62.696	59.440	3.256	5,2
2005	55.458	53.138	2.320	4,2
2006	55.334	53.046	2.288	4,1

* Arbeitslose in Prozent der abhängigen zivilen Erwerbspersonen
Quelle: Amt für Statistik Berlin-Brandenburg

Integration durch Arbeit?

Die Wiedervereinigung hat zwar die politische Teilung der beiden Stadtteile beseitigt, aber die ökonomischen und sozialen Probleme verschärft. Die wirtschaftliche Entwicklung ist seit Anfang der neunziger Jahre durch einen dramatischen Abbau von Arbeitsplätzen in der Berliner Industrie gekennzeichnet. Im Vergleich mit dem Ausgangsbestand vor der Wiedervereinigung gingen rund 250.000 industrielle Arbeitsplätze verloren. Von 1991 bis 2004 hat sich die Zahl der Arbeitsplätze im verarbeitenden Gewerbe um mehr als die Hälfte verringert. Dieser Verlust konnte bislang auch nicht durch Zuwächse im Dienstleistungssektor kompensiert werden. Der Rückgang der Erwerbstätigen hat zu einem starken Anstieg der Arbeitslosenquote geführt von 9,4 Prozent im Jahr 1991 auf 20,1 Prozent im Jahr 2006.³⁵

Zu den Verlierern dieser Entwicklung gehören vor allem Migranten. Von 1991 bis 2006 hat sich die Zahl der sozialversicherungspflichtig beschäftigten Ausländer um ein Drittel verringert. Im gleichen Zeitraum ist die Arbeitslosenquote der Ausländer von 14,5 auf 41,9 Prozent gestiegen. Sie ist damit mehr als doppelt so hoch wie die Arbeitslosenquote der Deutschen, die bei 17,7 Prozent liegt.

33 Statistisches Landesamt Berlin: Auszubildende und Prüfungen in Berlin 2004. März 2005; eigene Berechnungen.

34 Siehe auch die Antwort des Senats von Berlin auf die Kleine Anfrage des Abgeordneten Özcan Mutlu (Bündnis 90/Die Grünen) vom 09. Dezember 2005 zur „Ausbildungsbeteiligung von Jugendlichen mit Migrationshintergrund“ (Drucksache 15/13064).

35 Siehe Gesemann (2001: 19, 423); (2006b: 5). Die angegebenen Arbeitslosenquoten beziehen sich auf die Arbeitslosigkeit der abhängigen zivilen Erwerbspersonen im Jahresdurchschnitt.

Von dem Strukturwandel auf dem Arbeitsmarkt sind vor allem Erwerbstätige mit geringen Qualifikationen betroffen, die unter den Ausländern überproportional vertreten sind: Von den im August 2005 im Land Berlin registrierten ausländischen Arbeitslosen hatten 53,2 Prozent keinen Schulabschluss und 81,1 Prozent waren ohne abgeschlossene Berufsausbildung (Türkische Arbeitslose: 57,1% bzw. 86,2%).³⁶ Das Armutsrisiko der Ausländer übertrifft das der Deutschen um das Dreifache (36,0% zu 11,5 Prozent im Jahr 2002),³⁷ wobei in den Stadtteilen mit den höchsten Armutsquoten auch die Ausländeranteile am höchsten sind.³⁸

Jahr	Gesamt	Deutsche	Ausländer
1991	9,4		12,2
1995	14,3		25,1
2000	17,6	16,0	34,0
2005	21,5	19,1	44,3
2006	20,1	17,7	41,9

* Arbeitslose in Prozent der abhängigen zivilen Erwerbspersonen
Quelle: Landesarbeitsamt Berlin-Brandenburg

Bedingungsfaktoren des Bildungserfolgs von jungen Migranten

Die Ergebnisse der sozialwissenschaftlichen Forschung zeigen, dass der Bildungserfolg von Kindern und Jugendlichen mit Migrationshintergrund sowohl durch individuelle und familiäre Lebensbedingungen (z.B. Einreisealter, soziale Position und Bildungsnähe der Eltern, Familien- und Freizeitsprache, interethnische Kontakte) als auch durch gesellschaftliche und institutionelle Bedingungen (z.B. Förderung von Bildung und Erziehung in Kindertageseinrichtungen, Nutzung und Dauer des Besuchs von Kindertageseinrichtungen, ethnische und sozioökonomische Zusammensetzung der Schülerschaft, Unterschiede in der Qualität der Lehrer/innen, in den Ausstattungen der Schulen und im intellektuellen Klima) beeinflusst werden. Erfolg versprechende Maßnahmen zur Verbesserung des Bildungserfolgs von Kindern und Jugendlichen mit Migrationshintergrund dürfen sich daher nicht darauf beschränken, die individuelle Förderung in der Zielgruppe zu verbessern, sondern müssen auch die institutionellen und strukturellen Bedingungen des Bildungssystems verändern (vgl. Gesemann 2007: 53).

Zu den Kernelementen einer umfassenden Reform des Bildungssystems gehören:

- der Ausbau des Bildungs- und Erziehungsauftrags von Kindertageseinrichtungen und der flächendeckende Ausbau von Ganztagschulen;
- die Verankerung der frühkindlichen Sprachförderung in Bildungsplänen für den Elementarbereich und die Verstärkung von Förderunterricht in der deutschen Sprache;
- die Entwicklung von Interkulturalität zu einem Schwerpunkt des Schulprofils und Öffnung der Schulen zum Wohnumfeld;
- die stärkere Einbeziehung der Eltern in institutionelle Bildungsprozesse und Förderung der familiären Erziehungskompetenz durch interkulturelle Elternarbeit;

36 Vgl. Bundesagentur für Arbeit, Regionaldirektion Berlin-Brandenburg: Strukturmerkmale der arbeitslosen Ausländer / Aussiedler / Asylbewerber in der Region Berlin-Brandenburg. Ergebnisse der Bestände an Arbeitslosen, Ende August 2005.

37 Vgl. Statistisches Landesamt Berlin, Armut und soziale Ungleichheit in Berlin, Mai 2003; siehe auch Sozialstrukturatlas Berlin 2003 (Senatsverwaltung für Gesundheit, Soziales und Verbraucherschutz 2004: 107).

38 Siehe hierzu vor allem die umfassende Darstellung im Sozialstrukturatlas Berlin 2003 (Senatsverwaltung für Gesundheit, Soziales und Verbraucherschutz 2004: 273).

- die Anhebung der Erzieherausbildung auf ein international vergleichbares qualitatives Niveau sowie Verbesserungen bei der Lehreraus- und -fortbildung.

Mit dem Programm „Integration durch Bildung“ hat der Senat von Berlin im Mai 2005 erstmals ein umfangreiches „Konzept zur Förderung von Kindern, Jugendlichen und Erwachsenen mit Migrationshintergrund“ vorgelegt (vgl. *Abgeordnetenhaus* 2005a). Die Zielvorgaben des Programms, eine Erhöhung des Anteils höher qualifizierter Schulabschlüsse, eine verstärkte Einbindung von Eltern mit Migrationshintergrund in den Bildungsprozess ihrer Kinder und die Vermittlung grundlegender Kenntnisse von Kultur und Gesellschaft wurden auch in das erste Integrationskonzept des Senats „Vielfalt fördern – Zusammenhalt stärken“ vom August 2005 aufgenommen (vgl. *Abgeordnetenhaus* 2005b). Im zweiten Berliner Integrationskonzept vom Juli 2007 hat der Senat zudem zentrale Handlungsstrategien identifiziert, „die für den Erfolg der Berliner Integrationspolitik ausschlaggebend“ sein sollen und die durch Handlungsfelder, Leitprojekte, Ziele und Indikatoren unterlegt wurden. Zu diesen gehören in den Bereichen Bildung, Ausbildung und Arbeitsmarkt die Neudefinition des Bildungsauftrags von Kita und Schule und die Schaffung des Zugangs zu Ausbildung, Arbeit und Erwerb. An der Erreichung dieser Ziele wird sich die Politik des Senats messen lassen müssen.

Literatur

Abgeordnetenhaus von Berlin (2005a): Integration durch Bildung. Drucksache 15/3973, 13.05.2005.

Abgeordnetenhaus von Berlin (2005b): Ein Integrationskonzept für Berlin. Drucksache 15/4208, 23.08.2005.

Beauftragte der Bundesregierung für Migration, Flüchtlinge und Integration (2005): Bericht der Beauftragten der Bundesregierung für Migration, Flüchtlinge und Integration über die Lage der Ausländerinnen und Ausländer in Deutschland. Berlin.

Die Bundesregierung (2007): Der Nationale Integrationsplan. Neue Wege – neue Chancen. Berlin.

Boos-Nünning, Ursula / Karakaşoğlu, Yasemin (2004): Viele Welten leben. Lebenslagen von Mädchen und jungen Frauen mit griechischem, italienischem, jugoslawischem, türkischen und Aussiedlerhintergrund. Berlin: Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend.

Gesemann, Frank (2001): Migration und Integration in Berlin. Wissenschaftliche Ergebnisse und politische Perspektiven (Herausgeber). Opladen 2001: Leske + Budrich.

Gesemann, Frank (2005): Junge Zuwanderer und Kriminalität in Berlin. Bestandsaufnahme – Ursachenanalyse – Präventionsmaßnahmen. Berlin 2004: Der Beauftragte des Senats für Integration und Migration.

Gesemann, Frank (2006a): Indikatoren der Integration im Bildungsbereich. INTI-Projekt Indicators of Immigrant Integration. Gutachten im Auftrag des Integrationsbeauftragten des Senats von Berlin. Berlin.

Gesemann, Frank (2006b): Wanderungsprozesse und Quartiersentwicklung. Ergebnisse des EU-Modellprojekts „Building Sustainable Urban Communities“. URBACT-Studie Berlin. Berlin 2006: Camino – Werkstatt für Fortbildung, Praxisbegleitung und Forschung im sozialen Bereich gGmbH.

Gesemann, Frank (2006c): Grundlinien und aktuelle Herausforderungen der Berliner Integrationspolitik, in: Sigrid Baringhorst / Uwe Hunger / Karen Schönwälder (Hrsg.): Politische Steuerung von Integrationsprozessen: Intentionen und Wirkungen. Wiesbaden 2006: VS Verlag für Sozialwissenschaften, S. 195-213.

Gesemann, Frank (2006d): Die Integration junger Muslime in Deutschland. Bildung und Ausbildung als Schlüsselbereiche sozialer Integration. Berlin 2006: Friedrich-Ebert-Stiftung.

Gesemann, Frank (2007): Indikatoren der Integration im Bildungsbereich, in: Senatsverwaltung für Integration, Arbeit und Soziales, Der Beauftragte des Senats von Berlin für Integration und Migration (Hrsg.): Indikatoren zur Messung von Integrationserfolgen. Ergebnisse des transnationalen Projekts Indikatoren für die Zuwandererintegration. Berlin 2007, S. 48-70.

Hunger, Uwe/Thränhardt, Dietrich (2001): Die Berliner Integrationspolitik im Vergleich der Bundesländer, in: Frank Gesemann (Hrsg.): Migration und Integration in Berlin. Opladen 2001, S. 109-125.

Konsortium Bildungsberichterstattung (2006) (Hrsg.): Bildung in Deutschland. Ein indikatoren-gestützter Bericht mit einer Analyse zu Bildung und Migration. Im Auftrag der Ständigen Kon-ferenz der Kultusminister der Länder in der Bundesrepublik Deutschland und des Bundesminis-teriums für Bildung und Forschung.

Landeskommission Berlin gegen Gewalt (2007): „Gewalt von jungen, männlichen Jugendlichen und jungen Männern mit Migrationshintergrund in Berlin“. Bericht und Empfehlungen einer von der Landeskommission Berlin gegen Gewalt eingesetzten Arbeitsgruppe. Berlin.

OECD [Organisation for Economic Co-Operation and Development] (2006): Where immigrant students succeed – A comparative review of performance and engagement in PISA 2003. Paris.

Ohder, Claudius/Huck, Lorenz (2006): „Intensivtäter“ in Berlin – Hintergründe und Folgen vielfacher strafrechtlicher Auffälligkeit. Teil 1: Eine Auswertung von Akten der Abteilung 47 der Berliner Staatsanwaltschaft. Berliner Forum Gewaltprävention (BFG), Nr. 26. Berlin: Lan-deskommission Berlin gegen Gewalt.

Pfeiffer, Christian / Kleimann, Matthias / Petersen, Sven / Schott, Tilmann (2004): Probleme der Kriminalität bei Migranten und integrationspolitische Konsequenzen. Expertise für den Sach-verständigenrat für Zuwanderung und Integration (Zuwanderungsrat) der Bundesregierung. Hannover: Kriminologisches Forschungsinstitut Niedersachsen (KFN).

Ramm, Gesa / Walter, Oliver / Heidemeier, Heike / Prenzel, Manfred (2005): Soziokulturelle Herkunft und Migration im Ländervergleich, in: PISA-Konsortium Deutschland (Hrsg.): PISA 2003. Der zweite Vergleich der Länder in Deutschland. Was wissen und können Jugendliche? Münster: Waxmann, S. 269-298.

Senatsverwaltung für Bildung, Wissenschaft und Forschung (2007): Bildung für Berlin. Blick-punkt Schule Berliner Schulstatistik im Schuljahr 2006/2007. Berlin

Senatsverwaltung für Gesundheit, Soziales und Verbraucherschutz (2004): Sozialstrukturatlas Berlin 2003. Berlin.

Statistisches Bundesamt (2007): Bevölkerung und Erwerbstätigkeit. Bevölkerung mit Migrati-onshintergrund – Ergebnisse des Mikrozensus 2005. Fachserie 1 Reihe 2.2. Wiesbaden.

Statistisches Landesamt Berlin (2003): Armut und soziale Ungleichheit in Berlin. Berlin.

Weil, Gerhard (2003): Männliche, muslimische Jugendliche in der Schule – Konflikte und Pro-jekte zu ihrer Lösung. Berlin: LISUM, Berliner Landesinstitut für Schule und Medien.

PD Dr. Haci-Halil Uslucan

Männlichkeitsbilder, Familie und Erziehung in den Communities von Zuwanderern

Einleitung

Wenn in der Öffentlichkeit von Migration und Männlichkeit gesprochen wird, dann erfolgt dies in letzter Zeit häufig mit der Assoziation zu Ehrenmorden, religiösem Fanatismus oder Gewalt. Die Perspektive, dass Geschlechtlichkeit auch für Migranten andere Dimensionen bergen kann, wird jedoch kaum thematisiert. Dem leisten vielfach mediale „Alltagsbilder“ und „soap operas“ Vorschub, die stets den „Macho-Murat“ präsentieren, der sich durch eine ungebändigte Sexualität, provokative Frauenverachtung und überschäumende Aggression auszeichnet. Unabhängig von den medialen Einzelinszenierungen kann festgehalten werden, dass die typischen Klischees über türkische Männer – sowohl der ersten Generation als auch der jüngeren Generation im Wesentlichen darin bestehen, diesen eine autoritäre und aggressive Einstellung zuzuschreiben, zu vermuten, dass sie ihre Frauen und Töchter unterdrücken und eher unfähig sind, sich den Anforderungen einer modernen Gesellschaft anzupassen bzw. dass sie diese gänzlich ablehnen. Diese subtile Strategie ist bestens geeignet, andere Lebensrealitäten und andere Migrationsgeschichten unsichtbar zu machen.

Ein anderer Zugang, und zwar die Annahme, dass die Spannungen in dem Geschlechterverhältnis erst mit der Migration und dem hiesigen Kontakt mit der relativ freizügigen europäischen und gleichberechtigten Mehrheitsgesellschaft beginnt, zeigt ebenso Verzerrungen. Denn ein genauerer Blick in die Migrationsgeschichte zeigt, dass bereits mit und während des Aufbruchs aus der Heimat eine erste Form der Emanzipation, ein Bruch mit überkommenen Geschlechterrollen eingeleitet wird. Hier ist insbesondere darauf hinzuweisen, dass zu Beginn der Migration es auch eine große Zahl von Frauen beispielsweise aus der Türkei gab, die alleine nach Europa zum Arbeiten kamen (Vgl. Stuve, 2006). Und auch bei denen, die zunächst in der Heimat blieben, weil die Ehemänner nach Deutschland kamen, ist ein Wandel der traditionellen geschlechtsspezifischen Arbeitsteilung eingetreten, weil sie beispielsweise neben den typisch weiblichen Tätigkeiten – aufgrund der Absenz des Mannes - auch als typisch männlich geltende Arbeiten und Verrichtungen zu erledigen hatten.

Insofern ist mit Stuve (2006) kritisch zu fragen, welche Rolle eine überzogene Abwertung der Geschlechterkonstruktion in Migrantengemeinschaften und die Idealisierung der Konstruktionen der „eigenen“ kulturellen, gesellschaftlichen und Geschlechtsverhältnisse für die Angehörigen der Mehrheit hat. Gleichzeitig ist eine Verunsicherung insbesondere bei (älteren) türkischen Männern auch nicht von der Hand zu weisen: Denn das traditionelle Verständnis von Männlichkeit und Dominanz hatte seine soziale Rechtfertigung von dem Umstand abgeleitet, dass die Männer auch Ernährer und Beschützer der Familie waren. Diese Rolle können jedoch beispielsweise arbeitslose arabische und türkische Männer nicht mehr erfüllen; sie sind frustriert und aus ihrer Sicht zurück geworfen in typisch weibliche Domänen (Haushalt etc.), weil es in der Außenwelt für sie kaum Betätigungen gibt. Wird der Blick fokussiert auf familiäre Erziehung, so wird evident, dass Migrantengleichliche die Fertigkeiten, die ein geordnetes Familienleben garantieren, unter Bedingungen erwerben müssen, unter denen eine bruchlose soziale Tradition nicht mehr vorliegt. Deshalb kann die Übertragung von Regeln und Fertigkeiten von Eltern zu ihren Kindern kaum in einer angemessenen Form gewährleistet werden.

Denn nach wie vor erleben viele Migranten die deutsche Gesellschaft als ungeordnet; das soziale Leben wirkt für sie diffus und undurchsichtig (Uslucan, 2005.) Die Grundanforderungen, eine Balance zwischen dem Eigenem und dem Fremden zu halten, sind für Familien und Kinder mit Migrationshintergrund wesentlich höher als für Einheimische. Für sie gilt: Zuviel Wandel und Aufgeben des Eigenen führt zu Chaos, zu wenig Wandel zu Rigidität. Sie müssen, einerseits über die Differenz zum Anderen eigene Identität bewahren, andererseits aber auch sich um Partizipation kümmern, das Fremde übernehmen.

Integration nach innen und Öffnung nach außen stellen sich als notwendige, aber teilweise widersprüchliche Anforderungen dar. Diese Belastungen führen zu Streß und Verunsicherung; möglicherweise ist Gewalt in der Erziehung ein Ausdruck des Misslingens dieser schwierigen Syntheseleistungen.

Was insbesondere Migrantenkinder und –jugendliche betrifft, so haben sie sich in der Adoleszenzphase neben der allgemeinen Entwicklungsaufgabe, eine angemessene Identität und ein kohärentes Selbst zu entwickeln, im Unterschied zu ihren deutschen Altersgenossen auch noch mit der Frage der Zugehörigkeit zu einer Minderheit auseinander zu setzen und dementsprechend eine "ethnische Identität" auszubilden. Diese ethnische Kategorisierung ist ein relevantes Merkmal in der Sozialisation von Migrantenkindern, weil dadurch über Zeiten und Generationen hinweg die symbolische Stabilität der Eigengruppe garantiert wird.

Was im Einzelnen für Kinder und Jugendliche gilt, ist nicht minder für die gesamte Familie relevant; denn bei einer familialen Migration sind die Familienmitglieder gezwungen, zusätzlich zur alltäglichen Gestaltung des Familienlebens, ihr Verhaltensrepertoire zu erweitern, zu ändern und umzuorganisieren. In dem Maße jedoch, indem eine Akkulturation, d.h. ein allmählicher Erwerb der Standards der Aufnahmekultur erfolgt, findet in der Regel auch eine Entfernung von den Werten der Herkunftskultur statt; dieser Widerspruch, sich einerseits in die Mehrheitsgesellschaft zu integrieren, andererseits aber auch kulturelle Wurzeln nicht ganz aufzugeben, gestaltet sich insbesondere im erzieherischen Kontext als spannungsgeladen. Denn besonders Kinder, die sich - aufgrund ihrer schulischen Sozialisation im Einwanderungsland - vermutlich rascher und intensiver als ihre Eltern an die Kultur des Einwanderungslandes akkulturieren, verlieren dadurch gleichzeitig ihre sozialisatorischen Bindungen an ihre Herkunftskultur (Garcia Coll & Magnusson, 1997; Buriel & de Ment, 1997). Migranteltern könnten daher eher geneigt sein, diese als bedrohlich wahrgenommene Entfernung der jüngeren Generationen durch verstärktes Disziplinieren ihrer Kinder und durch Erinnerung an eigenkulturelle Verhaltensweisen wiederherzustellen. Besonders in hierarchisch strukturierten Familien könnten aus diesem unterschiedlichen Akkulturationsstand Spannungen erwachsen. Dadurch werden übliche Rollenerwartungen erschüttert und Eltern betrachten mehr und mehr ihre Autorität als gefährdet. Insofern ist mit Bussmann (1995) davon auszugehen, dass die Anwendung von körperlicher Gewalt nicht in erster Linie eine generelle Erziehungsstrategie darstellt, sondern als eine Form der Disziplinierung eingesetzt wird, wenn ein Kontroll- oder Kompetenzverlust von Seiten der Eltern wahrgenommen wird. Gerade Familien türkischer Herkunft entwickeln in der Aufnahmegesellschaft einen stärker behütenden und kontrollierenden Erziehungsstil als Familien in der Türkei. Entsprechend sehen sich diese Eltern dazu aufgerufen, Behütung und Kontrolle der Kinder und Jugendlichen (noch weiter) zu steigern (Nauck, 1990). Ferner kann eine mit zunehmender Aufenthaltsdauer an Deutschen orientierte Autonomiebestrebung der Jugendlichen Konflikte gegenüber der stärker kollektivistischen Orientierung der Familie auslösen.

In der westlich geprägten erziehungspsychologischen Forschung (Baumrind, 1991; Darling & Steinberg, 1993) wird davon ausgegangen, dass ein autoritativer Erziehungsstil - damit ist eine hohe Zuwendung, Unterstützung, Wärme, hohe Selbständigkeit bei gleichzeitig hohen Forderungen an das Kind gemeint - sich als der optimale für die Entwicklung des Kindes auswirkt, wogegen der autoritäre Erziehungsstil (rigide Durchsetzung der elterlichen Autorität, geringe Selbständigkeit und hohe Kontrolle des Kindes), der vielfach in türkischen Familien vorherrscht, als eher ungünstig für die Entwicklung des Kindes betrachtet wird. Kulturpsychologische Studien zeigen jedoch, dass eine autoritative Erziehung zwar für euroamerikanische Kinder den optimalen Erziehungsstil darstellt, nicht jedoch für chinesische und andere Kinder mit Migrationshintergrund (Kim & Rohner, 2003, in Leyendecker, 2003). Auch wies beispielsweise Schneewind (2000) jüngst daraufhin, dass ein autoritärer Erziehungsstil unter bestimmten Umständen, und zwar dann, wenn das Kind unter entwicklungsgefährdenden bzw. delinquenzförderlichen Umwelten aufwächst, was in einigen Fällen für türkische Jugendliche zu vermuten ist, als durchaus funktional und sinnvoll zu betrachten ist.

Wenngleich intuitiv eher die Differenzen zwischen den Erziehungsstilen deutscher und türkischer Eltern ins Auge fallen mögen, so zeigt beispielsweise die Studie von Humpert (1997, zitiert in Karakasoglu-Aydin, 2000), dass türkische Eltern sowohl hohe Werte bei den eher liberalen Erziehungszielen wie etwa „Selbständigkeit“ und „Fähigkeit zur Phantasie“, als auch hohe Werte bei den eher traditionellen und religiösen Erziehungszielen wie etwa „Gehorsam“ und „Gottesfurcht“ angeben. Möglich ist, dass sich türkische Eltern selber nicht vor die Alternative gestellt sehen, zwischen traditionellen und liberalen Erziehungsstilen zu differenzieren und sich eindeutig positionieren zu müssen. Vermutlich sehen sie keinen Widerspruch darin, sowohl traditionalistischen als auch modernen Werten zu folgen und erachten sowohl die Förderung von Religiosität, Gottesfurcht und Gehorsam als auch die Selbständigkeit als bedeutsam für ihre Kinder. Auch ist ein Wandel im Erziehungsstil türkischer Eltern keineswegs direkt damit verbunden, dass diese nun *per se* deutsche bzw. die in der Mehrheitskultur gängigen Erziehungsstile übernehmen, sondern sich möglicherweise, einerseits durch den scharfen Kontrast in der Migration von den selbst erlebten, harten und rigiden Erziehungsstilen distanzieren, andererseits aber auch nicht restlos das Neue übernehmen, sondern individuelle Wege und Methoden der Erziehung der eigenen Kinder finden. So ist mit Duben (1985) anzunehmen, dass familiäre Netzwerkstrukturen in ihrer Bedeutung auch bei verändertem sozial-ökologischen Kontext fortbestehen, möglicherweise sich durch Migration sogar verstärken können. Folglich kann aufgrund des höheren Stellenwertes der Familie und der höheren Kohäsion innerhalb türkischer Familien angenommen werden, dass nicht nur mehr Gewalt, sondern auch mehr emotionale Unterstützung von Seiten der Eltern gegenüber den Jugendlichen vorliegt als in deutschen Familien (Nauck, 1998).

Gewalt und Erziehung in Migrantenfamilien

Was speziell die Gewalt in der Erziehung betrifft, so kann zwar aus historischer Perspektive einerseits festgehalten werden, dass ab den 1950-er Jahren in Deutschland ein genereller Rückgang körperlicher Strafen in der Erziehung zu verzeichnen ist, andererseits ist jedoch keineswegs ein Ende der Gewalt in Sicht (Wetzels, 1997). Vielmehr entwickelt sich Gewalt an den Randgruppen der Gesellschaft ungehindert weiter. So ist ein deutliches Ansteigen der Gewaltrate bei Menschen mit niedrigem Bildungsniveau, Armut, sozialer Ausgrenzung und schwieriger Integrationsperspektive festzustellen. Zu dieser Risikogruppe gehören insbesondere auch türkische Migranten. So haben Studien gezeigt, dass es beträchtliche Unterschiede innerfamiliärer und jugendlicher Gewalt zwischen Deutschen und in Deutschland lebenden Migranten gibt und dabei Familien türkischer Herkunft bisher die höchsten Gewaltraten aufwiesen (Pfeiffer & Wetzels, 2000). Bemerkenswert ist hierbei, dass diese Unterschiede entgegen der intuitiven Annahme einer allmählichen Angleichung, sich mit der Dauer des Aufenthaltes sogar verstärkten (Pfeiffer & Wetzels, 2000). Es ist davon auszugehen, dass im deutschen kulturellen Kontext sowohl körperliche Bestrafung von Kindern als auch die physische Gewalt innerhalb der partnerschaftlichen Beziehung gesellschaftlich weniger gebilligt wird als im herkunftskulturellen Kontext türkischer Familien, wie sie beispielsweise durch mentalitätsgeschichtliche Studien eindrucksvoll rekonstruiert worden sind (Waldhoff, 1995).

Was die Erklärung jugendlichen Gewaltverhaltens betrifft, so ist zunächst zu unterstreichen, dass Jugendgewalt ein multifaktoriell (biologisch, psychologisch, kulturell und historisch; vgl. Uslucan, 2000) bedingtes Problem ist, wobei jedoch die familialen Gewalterfahrungen (Bierhoff & Wagner, 1998; Uslucan, Fuhrer & Rademacher, 2003) im lebensgeschichtlichen Lernkontext eine zentrale Rolle spielen. Es wird davon ausgegangen, dass die Erfahrung von Gewalt in der Erziehung von Kindern modellhaft vorführt, wie Konflikte mit Gewalt zu lösen sind (Bandura, 1979; Bussmann, 1995; Straus, 1990), wobei Eltern als primäre Modelle kindlichen Verhaltens dienen. Weitestgehend einheitliche Befunde zeigen, dass Kinder mit Gewalterfahrung im Elternhaus häufig auch gegenüber Gleichaltrigen aggressiver sind als Kinder ohne Gewalterfahrung.

Auch gewaltbefürwortende Einstellungen sind bei Jugendlichen mit familialer Gewalterfahrung deutlich stärker ausgeprägt als bei jenen ohne Gewalterfahrung, wobei dieser Zusammenhang sich noch einmal für männliche Jugendliche als stärker erweist als für weibliche (Heitmeyer, 1995). Dabei wird angenommen, dass im Elternhaus viktimisierte Kinder sich von anderen eher abgelehnt oder bedroht wahrnehmen, im interpersonalen Austausch die Handlungen anderer eher als feindselig oder provokativ deuten und sich eher genötigt fühlen, der vermeintlichen Bedrohung durch Gegenangriffe zuvorkommen zu müssen. Erlernte gewalttätige Muster, so die zusammenfassende Deutung, werden in ähnlichen biographischen Kontexten wiederholt. Ferner zeigen Metaanalysen gesicherte (negative) Zusammenhänge zwischen elterlicher körperlicher Züchtigung und Variablen jugendlichen Wohlbefindens wie etwa Depressivität, Suizidalität und Selbstwertgefühl (Gershoff, 2002).

Ferner gibt es in der erziehungspsychologischen Literatur Konsens darüber, dass ein kontrollierender und disziplinierender Erziehungsstil, der gekoppelt ist mit einer schwachen emotionalen Bindung zwischen Mutter und dem heranwachsenden Jungen, eine denkbar ungünstige Auswirkung auf dessen soziale Entwicklung hat. Diese Jungen fallen vermehrt durch aggressive Akte auf. Des Weiteren ist zu berücksichtigen, dass gerade das Jugendalter mit besonderen Veränderungen in der Eltern-Kind-Beziehung und Identitätsbildung einhergeht und dabei Generationskonflikte, in Migrantenfamilien auch aufgrund möglicher bikultureller Konflikte, hervorrufen kann (Garcia Coll & Magnuson, 1997).

Sowohl die Prävalenz als auch die Entwicklung gewalttätigen Verhaltens darf jedoch nicht unabhängig vom Bildungshintergrund betrachtet werden. Das gilt sowohl für intrakulturelle als auch interkulturelle Variationen der Gewaltausprägung. So ist zum einen davon auszugehen, dass insbesondere leistungsschwache Schüler, Schüler mit Lernschwierigkeiten, Konzentrationschwierigkeiten etc., die womöglich bedingt sind durch ihr auffälliges abweichendes Sozialverhalten, höherem psychischen Druck ausgesetzt sind, denen sie wiederum mit Aggressionen begegnen. Gewalt kann eine Form der Bewältigung bilden, wie Jugendliche den Schulfrust abzubauen und sich Macht, Einfluss und Anerkennung zu verschaffen versuchen, die mit anderen Mitteln nicht zu erlangen sind. Deshalb ist es sinnvoll, der Frage nachzugehen, inwiefern Erscheinungsformen von Gewalt auch mit den Perspektiven der schulischen und beruflichen Karriere zusammenhängen. Des Weiteren ist eine höhere Gewaltbelastung von Hauptschülern bzw. Sekundarschülern gegenüber Gymnasiasten ein Befund, der sich durch nahezu alle Studien durchzieht (Funk, 1995; Popp u. a. 2001; Babka von Gostomski, 2003; Lösel, Bliesener & A-verbeck, 1999). Der besuchte Schultyp kann sowohl als Indikator kognitiver Kompetenzen wie auch beruflicher Zukunftsperspektiven Jugendlicher gedeutet werden. Schüler mit einem schlechten oder fehlenden Schulabschluss realisieren, daß ihre Zukunft eher unplanbar ist und sie weitestgehend ökonomischen Lagen ausgeliefert sind. Diese Resignation kann in Aggression oder andere deviante Verhaltensweisen münden. Gleichzeitig ist auf eine größere Präsenz türkischer Jugendlicher in Hauptschulen hinzuweisen, die für die Deutung von Gewaltstatistiken von erheblicher Relevanz ist (Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend, 2000).

Nicht zuletzt lässt sich im historischen Zeitverlauf folgender Trend für westeuropäische Gesellschaften rekonstruieren: In den letzten 50 Jahren hat eine enorme Verschiebung der Machtverhältnisse innerhalb der Geschlechter zugunsten von Frauen und eine Verschiebung zwischen den Schichten zugunsten Höhergebildeter und Höherqualifizierter stattgefunden. Beide Entwicklungen zusammengenommen führen zu einer Dequalifizierung und Depotenzierung von Männern der Unterschicht und zu einer kulturellen Abwertung körperlich ausgelebter Männlichkeit. Das stellt ein massives Kränkungs- und Konfliktpotenzial in dieser Schicht dar, von dem bestimmte Teile der Migrantenjugendlichen betroffen sind. Die bisherigen Überlegungen zusammenfassend, geht unsere Studie explizit folgenden Fragen nach: 1) Welche Unterschiede lassen sich im konkreten Erziehungsverhalten türkischer und deutscher Eltern identifizieren? 2) Welche Unterschiede zeigen sich bei türkischen und deutschen Jugendlichen in der Erfahrung des elterlichen Erziehungsverhaltens? 3) Gibt es Unterschiede in der aktiven und passiven Gewaltbelastung von türkischen und deutschen Jugendlichen? 4) Wie wirken sich erlebte Konflikte im Elternhaus und in der elterlichen Partnerschaft auf das Gewaltverhalten der Jugendlichen aus? und zuletzt 5) Welche Zusammenhänge gibt es zwischen elterlichem Erziehungsverhalten und der Gewaltneigung von Jugendlichen im ethnischen Vergleich?

Methode

Stichprobenbeschreibung

Die hier berichteten Ergebnisse beruhen auf einer Befragung von 304 deutschen Jugendlichen und 214 Jugendlichen türkischer Herkunft, wobei wir als türkische Jugendliche jene kategorisiert haben, bei denen beide Eltern in der Türkei geboren waren. Von den türkischen Jugendlichen ist der Großteil in Deutschland geboren (nahezu 85%). Das Alter der Jugendlichen variierte insgesamt zwischen 13 und 16 Jahren; das Durchschnittsalter der deutschen Jugendlichen betrug 13.6 Jahre (SD = .67), das der türkischen 13.94 Jahre (SD = .63). Was die geschlechtsspezifische Zusammensetzung betrifft, so überwogen in der deutschen Stichprobe die Jungen (53%), in der türkischen die Mädchen (55%). Deutliche Unterschiede gab es hinsichtlich des besuchten Schultyps: So gingen 17.8% der deutschen Jugendlichen auf die Hauptschule, 10.8% auf die Realschule, 22.4% gingen auf eine Gesamtschule und nahezu die Hälfte (49%) besuchte das Gymnasium. Von den türkischen Jugendlichen besuchten dagegen 23.8% die Hauptschule, 41.6% die Realschule, lediglich 3.7% eine Gesamtschule und 30.8% das Gymnasium.

Die befragten Eltern setzten sich wie folgt zusammen: Insgesamt nahmen 412 deutsche Elternteile (225 Mütter und 187 Väter) und 239 türkische Elternteile (131 Mütter und 108 Väter) an der Untersuchung teil, wobei in einigen Fällen beide Elternteile, sowohl Vater als auch Mutter des befragten Jugendlichen für die Teilnahme gewonnen werden konnten. Das Alter der deutschen Mütter variierte von 29 bis 61 Jahren (Durchschnitt 43.2 Jahre; SD = 5.35), das der türkischen variierte von 30 bis 61 Jahren (Durchschnitt 38.2 Jahre; SD = 4.9). Die Altersspanne der deutschen Väter bewegte sich zwischen 28 und 66 Jahren mit einem Durchschnitt von 46 Jahren (SD = 6.94); die türkischen Väter waren, wie ebenfalls die türkischen Mütter im Vergleich mit ihren deutsche Geschlechtsgenossinnen, tendenziell rund fünf Jahre jünger. Die Altersspanne der türkischen Väter variierte von 34 bis 65 Jahren mit einem Durchschnitt von 41.9 Jahren (SD = 5.9). Deutliche Unterschiede ließen sich im Hinblick auf den Bildungshintergrund der Eltern identifizieren: So hatten 2.2% der deutschen Mütter keinen Schulabschluss, 20.8% verfügten über einen Hauptschulabschluss, 37.2% über die mittlere Reife und 32.9% hatten das Abitur. Bei den türkischen Müttern hatten dagegen 12.3% keinen Schulabschluss, 35.5% nur einen Grundschulabschluss, 27.5% hatten einen Hauptschulabschluss, etwa 11.6% hatten eine mittlere Reife und nur 7.2% hatten das Abitur gemacht. Eine ähnliche Schieflage des Bildungshintergrundes ließ sich auch bei den Vätern feststellen: So hatten 3.1% der deutschen Väter keinen Schulabschluss, 19.7% verfügten über einen Hauptschulabschluss, 25.4% verfügten über die mittlere Reife und 51.8% hatten das Abitur bzw. die Fachhochschulreife erlangt. Bei den türkischen Vätern hatten dagegen 10.9% keinen Schulabschluss, 25.2% nur einen Grundschulabschluss, 31.9% hatten einen Hauptschulabschluss, etwa 16% hatten eine mittlere Reife und weitere 16% hatten das Abitur bzw. die Fachhochschulreife erlangt.

Design und Durchführung

Die Befragung wurde im Sommer 2003 in vier Stadtteilen Berlins (Neukölln, Kreuzberg, Charlottenburg und Zehlendorf) durchgeführt, wobei auf eine unterschiedliche ethnische Dichte geachtet wurde (Kreuzberg und Neukölln als Bezirke mit einer hohen ethnischen Dichte, Charlottenburg mit einer mittleren und Zehlendorf mit einer geringen ethnischen Dichte). Die Jugendlichen waren während der beiden Schulstunden vom Unterricht befreit. Vor der Untersuchung wurden Einwilligungserklärungen der Eltern eingeholt. Von den insgesamt in die Untersuchung einbezogenen 13 Schulen haben im Durchschnitt ca. 25% der Jugendlichen mangels fehlender Einwilligung der Eltern oder wegen ihrer Abwesenheit nicht an der Befragung teilgenommen. In Gymnasien lag die Beteiligungsrate deutlich höher als in Hauptschulen. Vor der Befragung erhielten die Jugendlichen Informationen zu der Studie und eine Anleitung zum Ausfüllen des Fragebogens und konnten sich mit Verständnisfragen jederzeit an die Versuchsleiterin wenden. Die Jugendlichen erhielten für ihre Teilnahme eine symbolische Aufwandsentschädigung von fünf Euro.

Erhebungsinstrumente

Die eingesetzten Erhebungsinstrumente umfassten elterliche Erziehungsstile, die Wahrnehmung dieser Erziehungsstile von den Jugendlichen, erlebte elterliche Gewalt, beobachtete Gewalt zwischen den Eltern und eigene aktive wie passive Gewalterfahrungen der Jugendlichen. Alle Instrumente wurden bereits in der Voruntersuchung bei entsprechenden deutschen und Jugendlichen türkischer Herkunft in einem Gymnasium und einer Hauptschule in Berlin eingesetzt und hatten sich für die entsprechende Altersgruppe als verständlich erwiesen. Was die Erziehungsstile betrifft, so sind hierbei die folgenden Dimensionen erzieherischen Handelns ausgewertet worden: Aggressive Strenge der Eltern, Unterstützung der Eltern, Forderung der Eltern nach Verhaltensdisziplin (Seitz & Götz, 1979) und elterliche Inkonsistenz bei der Erziehung (Krohne & Pulsack, 1995). Die Reliabilitäten dieser Skalen, die zwischen acht bis zwölf Items umfassen, variierten zwischen Cronbach's Alpha = .70 und .85 für die Elternversionen in beiden Gruppen, zwischen .73 und .85 in den beiden Jugendlichengruppen und waren als relativ zuverlässig bzw. befriedigend zu betrachten. Von den Eltern erfahrene Gewalt (sieben Items) und die Partnerschaftsgewalt (fünf Items) zwischen den Elternteilen wurde mit der Conflict-Tactics-Scale (CTS) von Straus (1990) gemessen; hier betragen die Reliabilitäten für die Vater und Mutterversion in beiden Gruppen zwischen Cronbach's Alpha = .75 für die elterlich erlebte Gewalt und zwischen .81 und .87 für die beobachtete Gewalt zwischen den Elternteilen. Das aktive wie passive Gewaltverhalten der Jugendlichen (je fünf Items) wurde mit dem Bully-Victim-Questionnaire von Olweus (1995) gemessen; die Reliabilitäten betragen hier für beide Jugendlichengruppen zwischen Cronbach's Alpha = .70 und .81. und waren somit als recht zuverlässig zu werten. Gerechnet wurde jeweils mit den Skalenmittelwerten. Zur Kennzeichnung praktischer Signifikanz wird des Weiteren in den Auswertungen das Effektstärkenmaß d verwendet (Bortz & Döring, 1995). Dabei bezeichnet ein d-Wert um 0.2 einen kleinen, um 0.5 einen mittleren und um 0.8 einen großen Effekt.

Ergebnisse

Zunächst berichten wir von den Ausprägungen der oben genannten Erziehungsstile in den beiden Gruppen aus der Sicht der Eltern; d.h. es wird beschrieben, wie Eltern ihre eigene Erziehung hinsichtlich des befragten Kindes beschreiben.

Tabelle 1: Elterliche Bewertung der eigenen Erziehung (Mittelwerte, Standardabweichungen und Korrelationen zwischen den Elternteilen)

	Deutsche Eltern					Türkische Eltern				
	Mütter		Väter		M-V	Mütter		Väter		M-V
<i>Erzieherische Dimension</i>	M	SD	M	SD	r	M	SD	M	SD	r
Aggressive Strenge	1.58	.44	1.57	.50	.41	1.74	.61	1.75	.63	.60
Unterstützung	4.25	.44	4.01	.53	.32	4.17	.67	3.90	.66	.56
Verhaltensdisziplin	2.68	.62	2.57	.59	.53	3.71	.77	3.47	.74	.53
Inkonsistenz	1.75	.49	1.83	.58	.29	2.04	.62	2.06	.63	.52

Tabelle 1 zeigt, dass sich hinsichtlich des Erziehungsstils „aggressive Strenge“ deutsche wie türkische Elternteile untereinander, d.h. deutsche Mütter und deutsche Väter einerseits und türkische Mütter und türkische Väter andererseits, relativ ähnlich sind, im ethnischen Vergleich jedoch Unterschiede aufweisen. Demnach sind sowohl türkische Mütter als auch türkische Väter deutlich strenger gegenüber ihren Kindern. Diese Differenzen sind sowohl bei den Müttern ($t[353] = 2.93; p < .05$) als auch bei den Vätern ($t[292] = 2.58; p < .05$) signifikant.

Was die elterliche Unterstützung betrifft, so berichten zum einen in beiden Gruppen Mütter von einer stärkeren Unterstützung als Väter und zum anderen ist das Unterstützungsverhalten deutscher Eltern tendenziell stärker ausgeprägt als das türkischer Elternteile. Jedoch sind hier die Unterschiede im ethnischen Vergleich der Elternteile statistisch nicht signifikant. Deutlich stärker ausgeprägt sind dagegen die Forderungen nach Verhaltensdisziplin: Zunächst wird deutlich, dass in beiden Gruppen Mütter stärker Wert auf ein diszipliniertes Verhalten legen; ferner wird aber auch deutlich, dass die Unterschiede nicht zwischen den Elternteilen, sondern zwischen den ethnischen Gruppen liegen. Diese Differenzen sind sowohl für die Mütter ($t[355] = 13.76$; $p < .00$) als auch für die Väter ($t[300] = 11.50$; $p < .00$) statistisch signifikant. Hinsichtlich des inkonsistenten Erziehungsstils dagegen fällt auf, dass in beiden Gruppen Mütter von einem konsistenteren Erziehungsstil berichten als Väter. Jedoch weisen hier türkische Elternteile höhere Inkonsistenzwerte auf, die sowohl beim Vergleich der Mütter ($t[344] = 4.72$; $p < .00$) als auch beim Vergleich der Väter ($t[287] = 3.03$; $p < .01$) statistisch signifikant sind. Was die (intraethnischen) Unterschiede zwischen den Elternteilen, also zwischen väterlichem und mütterlichem Erziehungsstil in den beiden Gruppen betrifft, so zeigt sich, dass signifikante Unterschiede in der Einschätzung des eigenen Erziehungsstils innerhalb der Eltern bei der Dimension der Unterstützung und der Forderung nach Verhaltensdisziplin bestehen.

Betrachtet man jedoch die korrelativen Zusammenhänge zwischen den jeweiligen Elternteilen in den unterschiedlichen ethnischen Gruppen, so wird deutlich, dass zum einen signifikante positive Zusammenhänge zwischen den Erziehungsstilen der Elternteile in beiden Gruppen bestehen ($p < .00$), zum anderen aber auch, dass die Zusammenhänge innerhalb der türkischen Eltern, wie sie durch den Korrelationskoeffizienten r ausgedrückt werden, deutlich stärker sind als bei deutschen Eltern. Das heißt also, dass türkische Eltern, auch wenn sie strenger erziehen, weniger unterstützen oder inkonsistenter gegenüber ihrem Kind sind, dies aber - zumindest aus Elternsicht - in einem stärkeren Einklang miteinander tun, die „Elternallianz“ also bei ihnen stärker ausgeprägt ist.

Tabelle 2: Jugendlichenbewertung der elterlichen Erziehung (Mittelwerte und Standardabweichungen)

	Deutsche Jugendliche				Türkische Jugendliche			
	Mütter		Väter		Mütter		Väter	
<i>Erzieherische Dimension</i>	M	SD	M	SD	M	SD	M	SD
Aggressive Strenge	1.63	.61	1.59	.67	1.73	.62	1.69	.61
Unterstützung	3.65	.81	3.38	.93	3.72	.81	3.44	.82
Verhaltensdisziplin	2.63	.71	2.44	.78	3.44	.75	3.29	.85
Inkonsistenz	1.79	.62	1.66	.65	1.86	.64	1.83	.65

Tabelle 2 verdeutlicht zunächst, dass hinsichtlich der aggressiven Strenge deutsche wie türkische Jugendliche ihre Mütter leicht strenger einschätzen als ihre Väter, im ethnischen Vergleich aber türkische Jugendliche generell ihre Eltern etwas strenger einschätzen als deutsche. Jedoch sind diese Differenzen im ethnischen Vergleich relativ gering und verfehlen die Signifikanzgrenze von $p < .05$. Bei der erfahrenen Unterstützung berichten deutsche wie türkische Jugendliche von einer stärkeren Unterstützung ihrer Mütter, im ethnischen Vergleich erleben jedoch hier, im Gegensatz zum elterlichen Urteil, türkische Jugendliche eine größere Unterstützung seitens ihrer Eltern. Auch hierbei sind jedoch die Differenzen statistisch nicht signifikant. Deutlich ausgeprägt sind dagegen die Unterschiede im Hinblick auf die erfahrene elterliche Verhaltensdisziplinierung: Zunächst berichten beide Jugendlichengruppen, dass ihre Mütter sie stärker als ihre Väter zur Verhaltensdisziplin mahnen, wobei aber die auffälligen Unterschiede im ethnischen Vergleich liegen. Demnach berichten türkische Jugendliche von einer deutlich stärkeren und signifikant höheren Verhaltensdisziplinierung sowohl im Vergleich der Mütter ($t[509] = 12.21$; $p < .00$) als auch im Vergleich der Väter ($t[460] = 11.01$; $p < .00$) untereinander.

Hinsichtlich der Dimension der erlebten Inkonsistenz berichten beide Jugendlichengruppen, dass sie, im Gegensatz zum Elternurteil, ihre Mütter inkonsistenter erleben als ihre Väter. Im ethnischen Vergleich erleben türkische Jugendliche ihre Eltern inkonsistenter als deutsche Jugendliche; dieser Unterschied ist jedoch nur bei der väterlichen Inkonsistenz statistisch signifikant ($t[476] = 2.80$; $p < .01$).

Um einschätzen zu können, inwieweit intendierte elterliche Erziehungsstile ihre Wirkung bei Kindern bzw. bei Jugendlichen entfalten, ist die Perspektive hilfreich, zu wissen, in welchem Maße diese Erziehungsstile auch von den Jugendlichen als solche wahrgenommen werden. Deshalb haben wir im Weiteren, eine familiensystemische Sicht verfolgend, die Sicht der Elterneinschätzung mit den von den Jugendlichen perzipierten elterlichen Erziehungsstilen verglichen (vgl. Tabelle 1 und 2). Hierbei sind die stärksten Übereinstimmungen innerhalb deutscher wie auch türkischer Dyaden im Hinblick auf elterliche aggressive Strenge (sowohl im Vergleich zu den Vätern als auch zu den Müttern) zu finden. Ferner sind in deutschen Dyaden substantielle Übereinstimmungen bei der mütterlichen Forderung nach Verhaltensdisziplin und der mütterlichen Inkonsistenz zu finden. Was jedoch die Disparitäten betrifft, so fällt auf, dass diese am stärksten in deutschen wie in türkischen Dyaden bei der Dimension der elterlichen Unterstützung bestehen. In beiden Gruppen überschätzen die Elternteile aus der Sicht ihrer Kinder ihre erzieherische Unterstützung deutlich; diese Disparität erweist sich in beiden Gruppen und für beide Elternteile als statistisch signifikant ($p < .00$). Ferner schätzen deutsche Väter ihre Erziehung inkonsistenter ein als sie in der Wahrnehmung ihrer Kinder erscheint. Darüber hinaus zeigen sich jedoch in türkischen Dyaden signifikante Unterschiede (für beide Elternteile $p < .00$) im Hinblick auf die Dimension der Forderung nach Verhaltensdisziplin: Hierbei zeigt sich, dass diese elterliche Forderung von den türkischen Jugendlichen deutlich geringer wahrgenommen wird als die Einschätzung ihrer Eltern. Schließlich lässt sich konstatieren, dass, ähnlich wie deutsche Väter, auch türkische Väter ihre Erziehung stärker inkonsistent einschätzen als die Wahrnehmung seitens ihrer Kinder dieses widerspiegelt ($p < .00$).

Tabelle 3: Korrelationen zwischen Jugendlichen- und Elternteilsicht

	Deutsche Jugendliche		Türkische Jugendliche	
	Mütter – Jugendl.	Väter – Jugendl.	Mütter – Jugendl.	Väter – Jugendl.
<i>Erzieherische Dimension</i>	r	r	r	r
Aggressive Strenge	.30	.38	.25	.20
Unterstützung	.22	.24	.22	.25
Verhaltensdisziplin	.36	.38	.17	.18
Inkonsistenz	.26	.28	.36	.24

Betrachtet man zuletzt die korrelativen Zusammenhänge zwischen den elterlichen Erziehungsstilen und der Perzeption dieser aus der Sicht der Jugendlichen im ethnischen Vergleich (vgl. Tabelle 3), so fällt auf, dass diese durchgehend sowohl bei Mutter-Kind-, als auch bei Vater-Kind-Dyaden in deutschen Familien enger ausfallen als in türkischen Familien.

Zusammenfassend lässt sich also festhalten, dass im partnerschaftlichen Vergleich türkische Eltern in ihren Erziehungsstilen deutlich stärker übereinstimmen als deutsche Eltern. Im Umkehrschluss ist das als eine größere Erziehungsheterogenität bzw. erzieherische Vielfalt in deutschen Familien zu deuten. Was jedoch die intergenerativen Beziehungen betrifft, so ist die dyadische Übereinstimmung in den Erziehungsstilen innerhalb deutscher Eltern-Kind-Beziehungen größer; d.h. also, hier werden die erzieherischen Intentionen und Ziele der Eltern also solche seitens der Jugendlichen eher realisiert. Die größere Disparität zwischen erzieherischer Intention der Eltern und wahrgenommenem Erziehungsstil seitens der Jugendlichen in türkischen Dyaden kann vorsichtig als ein Hinweis auf stärkere Widerstände und Spannungen innerhalb türkischer Eltern-Kind-Beziehungen gewertet werden.

Tabelle 4: Effektstärken (d) der Erziehungsstile im ethnischen Vergleich

<i>Erzieherische Dimension</i>	Elternebene		Jugendlichebene	
	Mütter	Väter	Mütter	Väter
Aggressive Strenge	.31	.31	.16	.15
Unterstützung	.14	.18	.09	.07
Verhaltensdisziplin	1.47	1.33	1.09	1.03
Inkonsistenz	.52	.37	.11	.26

Hierbei wurde zum einen verglichen, wie stark die Unterschiede in den Erziehungsstilen zwischen deutschen und türkischen Müttern bzw. zwischen deutschen und türkischen Vätern aus der Elternperspektive ausfallen, und zum anderen, wie stark diese Unterschiede im Urteil deutscher und türkischer Jugendlicher ausfallen. Zur Veranschaulichung der Ergebnisse sei angemerkt, dass eine Effektstärke von $d = 1$ eine Abweichung um eine Standardeinheit in der Verteilung bedeutet (Bortz & Döring, 1995). Demnach sind die stärksten Effekte im elterlichen Erziehungsstil im ethnischen Vergleich, wie die Tabelle 4 zeigt, in der Forderung nach Verhaltensdisziplin zu finden, wobei der Unterschied zwischen türkischen und deutschen Müttern noch gravierender ausfällt als die der zwischen türkischen und deutschen Vätern. Etwas schwächer, aber dennoch als starker Effekt tritt dieser Unterschied in der elterlichen Forderung nach Verhaltensdisziplin auch in der Wahrnehmung der Jugendlichen auf. Ferner sind im ethnischen Vergleich mittelstarke Effekte hinsichtlich der Inkonsistenz auf der Elternebene zu finden, die sich jedoch bei der Wahrnehmung der Jugendlichen so nicht bestätigen lassen. Dagegen weisen die Erziehungsstile aggressive Strenge und Unterstützung lediglich kleine bzw. vernachlässigbare Effekte auf.

Weiter wurde gefragt, in welchem Ausmaß Jugendliche sowohl Opfer der elterlichen Gewalt als auch Zeugen von Gewalt der Eltern untereinander geworden sind. Dabei soll anhand eines exemplarischen Items eine deskriptive Beschreibung der Befunde aus der Sicht der Jugendlichen gegeben werden:

Tabelle: 5 Gewalt im Elternhaus von deutschen (D) und türkischen Jugendlichen (T); (Angaben in prozentualer Häufigkeit)

Item		nie	selten	manchmal	oft - sehr oft
Meine Mutter hat mir eine runter gehauen.	D	87.0	10.6	1.7	0.6
	T	83.6	13.1	2.3	0.9
Mein Vater hat mir eine runter gehauen.	D	81.9	12.1	5.3	0.8
	T	84.2	7.9	6.4	1.5
Ich habe gesehen, wie ein Elternteil den anderen mit der Hand geschlagen hat.	D	84.8	7.6	5.5	2.1
	T	78.4	10.2	7.4	4.0

Tabelle 5 veranschaulicht zunächst, dass mit über 80% in beiden Gruppen der eindeutig überwiegende Teil der Jugendlichen weder Opfer mütterlicher noch der väterlicher Gewalt geworden ist. Hinsichtlich der mütterlichen Gewalt wird deutlich, dass 10.6% der deutschen und 13% der türkischen Jugendlichen selten der Gewalt ihrer Mutter ausgesetzt waren. Fasst man jedoch die Angaben zu gelegentlicher und öfterer Gewaltausübung zusammen, so berichteten 2.3% der deutschen und 3.2% der türkischen Jugendlichen von Viktimisierungen seitens ihrer Mütter. Hinsichtlich der väterlichen Gewalterfahrung berichteten rund 82% der deutschen und 84% der türkischen Jugendlichen, dass sie nie der Gewalt ihres Vaters ausgesetzt waren.

12% der deutschen und ca. 8% der türkischen Jugendlichen waren selten der Gewalt ihres Vaters ausgesetzt, dagegen waren ca. 6% der deutschen und 8% der türkischen Jugendlichen der öfteren Gewalt ihres Vaters ausgesetzt. Hinsichtlich der häuslichen Gewalt sind jedoch die Unterschiede größer bei der beobachteten Gewalt der Elternteile untereinander. Hier wird deutlich, dass rund 85% der deutschen und ca. 78% der türkischen Jugendlichen keine Gewalt der Elternteile beobachteten, 7.6% der deutschen und 10.2% der türkischen Jugendlichen beobachteten selten Gewalt zwischen den Elternteilen. Fasst man die Angaben zu gelegentlicher und zu öfterer Gewaltanwendung zwischen den Elternteilen zusammen, so berichteten 7.1% der deutschen, aber mehr als 11% der türkischen Jugendlichen von Gewalt zwischen den Elternteilen. Auf der Mittelwertsebene der Gewaltvariablen zeigen sich folgende Ausprägungen:

Tabelle 6: Häusliche Gewalterfahrungen und alltägliche Gewaltbelastungen von Jugendlichen (Mittelwerte, Standardabweichungen und Effektstärken)

Gewaltdimension	Deutsche		Türken		d	p
	M	SD	M	SD		
Mütterliche Gewalterfahrung	1.07	.24	1.09	.23	.08	.50
Väterliche Gewalterfahrung	1.11	.29	1.10	.28	.03	.56
Beobachtete Elterngewalt	1.18	.45	1.28	.58	.19	.03
Gewaltakzeptanz	1.83	.77	2.18	.86	.43	.00
Aktive Gewalttat	1.42	.44	1.48	.54	.12	.16
Gewaltopfer im Peer-Kontext	1.68	.64	1.48	.55	.33	.00

Auf einer aggregierten Ebene zeigt sich, dass zwar tendenziell in türkischen Familien die häusliche Gewaltrate etwas höher ist, jedoch sind diese Unterschiede äußerst gering. Allenfalls sind kleine Effekte bei der beobachteten Gewalt der Elternteile untereinander festzumachen. Die stärksten Unterschiede zwischen deutschen und türkischen Jugendlichen sind auf der Einstellungsebene zu verorten, und zwar im Hinblick auf die Akzeptanz von Gewalt als einem probaten Mittel, Konflikte zu lösen und eigene Interessen durchzusetzen. Hinsichtlich der eigenen aktiven Gewaltbelastung sind kaum Unterschiede zu finden. Etwas stärker jedoch ist dagegen die passive Gewaltbelastung bzw. Viktimisierung deutscher Jugendlicher im Peer-Kontext. Die unterschiedliche Viktimisierungsrate kann jedoch u.a. auch auf kulturspezifische Antwortmuster türkischer Jugendlicher zurückgeführt werden, die sich schwer damit tun, zuzugeben, dass sie Gewalt von anderen erfahren haben bzw. in Konflikten anderen unterlegen waren.

Tabelle 7: Zusammenhänge von Gewalt im Elternhaus und eigener Gewaltbelastung; Pearson Korrelationen (Korrelationskoeffizient r; signifikante Korrelationen fett; $p < .05$).

Familiale Gewalt	Deutsche Jugendliche			Türkische Jugendliche		
	Gewaltakzeptanz	Aktive Gewalttat	Viktimisierung	Gewaltakzeptanz	Aktive Gewalttat	Viktimisierung
Mütterliche Gewalterfahrung	.18	.17	.15	.21	.28	.26
Väterliche Gewalterfahrung	.10	.07	.18	.18	.29	.27
Beobachtete Elterngewalt	.19	.29	.14	.14	.12	.16

Was den Zusammenhang zwischen häuslicher bzw. familialer Gewaltbelastung betrifft, so lassen sich, wie die Tabelle 7 verdeutlicht, relativ einheitliche Befunde aufzeigen. Zunächst scheinen häusliche Gewalterfahrungen die Billigung von Gewalt bei deutschen wie bei türkischen Jugendlichen signifikant zu fördern; dieser Zusammenhang ist jedoch bei deutschen Jugendlichen zum einen schwächer ausgeprägt, zum anderen hinsichtlich der väterlichen Gewalterfahrung nicht signifikant.

Des Weiteren geht elterliche Gewalterfahrung bei türkischen Jugendlichen positiv mit eigener aktiver Gewaltbelastung einher; für deutsche Jugendliche ist dieser Zusammenhang einerseits deutlich geringer ausgeprägt, andererseits nur für väterliche Gewalterfahrung signifikant. Dagegen ist eine Zeugenschaft elterlicher Gewalt bei deutschen Jugendlichen signifikant positiv mit der eigenen Gewaltbelastung verknüpft; bei türkischen Jugendlichen scheint dieser „spill-over“-Effekt, das „Überschwappen“ beobachteter Gewalt auf die eigene aktive Gewalttat im Sinne einer Imitierung der elterlichen Modelle, deutlich schwächer ausgeprägt zu sein. Zuletzt tangieren Gewalterfahrungen im familialen Umfeld auch das Risiko eigener Viktimisierung im Peer-Kontext: Wer vermehrt im Elternhaus Opfer von Gewalt wird oder auch diese beobachtet, wird mit einem größeren Risiko auch Opfer der Gewalt von Gleichaltrigen. Auch hier ist dieser Zusammenhang bzw. dieses Risiko stärker für türkische Jugendliche gültig.

Die Überlegungen sollen abgeschlossen werden mit der Frage, inwieweit die aufgeführten Erziehungsstile aus der Perspektive der Jugendlichen gewaltfördernde bzw. gewalthemmende Wirkungen zu entfalten vermögen.

Tabelle 8: Zusammenhänge elterlicher Erziehungsstile (Jugendlichenperspektive) und der Gewaltbelastung deutscher (D) und türkischer (T) Jugendlicher; Pearson-Korrelationen (Korrelationskoeffizient r ; signifikante Korrelationen fett; $p < .05$).

<i>Erzieherische Dimension</i>	Gewaltakzeptanz		Aktive Gewalttat		Viktimisierung	
	D	T	D	T	D	T
Aggressive Strenge (Mutter)	.30	.33	.29	.29	.23	.18
Unterstützung (Mutter)	-.10	-.09	-.16	-.14	-.10	-.03
Verhaltensdisziplin (Mutter)	.16	.06	.09	-.06	.16	.08
Inkonsistenz (Mutter)	.26	.28	.30	.24	.25	.23
Aggressive Strenge (Vater)	.28	.33	.27	.36	.21	.16
Unterstützung (Vater)	-.05	-.03	-.08	-.11	-.16	.05
Verhaltensdisziplin (Vater)	.17	.12	.08	-.04	.15	.06
Inkonsistenz (Vater)	.31	.22	.27	.24	.27	.08

Durchgehend zeigt sich, dass ein aggressiv strenger Erziehungsstil der Eltern in beiden Gruppen mit einer stärkeren Gewaltbelastung einhergeht. Vermutlich lernen durch diese eher rauen Umgangsweisen der Eltern, die auf Befehlen, Bestrafungen und Gehorsamsforderungen beruhen, Jugendliche unsensible Interaktionsformen, die sie anfällig für Gewalt machen. Hingegen zeigt die elterliche Unterstützung, insbesondere die mütterliche, gewalthemmende Wirkung in erster Linie im Hinblick auf Gewalttaten Jugendlicher. Während die elterliche Forderung nach Verhaltensdisziplin, vermutlich entgegen elterlicher Intentionen, bei deutschen Jugendlichen mit einer etwas höheren Gewaltbelastung einhergeht, zeigt dieser Erziehungsstil im Hinblick auf Gewalt kaum Wirkung bei den türkischen Jugendlichen. Generell ist jedoch der Befund von Relevanz, dass elterliche Inkonsistenz in beiden Gruppen mit einer substantiellen Erhöhung des Gewalttrisikos einhergeht. Signifikante Zusammenhänge zwischen inkonsistenter elterlicher Erziehung und jugendlicher Gewalt ist ein Befund, der in Studien zur Jugendgewalt gut dokumentiert ist (z.B. Wetzels, 1997; Loeber & Farrington, 1998). Was im Einzelnen die positive Wirkung eines inkonsistenten mütterlichen Erziehungsstils auf Gewaltopferschaft betrifft, so lässt sich hier ein bereits früherer Befund in einer ethnisch homogenen Gruppe replizieren (Uslucan, Fuhrer & Rademacher, 2003). Es ist zu vermuten, dass erzieherisch unberechenbar erlebte Elternteile die Kompetenz von Kindern und Jugendlichen verringern, das Verhalten von Koakteuren im Alltag angemessen zu antizipieren, weshalb diese dann häufiger in Konflikte mit Gleichaltrigen geraten und durch die höhere Konflikthanfälligkeit auch ein höheres Maß an Vulnerabilität zeigen bzw. vermehrt in die Opferrolle geraten. Des Weiteren ist bei der Deutung dieser Daten stets der deutlich unterschiedliche bzw. geringe Bildungshintergrund der türkischen Eltern zu berücksichtigen.

Längsschnittstudien, die den Zusammenhang von Erziehungsstil und kindlicher Entwicklung analysieren, zeigen dass insbesondere die Schulbildung der Mutter sowohl auf den ausgeübten

Erziehungsstil als auch auf kognitive wie emotionale Entwicklung von Kindern und Jugendlichen die stärksten Effekte aufweist (Kruse, 2001). Nicht zuletzt wirken sich interparentale Konflikte, von denen türkische Jugendliche stärker betroffen sind, und materielle Not, die aufgrund des deutlichen geringeren Bildungshintergrundes türkischer Eltern zu vermuten ist, ungünstig auf ihre Entwicklung aus, die jedoch nicht direkt, sondern indirekt über das Erziehverhalten der Eltern Einfluss ausübt (Sander, 2002). Denn Erziehungskompetenz der Eltern bildet gerade im Hinblick auf kindliche bzw. jugendliche Aggression, wie Petermann und Petermann (2002) festhalten, den zentralen Risiko- oder Schutzfaktor kindlicher Entwicklung.

Wer jedoch Personen – sei es gewalttätige Eltern oder Jugendliche - zu Ausgestoßenen, zu Stigmatisierten erklärt, kann kaum zu einer Veränderung der mißbilligten Situation beitragen; denn Ausgestoßene, die als Personen wenig zählen bzw. und auf wenig Verständnis ihrer Situation stoßen, haben auch keinen zwingenden Grund, sich zu ändern; vermutlich haben sie weniger Selbstachtung, was sie gegenüber einer Gemeinschaft zu verlieren haben. Statt also Beteiligte zu Schuldigen zu machen, gilt es vielmehr, die konkreten Lebenswirklichkeiten besser zu ergründen.

Literatur

- Babka von Gostomski, C. (2003). Einflussfaktoren inter- und intraethnischen Gewalthandelns bei männlichen deutschen, türkischen und Aussiedler-Jugendlichen. *Zeitschrift für Soziologie der Erziehung und Sozialisation*, 23 (4), 399-415.
- Bandura, A. (1979). *Aggression. Eine sozial-theoretische Analyse*. Stuttgart: Klett-Cotta.
- Baumrind, D. (1991). Effective parenting during early adolescence transition. In P.A. Cowan & M. E. Hetherington (Eds.), *Family transitions* (pp. 111-163). Hillsdale NJ: Erlbaum.
- Bierhoff, H. W. & Wagner, U. (1998). Aggression: Definition, Theorie und Themen. In H. W. Bierhoff & U. Wagner (Hrsg.), *Aggression und Gewalt: Phänomene, Ursachen und Interventionen* (pp. 2-23). Stuttgart: Kohlhammer.
- Bortz, J. & Döring, N. (1995). *Forschungsmethoden und Evaluation*. Berlin, Heidelberg, New York: Springer.
- Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (Hrsg.) (2000). *Familien ausländischer Herkunft in Deutschland. 6. Familienbericht*. Berlin: BMFSFJ.
- Buriel, R. & deMent, T. (1997). Immigration and Sociocultural Change in Mexican, Chinese, and Vietnamese American Families. In A. Booth, A. C. Crouter & N. Landale (Eds.), *Immigration and the family* (pp. 165-201). Mahwah, NJ: Erlbaum.
- Bussmann, K.-D. (1995). Changes in family sanctioning styles and the impact of abolishing corporal punishment. In D. Frehsee, W. Horn, K.-D. Bussmann, *Family violence against children* (p.39-61). Berlin, New York: de Gruyter.
- Darling, N. & Steinberg, L. (1993). Parenting style as context: an integrative model. *Psychological Bulletin*, 113, 487 – 496.
- Duben, A. (1985). Turkish families and households in historical perspective. *Journal of Family History*, 10 (1), 75-97.
- Funk, W. (1995). *Nürnbergischer Schüler Studie 1994: Gewalt an Schulen*. Regensburg: Roderer.
- Galambos, N. L., Barker, E. T., Almeida, D. M. (2003). Parents do matter: trajectories of change in externalizing and internalizing problems in early adolescence. *Child Development*, 74 (2), 578-594.
- Garcia Coll, C. & Magnuson, K. (1997). The psychological experience of immigration: A developmental perspective. In A. Booth, A. C. Crouter & N. Landale (Eds.), *Immigration and the family* (pp. 91-132). Mahwah, NJ: Erlbaum.
- Gershoff, E. T. (2002). Corporal punishment by parents and associated child behaviors and experiences: a meta-analytic and theoretical review. *Psychological Bulletin*, 128, 539-579.
- Heitmeyer, W., Conrads, J., Kraul, D., Möller, R. & Ulbrich-Herrmann, M. (1995). Gewalt in sozialen Milieus. Darstellung eines differenzierten Ursachenkonzeptes. *Zeitschrift für Sozialisationsforschung und Erziehungssoziologie*, 15 (2), 145-167.

- Karakasoglu-Aydin, Y. (2000). Muslimische Religiosität und Erziehungsvorstellungen. Eine empirische Untersuchung zu Orientierungen bei türkischen Lehramts- und Pädagogik-Studentinnen in Deutschland. Frankfurt: IKO.
- Krohne, H. W. & Pulsack, A. (1995). Das Erziehungsstil-Inventar. Weinheim: Beltz.
- Kruse, J. (2001). Erziehungsstil und kindliche Entwicklung: Wechselwirkungsprozesse im Längsschnitt. In S. Walper & R. Pekrun (Hrsg.), Familie und Entwicklung: Perspektiven der Familienpsychologie (pp. 63-83). Göttingen: Hogrefe.
- Leyendecker, B. (2003). Frühe Entwicklung im soziokulturellem Kontext. In H. Keller (Hg.), Handbuch der Kleinkindforschung (S. 381-431). Bern: Huber.
- Loeber, R. & Farrington, D. P. (1998). Serious and violent juvenile offenders. Thousands Oaks, CA: Sage.
- Lösel, F., Bliesener, T. & M. Averbek, M. (1999). Hat die Delinquenz von Schülern zugenommen? Ein Vergleich im Dunkelfeld nach 22 Jahren. In M. Schäfer & D. Frey (Hrsg.), Aggression und Gewalt und Kindern und Jugendlichen (S. 65-90). Göttingen: Hogrefe.
- Nauck, B. (1990). Eltern-Kind-Beziehungen bei Deutschen, Türken und Migranten. Zeitschrift für Bevölkerungswissenschaft, 16, 87-120.
- Nauck, B. (1998). Eltern-Kind-Beziehungen in Migrantenfamilien. Survey intergenerative Beziehungen in Migrantenfamilien. Expertise zum 6. Familienbericht.
- Olweus, D. (1995). Gewalt in der Schule. Bern: Huber.
- Petermann, U. & Petermann, F. (2002). Biopsychosoziale Perspektiven der Entwicklungspsychopathologie. In B. Rollett & H. Werneck (Hrsg.), Klinische Entwicklungspsychologie der Familie (S. 46-68). Göttingen: Hogrefe.
- Pfeiffer, C. & Wetzels, P. (2000). Junge Türken als Täter und Opfer von Gewalt. Kriminologisches Forschungsinstitut Niedersachsen. Forschungsbericht Nr. 81.
- Popp, U., Meier, U. & Tillmann, K.-J. (2001). Es gibt auch Täterinnen: Zu einem bisher vernachlässigten Aspekt der schulischen Gewaltdiskussion. Zeitschrift für Soziologie der Erziehung und Sozialisation, 21, 170-191.
- Sander, E. (2002). Scheidungsforschung im Rahmen einer Klinischen Entwicklungspsychologie der Familie. In B. Rollett & H. Werneck (Hrsg.), Klinische Entwicklungspsychologie der Familie (S. 266-296). Göttingen: Hogrefe.
- Schneewind, K. A. (2000). Kinder und elterliche Erziehung. In W. Lauterbach & A. Lange (Hrsg.), Kinder in Familie und Gesellschaft zu Beginn des 21sten Jahrhunderts - Konstanz und Wandel des Kindseins (S. 187-208). Stuttgart: Lucius & Lucius.
- Seitz, W. & Götz, W. (1979). Familiäre Erziehung und jugendliche Delinquenz. Stuttgart: Enke.
- Straus, M. A. (1990). New scoring methods for violence and norms for the conflict tactics scales. In M. A. Straus & R. J. Gelles (Eds.), Physical violence in American families (pp. 535-559). New Brunswick: Transaction.
- Stuve, O. (2006). Produktionsweisen des Anderen im Wettstreit von Männlichkeiten. In Migration und Männlichkeiten (S. 7-16). Schriften zur Geschlechterdemokratie, Nr. 14. Heinrich Böll Stiftung: Berlin.
- Uslucan, H. H. (2000). Gewalt in türkischen Familien. Frühe Kindheit, 4, 20-24.
- Uslucan, H.-H., Fuhrer, U. & Rademacher, J. (2003). Jugendgewalt und familiäre Desintegration. Psychologie in Erziehung und Unterricht, 50, 281-293.
- Uslucan, H.-H. (2003). Soziale Verunsicherung, Familienklima und Gewaltbelastung türkischer Jugendlicher. Zeitschrift für Türkeistudien, 15, Heft 1+2, 49-73.
- Uslucan, H.-H. (2005). Lebensweltliche Verunsicherung türkischer Migranten. Psychosozial, 28 (1), 111-122.
- Waldhoff, H.-P. (1995). Fremde und Zivilisierung. Wissenssoziologische Studien über das Verarbeiten von Gefühlen der Fremdheit. Soziale Systeme, 1, 362-365.
- Wetzels, P. (1997). Gewalterfahrungen in der Kindheit. Baden-Baden: Nomos.

Podiumsdiskussion – Arbeit, Aufenthaltsrecht, Polizei und Justiz

Liebe Kolleginnen und Kollegen, meine Damen und Herren, ich darf sie recht herzlich zur 2. Runde des heutigen Tages begrüßen. Wir sind uns ja am Vormittag auch schon begegnet. Mein Name ist **Eren Ünsal**.

Eren Ünsal

Ich bin gelegentlich in unterschiedlichen Identitäten unterwegs. Wer mir schon begegnet ist, weiß das. Ich bin einerseits Sprecherin des Türkischen Bundes, andererseits bin ich auch im Vorstand der Türkischen Gemeinde in Deutschland. Aber heute bin ich in einer ganz anderen Rolle hier. Eine Rolle, die mir auch sehr viel Spaß macht. Ich bin Moderatorin der beiden Podiumsdiskussionen des heutigen Tages. Aber durch die anderen Funktionen, glaube ich, habe ich einen sehr starken und unmittelbaren Bezug auch zum Thema des heutigen Tages. Auch für Jemand, die in Migrantenorganisationen aktiv ist, ist es sehr sehr wichtig über die anstehenden Themen zu sprechen.

Sie haben am Vormittag, das konnte ich verfolgen, eine sehr gut fundierte theoretische Grundlage bekommen. Nun wollen wir schauen, wie wir diese theoretische Grundlage auch mit den Empfehlungen des Berichtes verknüpfen können und wie wir letztlich diese Empfehlungen auch in der Praxis realisieren können. Dafür haben wir uns, das darf ich so sagen, ein prominentes und kompetentes Podium eingeladen, das Sie hier sehen, allerdings nicht ganz so, wie es in Programm dargestellt ist. Wie das immer so ist, wenn Veranstaltungen geplant werden, gibt es in letzter Sekunde doch noch kleine Änderungen. Das heißt aber nicht, dass wir die Diskussion nicht lebhaft führen wollen und führen werden – gerne später auch mit ihnen. Das ist mir sehr wichtig, dass sie sich direkt angesprochen fühlen und sich später, wenn wir ein paar Runden auf dem Podium gedreht haben, einbringen, nicht nur mit Ihren Fragen, sondern auch mit Ihren Meinungen. Ich sehe ganz viele Gäste im Publikum, von denen ich weiß, dass sie tagtäglich mit den uns heute interessierenden Themen in ihrer täglichen Arbeit befasst sind. Lassen sie uns bitte auch ihre Fragen und ihre Positionen dazu nachher hören.

Ich darf auf meinem Podium begrüßen – ich fange mal rechts an mit einer guten Freundin und Kollegin von mir an – **Bosiljka Schedlich**. Sie ist jemand, – das habe ich gerade eben erfahren – die schon sehr, sehr lange mit den Themen des heutigen Tages befasst ist. Sie ist Vertreterin des Vereins Südosteuropa Kultur und der Über Brücken. Ich begrüße dich herzlich.

Ich gehe dann einfach weiter zu **Peter Marhofer**, der uns auch mit viel Sach- und Fachkompetenz als Vertreter der Senatsverwaltung für Inneres zur Seite stehen wird. Sie sind heute hier in Vertretung von Staatssekretär Ulrich Freise. Herzlich willkommen auch ihnen.

Herr **Hamad Nasser**, ich begrüße Sie als Vertreter der Palästinensischen Gemeinde, eine ganz große Community neben der türkischen Community in Berlin.

Herzlich willkommen Herr **Hasso Lieber**. Als Staatssekretär für Justiz muss ich Sie, glaube ich, nicht vorstellen. Wir werden heute auch über den Bezug der Justiz zum Thema der Tagung zu sprechen haben.

Dann möchte ich jemanden begrüßen, den ich schon lange kenne und mit dem ich im Alltag sehr viel zu tun habe, ich begrüße ihn heute und hier als Geschäftsführer des Türkischen Bundes, willkommen **Kenan Kolat**.

So, dann sehen sie einen leeren Stuhl, aber dieser Stuhl wird nicht leer bleiben, Frau **Kerstin Liebich**, Staatssekretärin für Arbeit, hat angekündigt, dass sie ein paar Minuten später eintreffen wird und dann direkt in unsere Diskussion einsteigt. Mit der Begrüßung warten wir noch.

Ein herzliches Willkommen auch Ihnen Herr Altun. **Celal Altun**, ist Generalsekretär der Türkischen Gemeinde zu Berlin, also jemand, der sozusagen zur Familie gehört.

Wir haben sehr viel Stoff für unsere Diskussion. Diesen Bericht und die dazugehörigen Empfehlungen zu lesen, zu verstehen und seine einzelnen Teile zu verinnerlichen stellt allein schon eine Herausforderung dar. Ich will erst einmal allgemein fragen und anfangen mit Kenan Kolat. Sie haben, wie ich weiß, lange in der Arbeitsgruppe mitgearbeitet, die letztlich diesen Bericht erstellt hat. Sind sie überrascht von den Ergebnissen?

Kenan Kolat

Eigentlich nicht. Die Ergebnisse haben wir schon vorausgesehen. Ich war in den letzten Sitzungen der Arbeitsgruppe aufgrund von zeitlichen Problemen leider nicht mehr dabei, aber ich kann sagen, dass der Bericht zum ersten Mal die Befindlichkeiten von Migrantinnen und Migranten aufnimmt und dies bevor wir über Integration auch auf Bundesebene zu diskutieren begonnen haben. Insofern war das ein erster guter gemeinsamer Schritt, wo wir auch nach kontroversen Diskussionen zu Ergebnissen gekommen sind. Was für mich sehr wichtig ist bei diesem Papier, dass dieses Ergebnis unserer Arbeit zur Versachlichung der Diskussion viel beitragen kann. Denn in der öffentlichen Wahrnehmung ist es natürlich anders: Da werden die Probleme sehr schnell auf eine Ethnie, auf eine Religion, auf einen religiösen Hintergrund reduziert. In dem Bericht werden die Probleme unter den verschiedensten Aspekten betrachtet und analysiert. Ich habe immer davon gesprochen, dass es um ein kumuliertes Unterschichtproblem geht. Das hat sich auch hier bestätigt. Es trägt natürlich ethnische Züge, religiöse Züge. Auch darüber kann man sprechen. Aber im Grunde genommen kann ich sagen, dass unsere Erfahrungen durch den Bericht bestätigt wurden.

Eren Ünsal

Ich will bei den Migrantorganisationen bleiben. Herr Altun, wir haben es ja nicht mit einem neuen Thema zu tun. Wir reden schon sehr, sehr lange über dieses Thema und jetzt gibt es diesen Bericht. Wie ist ihre Position?

Celal Altun

Also ich sage erst einmal Folgendes: Es ist nicht überraschend, dass dieser Bericht in dieser sehr ausführlichen Art und Weise zustande gekommen ist. Der Grund ist der, dass hier sehr viele Migrantorganisationen mit ins Boot genommen worden sind, um ein solches Papier zu erarbeiten. Von unserer Seite möchte ich nur Folgendes deutlichen machen: Die Forderungen, die wir hier stellen, die werden nun mal in der Politik ganz anders behandelt. Das ist das Problem, das ich persönlich sehe und wir auch als Organisation sehen. Auf der einen Seite wollen wir erleichterte Bedingungen die Integration und für die Einbürgerung der Menschen mit migrantischem Hintergrund. Auf der anderen Seite werden die die Einbürgerungsmodalitäten z.B. bei der letzten Änderung des Zuwanderungsgesetzes zu Lasten der Migranten geändert. Dann stellt man sich die Frage, wie aus solchen Papieren am Ende etwas Gutes oder Zukunftsweisendes resultieren soll. Der Inhalt dieses Papiers ist aus unserer Sicht bis auf ein paar Positionen sehr gut und es stellt sich natürlich die Frage, die auch schon Kenan gestellt hat, wie werden wir es realisieren können. Denn jedes Papier ist geduldig und Papiere in ähnlicher Form sind ja in all den letzten Jahrzehnten ständig erstellt worden. Man muss sehen, wie man sie umsetzen kann. Ich sage mal, es ist ein gewaltiges Regierungsprogramm, was wir hier vor uns haben. Es ist eine Sache, die zehn Jahre braucht und die Frage ist, wie realisieren wir das. Wenn wir es nicht realisieren, dann können wir nur davon ausgehen, dass wir wieder irgendetwas aufs Papier gebracht haben, über das wir uns nur unterhalten können.

Eren Ünsal

Wir werden aufpassen, dass es nicht soweit kommt. Die zentrale Frage ist, das ist schon richtig, wie wir diese Empfehlungen realisieren werden. Soweit ich den Bericht überblicke, basiert der Gedanke der Realisierbarkeit sehr stark auf Zusammenarbeit und Kooperation. Unterschiedliche gesellschaftliche Gruppen sollen miteinander Hand in Hand gehen, um die Empfehlungen umzusetzen. Das knüpft auch ein bisschen an eine Kritik an, die Migrantenorganisationen schon sehr lange immer wieder thematisiert haben. Die Kritik, nicht genug gehört zu werden und die eigene Position in solche Entwicklungsprozesse nicht stark genug einbringen zu können. Frau Schedlich, wie sehen sie das? Wie ist in diesem Prozess ihrer Einschätzung nach die Rolle der Migrantenorganisationen gewesen? Sind sie gehört worden?

Bosiljka Schedlich

Migranten werden scheinbar erst seit kurzem auf der hohen politischen Ebene ernst genommen. Vielleicht weil viele von ihnen inzwischen stimmberechtigt geworden sind. Es hat damals vor mehr als fünfzig Jahren als Gastarbeiter kamen eine lange Weile gedauert bis erste Migrantenvereine gegründet wurden, bis die Menschen Fuß gefasst hatten. Organisationen zu gründen ist dann auch das eine, sie mit Mitteln so auszustatten, damit sie ihre Aufgaben wahrnehmen können, ist bis heute etwas anderes.

Die Notwendigkeit einer Integration von Hunderttausenden neuangekommener Menschen wurde dennoch sehr früh erkannt. So haben 1971 stellten engagierten Fachleute in Berlin Forderung nach Integrationsmaßnahmen auf, die sich nicht von denen, die wir heute nennen, kaum unterscheiden: Den Menschen sollte die Möglichkeit gegeben werden, deutsche Sprache zu lernen, um sich zu verständigen - über die eigene und die neue Kultur, um zu wissen, wer sie sind und wo sie angekommen sind. Es wurden keine Mittel dafür zur Verfügung gestellt. Der Status „vorübergehend“ im Ausland beschäftigt überdauerte mehrere Jahrzehnte. Gleichzeitig wurden die, für die Mehrheitsgesellschaft selbstverständlichen Rechte in den Bereichen Arbeit und Aufenthalt, also genau das, was Existenz ermöglicht und das Gefühl von Sicherheit und Geborgenheit geben, für die Migranten eingeschränkt. Die Prophezeiung der Fachleute von damals, dass erst dann, wenn Gefängnisse überfüllt und sehr teuer geworden seien, ein Umdenken stattfinden würde, ist leider Wahr geworden. Dabei wäre die Prävention, also Integration, viel preiswerter gewesen. Jetzt zwingt uns die Gewalt, über die Integration zu sprechen. Das neue Zuwanderungsgesetz bewegt die Menschen in Integrationskurse, wo sie die deutsche Sprache erlernen. Endlich. Viele Kinder sind leider bisher in den Brunnen gefallen. Junge Menschen, keine Fremden, keine Ausländer, Kinder dieser Gesellschaft, hier geboren, haben das Gefühl, hier nicht gewollt zu sein, zu dieser Gesellschaft nicht zu gehören.

Im Krieg erklärt die Propaganda die Anderen zu Fremden, um ihnen ihre Rechte zu nehmen, um sie vogelfreie zu machen für Übergriffe, persönliche oder militärische. Plötzlich schützt solche Ausgegrenzten das Gesetz nicht mehr. So schlimm ist es mit den Ausländergesetzen nicht. Im Verbund mit unvernünftigen Äußerungen unserer deutschen Politikern wurde jedoch eine Stimmung geschaffen, in der viele Vorurteile sich ausgebreitet haben, beidseitig. Wir haben heute viel über die soziologischen und psychologischen Hintergründe gehört, aus denen Gewalt entsteht. Es ist in der Familie auch so wie in der breiten Gesellschaft: wenn jemand sich nicht dazugehörig fühlt, dann kämpft er darum. Wir alle wollen gerecht behandelt werden und wir wollen dazugehören, das brauchen wir alle, dann sind wir kreativ und produktiv.

Bei Migrantenvereinen werden Mittel zuerst gestrichen, obwohl sie eigentlich viel mehr Mittel brauchten. Viele kompetente Menschen arbeiten dort, sie haben keine sprachlichen Schwierigkeiten, sie wissen, was zu tun ist. Und sie tragen die Verantwortung für den sozialen Frieden unserer Gesellschaft, nicht nur der Migranten. Ich wünschte mir, dass wir an den Problemen von jungen Menschen, die durch Gewalt auf sich aufmerksam machen, gemeinsam arbeiten, unabhängig von ihrer Herkunft. Vorgelegte Zahlen sind alarmierend, wir alle haben noch viel zu tun, Migrantenorganisationen, Familien. Ohne politischen Willen und strukturelles Vorgehen im Rahmen der Einrichtungen, ist dieses Problem aber nicht zu bewältigen. Einige Eltern wissen nicht, wie Kinder sind, was sie brauchen.

Sie brauchen Bildung und ihre Kinder brauchen besondere Förderung, z. B. in kleinen Kitagruppen, in kleinen Schulklassen, sie brauchen gut ausgebildete Pädagogen und Lehrer. Alles ist besser als Gefängniswärter zu finanzieren.

Eren Ünsal

Das waren sehr viele Punkte, die Sie angesprochen haben, Frau Schedlich. Es scheint aber jetzt der Punkt gekommen zu sein, an dem wir tatsächlich handeln müssen oder an dem Etwas passieren muss. Ich will später auch die Frage Herrn Marhofer stellen, wieso gerade jetzt dieser Bericht erstellt wurde. Vorher möchte ich jedoch noch mal die andere Seite der Medaille aufgreifen. Ich hab vorhin die Kritik von Seiten der Migrationsverbände aufgegriffen, nicht genug Gehör zu finden. Jetzt einmal umgekehrt, weil auch oft zu hören ist, Migrationsverbände würden ihre eigene Verantwortung in diesem Prozess nicht ausreichend wahrnehmen. Wir haben heute Vormittag von unseren Experten gehört, dass selbst dann, wenn wir alles ausklammern, wenn wir den Bildungshintergrund ausklammern, wenn wir die Schichtzugehörigkeit ausklammern, trotzdem ein Rest von Problemen bleibt, der sich auf den kulturellen Kontext bezieht. Inwieweit haben denn die Migrantorganisationen diesen Gedanken aufgegriffen und selber in die Community hinein wirksame Arbeit gemacht, Herr Nasser, vielleicht erstmal sie, aber dann auch noch andere.

Hamad Nasser

Die ganze Problematik hat in den letzten Jahren auch innerhalb der arabischen Organisationen für sehr starke Diskussionen gesorgt, insbesondere das Thema Gewalt. Ich kann mich z.B. an eine Sitzung innerhalb der palästinensischen Gemeinde erinnern – das war 2001 und für mich damals die erste ernsthafte Berührung mit der palästinensischen Gemeinde –, deren Auslöser die Ereignisse, die Situation nach der zweiten Intifada waren. Viele palästinensische Kinder haben sich damals nicht so artikuliert, wie sich das die Eltern vorgestellt haben. Aber die Reaktion einiger Mitglieder der Gemeinde war so, wie man sich es wünscht. Zwei Mitglieder, die sind auch bekannt, haben beispielsweise in der Moses - Mendelssohn - Schule ehrenamtliche Arbeit geleistet und versucht, einen Diskussionsprozess in Gang zu setzen. Und das war nicht die einzige Veranstaltung innerhalb der palästinensischen Gemeinde. Ich kann jetzt fast in allen Bezirken Verbände, Vereine nennen, die sich aktiv beteiligen an dieser Art von Gestaltungspolitik. Ich habe auch innerhalb der arabischen Organisationen ein Wort gehört, das mir sehr gut gefallen hat. Sie empfinden die Situation der eigenen Kinder in der Tat als eine kulturelle Herausforderung. Sie verstehen nämlich nicht, was gerade mit den Kindern, mit den Eltern passiert. Und im Bericht werden interessante Erkenntnisse dazu geliefert. Ich fand ihn sehr lesenswert und aufschlussreich. Das war natürlich für mich als Mitglied dieser Community nicht neu, auch auf Grund meiner beruflichen Tätigkeit. Ich bin auch mit vielen Identitäten unterwegs, wie Sie wissen. Ein Punkt, finde ich, kam heute bis jetzt zu kurz. Die Zuhörer, die das nicht so genau kennen, möchte ich darum bitten, dass sie genau gucken, wie die Flüchtlingspolitik hier aussah, gerade in Bezug auf die Menschen, die aus dem Libanon kamen. Die größte Gruppe kam in den 70er Jahren. Und dann gab es eine zweite große Welle, das war 82 und die Menschen flohen aus dem Libanon, weil sie wirklich keine anderen Perspektiven fanden. Die Flucht aus dem Libanon in den 70er Jahren und den 80er Jahren, das wissen viele Experten unter uns, war nicht die erste für die palästinensischen Menschen aus dem Libanon oder auch in anderen Ländern. Es gibt auch Palästinenser, die aus politischen Gründen aus Syrien, Jordanien fliehen mussten. D.h., die Lebensbedingungen palästinensischer Menschen sind bis heute immer noch so, dass sie nicht als menschenwürdig bezeichnet werden können. Sie flohen in der Hoffnung, dass sie in Berlin einen Zufluchtsort finden würden, wo sie sich selbst schützen können und die eigene Familie und das eigene Leben in den Griff kriegen. Die Asylpolitik beinhaltete damals Auflagen, Sie kennen alle die Arbeitsverbote, die immer noch aktuell sind. Wenn Menschen einen Asylantrag stellen, dürfen sie keiner Erwerbstätigkeit nachgehen und nicht studieren. Es gab auch junge Palästinenser, sie kamen in den 70er Jahren mit einem Abitur aus dem Libanon. Es war nicht so, dass die gesamte Gruppe wirklich eine bildungsferne Schicht ist.

Die palästinensische Gesellschaft im Libanon war zwischen 1970 und 1982 eine innovative Gruppe innerhalb der arabischen Welt, und das sage ich nicht als Palästinenser. Sie können das in Studien nachlesen. Ich erinnere mich an einen Satz von Bruno Kreisky, den ich sehr schätze, der hat einmal gesagt, jedes Mal, wenn er einen wirklich qualifizierten Araber findet, dann ist es in den meisten Fällen ein Palästinenser.

Eren Ünsal

Dennoch gibt es zunehmende Probleme im Zusammenhang mit Gewalt. Wenn ich jetzt einfach die Frage stellen würde: Was haben die Migrantorganisationen versäumt? Was würden sie darauf antworten?

Hamad Nasser

Sie haben versäumt, eine wirkliche Gesprächskultur innerhalb der Familien und in den Communities zu schaffen. Wenn ich an die arabischen Verbände denke, wenn ich selber von ihnen eingeladen werde, dann stelle ich fest, da sind meistens gut qualifizierte Menschen, die miteinander diskutieren. Aber innerhalb der eigenen Community gibt es so was wie eine Nichtbeachtung von Menschen mit bestimmten Problemlagen. In den letzten Jahren ist zum Glück deutlich geworden, dass viele Leute auch auf Grund der ganzen Darstellungen in den Medien doch so etwas wie eine soziale Verantwortung spüren und sagen, das kann ja nicht sein, wenn ein Jugendlicher sich so benimmt, ob das in einer Buslinie geschieht oder auch in anderen Zusammenhängen. Es wird viel diskutiert. Es gibt nicht nur Gewalt gegenüber deutschen Jugendlichen, sondern es gibt auch Gewalt untereinander z.B. zwischen zwei arabischen Jugendlichen, die eng befreundet waren. Ich erinnere mich an einen Vorfall in der Sonnenallee. Der hat mich sehr erschüttert. Dieser Fall war Diskussionsstoff innerhalb der Gemeinde. Es bildeten sich verschiedene Strömungen in der palästinensische Gemeinde, es gab zwei Organisationen nebeneinander, es gab jedoch auch Annäherung. Die Annäherung war bedingt durch die ganze Bildungsmisere und Gewaltdiskussion. D.h., ich treffe mich mit vielen Menschen, mit denen ich ideologisch vielleicht nicht klar komme, aber dennoch finden wir einen Konsens in dem Sinne, wenn wir über die arabischen Jugendlichen hier reden oder über die Bildungssituation, dass wir das nicht so hinnehmen können. Wir haben eine Verantwortung, die müssen wir übernehmen und es ist inzwischen diesbezüglich viel passiert. Das habe ich auch leider in dem Bericht ein bisschen vermisst. Es gab viel Entwicklung auch gerade innerhalb der arabischen Organisation und bei den arabischen Menschen. Also wenn z.B. ein Zwischenfall passiert, den bekanntesten kennen Sie alle – ich werde das jetzt vielleicht zum zehnten Mal erwähnen – ich meine die Rütli - Schule. Es gab große Diskussionen innerhalb der palästinensischen Gemeinde, es gab eine Handlungsstrategie, die aus drei Punkten bestand und die wir sehr ernst genommen haben. Diese haben wir auch mit dem damaligen kommissarischen Leiter der Schule besprochen. Die Presse hat nicht darüber geschrieben, dass die palästinensische Gemeinde engagiert ist und seit 2006 durch einen ehrenamtlichen Mitarbeiter mit akademischem Hintergrund mit fast zehn Stunden an der Schule präsent ist. Dann gibt es auch einen zweiten Fall aus meiner Arbeit in Schöneberg, der mir am Herzen liegt. Es gab einen Zwischenfall in der Riesengebirgs - Schule und da war genau die Diskussion, die jeden Vater erschüttert. Arabische Kinder bringen es soweit, dass die deutschen Kinder Angst haben, in die Schule rein zugehen. Irgendjemand hat sofort gesagt, der Junge kommt aus dem Steinmetz - Kiez und ich arbeite selbst dort im Bülow - Kiez. Und es ist deutliche geworden, dass Einiges in Gang gekommen ist. Und als wir am Gipfel unserer Arbeit angekommen sind, da kommt die Presse und sucht im Steinmetz - Kiez die arabischen Cliques, die Banden und fanden den ersten Jungen, der ihnen entgegen kam, wirklich verhaltensauffällig. Wenn wir in unserer AG nur den ersten Buchstaben seines Namens sagen, wissen alle, welcher Junge gemeint ist, und der Junge wurde als Interview - Partner für eine seriöse Presse genommen. Und darauf hin hat er den Affen gespielt in der Berichterstattung. Die Reprotage im RBB hat mich und die Familien betroffen gemacht. Und wir haben gesagt, dass lassen wir nicht auf uns sitzen. Einige Familien berichteten mir über das Interesse vieler Zeitungen.

Heute war wieder der und der hier, heute war die Zeitung da, und sie fragten, was sollen wir machen. Ich sagte, ihr könnt machen, was ihr wollt, aber ich rate euch eins. Es gibt zwei Zeitungen, mit denen dürft ihr nicht viel reden und ich will sie jetzt nicht nennen, also Sie können sich vorstellen, welche Zeitungen. Man kann auch andere Magazine nehmen. Die Neuköllner Kollegen wissen ganz genau, was ich meine. Es gibt ein Magazin, das ich als Schüler für seriös hielt. Innerhalb meiner Studienzeit fand ich es mehr als unerträglich in seiner Berichterstattung, vor allem undifferenziert und da kommen wir auch zum zweiten Problemfeld. Wir haben also die Familien gefragt, was könnten wir machen, um dieser ewigen und schrecklichen Darstellung, die nicht zutrifft, Etwas entgegen zu setzen? Es wurde entschieden, die Presse noch einmal einzuladen. Die Idee wurde mit der Vätergruppe besprochen. Mit Hilfe des Quartiersmanagements und der Stadträtin wurde eine Presseerklärung herausgegeben. Innerhalb des Nachbarschaftstreffs haben wir es geschafft, viele Familien einzuladen, und es kamen fast alle betroffenen Familien aus der Straße und Sie werden sich wundern, wer nicht kam, war die Presse, kein einziger Pressevertreter und kein einziger Lehrer. Nein, ein Lehrer kam, der Rektor persönlich, der selber dafür gesorgt hatte, dass die Diskussion in Gang kommt. Und das erleben wir immer wieder. D.h., diese Art von Diskussion sorgt dafür, dass man sich immer mehr entfremdet, immer mehr die Situation dramatisiert und das ist das, was ich mir nicht wünsche für die Zukunft.

Eren Ünsal

Vielen Dank, ich würde ihnen natürlich sehr gerne sehr viel Raum geben für alle diese Schilderungen, aber wir müssen jetzt auch ein bisschen – wie sagt man – straffer fortschreiten. Später werden wir auch Ihnen, liebe Gäste, Gelegenheit geben, sich an der Diskussion zu beteiligen. Ich darf Sie, Frau Liebich, herzlich begrüßen und möchte jetzt Ihnen und den Herren auf dem Podium Gelegenheit geben, Stellung zu nehmen zu dem, was gesagt worden ist. Erst einmal frage ich Herrn Marhofer, warum gerade jetzt dieser Bericht? Was versprechen sie sich davon?

Peter Marhofer

Ich denke, dass der Bericht eine Gelegenheit gibt und dies ist auch überfällig, die Phänomene der Jugendkriminalität von Migranten fundiert zu analysieren. Die Entwicklung von Jugendkriminalität ist ja nicht nur ein Migrantenproblem, es ist ja auch ein Problem deutscher Jugendlicher. Ich habe diese Entwicklung selbst erlebt, weil ich viele Jahre Jugendrichter war. Vor diesem Hintergrund bin ich mit dem Stoff und den Problemen, die damit verbunden sind, vertraut. Die Diskussion hat immer darunter gelitten, dass sehr wenig genaue Analyse betrieben worden ist mit Blick auf die Ursachen der Probleme. Ich denke, dass der Bericht in der Ausführlichkeit, wie er jetzt zustande gekommen ist, für alle Beteiligten, also sowohl für die beteiligten Behörden, als auch für die Migrantenverbände – das hat sich ja hier in der bisherigen Diskussion auch schon gezeigt – ein Gewinn darstellt. Da wird auch ein Konsens bestehen. Der Bericht fordert jeden, für sich auszuloten, was hat der Bereich, in dem ich mich engagiere, aus diesem Bericht an Schlussfolgerungen zu ziehen. Es gilt natürlich auch, ihn zunächst einmal kritisch in dem Sinne zu betrachten und sich darüber klar zu werden, inwieweit man die Erkenntnisse und Schlussfolgerungen teilt und inwieweit sie zu hinterfragen sind. Sie sagten ja schon, es ist ein sehr umfangreiches Werk, das man natürlich nicht einfach mal durch einmaliges Durchlesen erfassen kann, sondern es wird eine sehr genaue Analyse notwendig sein. Was die Rolle der Senatsverwaltung für Inneres betrifft, ist diese durch unsere Zuständigkeit fürs Aufenthaltsrecht und die Bezüge dieses Themas zu aufenthaltsrechtlichen Fragen ein Stück fest gefügt. Wir haben, das will ich an dieser Stelle offen sagen, mit den aufenthaltsrechtlichen Bestimmungen einen relativ begrenzten Rahmen. Es ist ja hier schon angesprochen worden, dass, wenn man zurückblickt in die Vergangenheit, etwa beim Umgang mit Flüchtlingen, die Handlungsspielräume, die das Ausländerrecht eröffnet hat, relativ begrenzt gewesen sind. Berlin war, ich denke mal, das kann man sagen, doch sehr bemüht, die Handlungsspielräume, die es gab, auch ein Stück auszuschöpfen.

Es sind ja auf der Basis des Aufenthaltsgesetzes, soweit diese Spielräume bestanden, Regelungen getroffen worden, um den Aufenthaltsstatus von Flüchtlingen aus bestimmten Gebieten, wie etwa dem Libanon, ein Stück zu festigen, und die Ausgangssituation für die Betroffenen ein bisschen zu verbessern. Aber das ändert natürlich nichts daran, dass wir im Aufenthaltsrecht nur begrenzte Möglichkeiten haben, Aufenthaltsstatus tatsächlich auch langfristig zu sichern. Und wenn wir an das Thema Ausbildung etwa denken, was ja hier schwerpunktmäßig heute Vormittag auch beleuchtet worden ist, dann ist es eben ein sehr zäher und sehr langwieriger Weg da zu Verbesserungen zu kommen. Sie wissen ja vielleicht, dass im Zusammenhang mit der Reform des Zuwanderungsgesetzes, was jetzt in Kürze ja nun endgültig in Kraft tritt, nachdem der Bundespräsident unterzeichnet hat, für Geduldete etwa die Situation insofern geändert ist, dass nach der Beschäftigungsverfahrensordnung jetzt wenigstens nach vier Jahren die Möglichkeit besteht, ohne Vorrangprüfung, die wir ansonsten ja hatten, sich einen Arbeitsplatz etwa zu suchen. Das ist ein Schritt, den man in dem Zusammenhang nennen kann und vielleicht auch nennen sollte. Ansonsten wird es darauf ankommen, dass die Empfehlungen, soweit wir sie teilen und das scheint mir weitgehend der Fall zu sein, soweit ich das zum jetzigen, also zum heutigen Termin schon sagen kann, dass wir die rechtlichen Spielräume, die bestehen, nutzen werden, um in diesem Rahmen den Empfehlungen weitgehend gerecht zu werden. Das ist das, worum wir uns hier von Seiten der Senatsverwaltung für Inneres bemühen werden.

Eren Ünsal

Willkommen noch mal Frau Liebig. Es ist im Bericht, aber auch in der allgemeinen Debatte immer sehr stark darauf hingewiesen worden, dass es einen Zusammenhang gibt zwischen Delinquenz, zwischen Gewalt und dem Beschäftigungsproblem bzw. überhaupt der Perspektivlosigkeit von Jugendlichen auf dem Arbeitsmarkt. Darauf wird im Bericht stark Bezug genommen, d.h., ganz viele der Empfehlungen, ganz viele Schritte, die jetzt erforderlich sind, hängen auch damit zusammen, inwieweit die Berliner Politik in der Lage sein wird, Perspektiven für junge Migrantinnen und Migranten im Bereich Arbeit und Beschäftigung zu entwickeln. Was gibt es für Überlegungen, wie kann jetzt die Politik diese Empfehlungen unterstützen und flankieren?

Kerstin Liebich

Ja, vielen Dank, ich möchte mich zuerst noch mal bei Ihnen entschuldigen, dass ich zu spät gekommen bin. Ich hatte einen anderen Termin, der sich ein bisschen verzögert hat. Tut mir leid, es ist nicht sehr höflich, ließ sich aber leider nicht vermeiden. In der Tat ist das Thema Ausbildung und Beschäftigung ein ganz zentrales Thema. Ich glaube nicht nur in dem Punkt, an dem wir heute diskutieren, sondern insgesamt, wenn es um Integration geht und das Haus, in dem ich arbeite, heißt ja Senatsverwaltung für Integration, Arbeit und Soziales, was ich einen sehr guten Zusammenschritt finde. Auch wenn man natürlich immer ein bisschen der Wirtschaft oder der Verbindung Wirtschaft/Arbeit hinterher trauern kann. Aber ich glaube schon, dass damit auch deutlich wird, dass Arbeit von uns als ein wichtiger oder wenn nicht der wichtigste Bestandteil für Integration in dieser Stadt angesehen wird. Und wir haben dies auch mit dem Integrationskonzept, das wir vorgelegt haben, zum Ausdruck gebracht. Wir haben ja hier an dieser Stelle auch schon darüber diskutiert, ob das eigentlich reicht, was da drinnen steht, was man noch verbessern kann und wie wir dann vor allen Dingen zukünftig mit den ohne Zweifel vorhandenen Problemen umgehen. Wir wollten auch noch mal deutlich machen, dass wir genau das auch als einen Schwerpunkt ansehen und ich habe mich darüber gefreut, dass wir vom Integrationsgipfel ausgehend den Dialog aufgenommen haben zwischen meinem Haus und vielen Akteuren, vor allen Dingen auch aus der migrantischen Community. Was ich für ganz wichtig halte, ist der Vorschlag, den wir gern aufgegriffen haben, eine Konferenz noch am Ende des Jahres zu machen, um die Thesen, die im Integrationskonzept stehen, doch noch mal etwas stärker zu beleuchten und auch noch einmal die Vorstellungen der Politik mit den realen Entwicklungen abzugleichen.

Aber vielleicht sage ich zunächst noch Etwas zu konkreteren Überlegungen, die wir angestellt haben. Ich glaube, das Thema Schule ist ganz wesentlich. Ich will hierzu nicht viel sagen, es ist nicht mein Ressort. Aber ein Punkt, der für mich als Arbeitsstaatssekretärin interessant ist, ist die Frage, wann fangen wir mit Berufsorientierung an, wie sieht Berufsorientierung aus, wie bewegen wir unsere Jugendlichen dazu und hier insbesondere Jungen, eine Perspektive für sich zu entwickeln und eine Perspektive auch zu sehen. Wir müssen natürlich schon sehr frühzeitig in der Schule anfangen zu organisieren, wie wir den Übergang von Schule in Ausbildung gestalten. In den letzten Jahren gab es sehr viele Entwicklungen – Hartz IV sag ich nur als Stichwort, die in den Familien sehr viel Veränderungen bewirkt und zu einer deutlichen Verarmung in der Stadt geführt haben und die für das heutige Thema von Bedeutung sind. Hinzu kommen viele strukturelle Veränderungen. Da, wo z.B. die Leistungen der Bundesagentur bzw. der JobCenter oder die der Betriebe, gerade was den Ausbildungsbereich betrifft, nicht ausreichen, da ist das Land Berlin immer in der Verantwortung, etwas zu tun.

Was wir tun ist, dass wir für benachteiligte Jugendliche, und das ist ja auch oft der Personenkreis, um den es auch hier und heute geht, das Bund-Länder-Sonderprogramm für Ausbildungsplätze auf dem Level von 3.000 Ausbildungsplätzen lassen, obwohl der Bund sich aus der Finanzierung zurückzieht und nur noch 1.300 Plätze in diesem Jahr finanziert. Wir werden das Programm also in bisherigem Umfang weiter führen und wir haben ein anderes Programm, das auf Initiative des Abgeordnetenhauses entstanden ist, es heißt „Ausbildung in Sicht“. Ich sehe hier auch einige Akteure, die mit diesem Programm zu tun haben. wo wir vor allen Dingen Jugendliche unterstützen werden, die eben den Schritt von der Schule in die Ausbildung nicht schaffen, wo es vielleicht noch Sprachbarrieren gibt. Es geht um ganz praktische Dinge, also direkte Ansprache z.B. von Betrieben und Unternehmen oder darum durch Praktika zu zeigen, dass diese Jugendlichen Etwas drauf haben. Gleichzeitig wollen wir sie motivieren unter der Perspektive „ich kann was“ und ihnen zeigen, es gibt eine Perspektive, wenn sie es wollen und anpacken. Das alles funktioniert nur, weil in diesen Projekten – wir finanzieren wir zur Zeit 1.000 Stellen für die gesamte Stadt – eine sehr intensive Betreuung, auch eine intensivere Betreuung als sie normalerweise in der Ausbildung vorhanden ist, gewährleistet werden kann. Wir wollen das Programm weiterführen, wollen es auch noch mal verändern, weil wir festgestellt haben, dass der nächste Schritt, im Betrieb zu bleiben und in die Ausbildung zu gehen, nicht immer gelingt. Da braucht es teilweise eine noch bessere Betreuung. Wir werden sehen, ob wir das in den Haushaltsberatungen so auch durchsetzen können, aber ich glaube, das sind zwei wichtige Punkte, wo wir zumindest in dem Übergang Schule-Ausbildung und Verbleib in Ausbildung und dann der Übergang in Arbeit etwas tun können.

Ich will noch einen anderen Punkt ansprechen. Wir wollen die Mittel und das haben wir im Integrationskonzept auch festgehalten, die wir über die Europäische Union zur Verfügung gestellt bekommen, ESF-Mittel, verstärkt für Migrantinnen und Migranten einsetzen und das, denke ich, wird sicherlich auch noch mal Thema bei dieser Konferenz sein.

Insgesamt glaube ich, dass es dadurch, dass eben sehr viele Migrantinnen und Migranten von Arbeitslosigkeit in unserer Stadt betroffen sind und das findet sich ja in den Empfehlungen auch wieder, notwendig ist, dass wir darüber reden, wie alle unsere Maßnahmen interkulturell geöffnet werden können. Wir sollten also von dem Zielgruppenblick ein wenig abweichen und gucken, dass wir es schaffen, dass der interkulturelle und der integrationspolitische Gedanke immer mitgedacht wird. Und wir werden einen ersten Schritt machen. Wir haben jetzt angefangen, modellhaft die interkulturelle Öffnung von JobCentern zu realisieren. An drei Beispielen wollen wir beginnen, an drei JobCentern, und da geht es natürlich darum, dass Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter interkulturell geschult und weitergebildet werden und auch Strukturen verändert werden. Es muss jedoch auch darum gehen, dass die Maßnahmen, die in JobCentern stattfinden und die darauf ausgerichtet sind, Menschen in Arbeit und Beschäftigung bzw. in Ausbildung zu bringen, den kulturellen Hintergrund berücksichtigen und ich glaube, dass das, was jetzt hier als in der Tat sehr dickes Papier vorgelegt wurde, durchaus auch noch mal dafür sensibilisieren kann, wie man mit den vorhandenen Problemen umgehen muss.

Eren Ünsal

Vielen Dank, Frau Liebich. Sensibilisierung ist sicherlich ein wichtiges Thema. Im Vorgespräch hat Herr Lieber gesagt, die Justiz kommt immer ganz zum Schluss. Auch in unserer ersten Runde, Herr Lieber, kommen Sie ganz zum Schluss zu Wort. Die Jugendlichen, die bei ihnen ankommen, sind schon straffällig geworden bzw. sind in Schwierigkeiten und es gibt in dem Bericht eine Reihe von Empfehlungen, die in diesen Bereich hineinzielen. Ich will jetzt nur einige nennen: Information zwischen Justiz und Jugendhilfe, Information zwischen Justiz und Schule, die Kommunikation zwischen den Behörden, die mit den Jugendlichen zu tun haben, insgesamt. Der Informationsfluss wird als sehr bedeutsam angesehen, aber auch z.B. das Thema Erhöhung der interkulturellen Kompetenz von Menschen, die im Bereich der Justiz beschäftigt sind. Vielleicht geben Sie uns erst einmal eine Einschätzung aus Ihrer Sicht, wie diese Empfehlungen realisierbar sind. Wie können sie sich das vorstellen?

Hasso Lieber

Jetzt haben sie mir einen wunderschönen Einleitungssatz weggenommen. In der Tat, die Justiz kommt ganz am Schluss, das wäre auch mein Einleitungssatz gewesen. Es gibt einen ganz alten Satz aus dem 19. Jahrhundert von Friedrich von Liszt: „Die beste Kriminalpolitik ist eine gute Sozialpolitik“. Es gilt also die Rahmenbedingungen so zu verändern, dass Menschen, die es nicht unbedingt wollen, nicht straffällig werden müssen. Insofern würde ich ganz gerne an Frau Schedlich anknüpfen. Die Forderung: „Macht Knäste zu Kindergärten“, würde ich sofort unterstreichen. Leider Gottes müssen wir mit einem älteren Literaten sagen „Die Verhältnisse, sie sind nicht so. Wir müssen sie erst mal daraufhin verändern“. Das ist also der Punkt, worüber wir reden müssen. Der Vorteil dieses Berichtes, finde ich, ist seine Vielfalt und seine Differenziertheit. Ich muss nicht Alles wiederholen, was hier schon gesagt wurde. Das Ressort zwingt mich, mich auf Justizperspektiven zu beschränken. Aber das ist eben das Wertvolle an dem Bericht. Er macht es sich nicht so einfach, dass er sich auf repressive Überlegungen beschränkt. Er fragt nicht nur: „Was tun wir denn mit denen, die gewalttätig geworden sind sondern fragt auch: „Was müssen wir tun, um Gewalt zu verhindern?“ Wenn sie dann gleichwohl auftritt, wird gefragt: Wie gehen wir mit den Leuten um?“ Und da gibt der Bericht ganz wertvolle Hinweise. Und wenn ich richtig informiert bin, haben Sie ja auch heute Morgen schon darüber entsprechend diskutiert. Das Erschreckende ist, dass immer mehr junge Leute zu einem Zeitpunkt gewalttätig werden, wo man es nicht auf die Entwicklung als Jugendlicher zurückführen kann. Natürlich gehören Normenverstöße immer zum Erwachsenwerden, aber wenn ein Achtjähriger, ein Neunjähriger auf einen Altersgenossen einprügelt, so dass dieser krankenhausreif ist, dann ist es nicht unbedingt damit zu erklären, dass das der übliche Normenverstoß ist. Darüber, denke ich, muss man sich Gedanken machen. Da gibt es eine ganze Reihe von Anhaltspunkten, die uns nachdenklich machen müssen, z.B. die Analyse von Intensivtäterakten, die kürzlich durchgeführt wurde. Zwei dieser Akten wurden daraufhin untersucht, warum junge Menschen straffällig geworden sind und was mit ihnen im Laufe ihrer kriminellen Entwicklung gemacht worden ist. Und da haben wir zwei extrem auseinander liegende Beispiele. Bei dem Einen ist nachgerade nichts gemacht worden, alle Sozialisierungsinstanzen haben sich verweigert oder taub gestellt und er ist von einer kriminellen Handlung in die andere gefallen. Bei dem Anderen hat man fast alle Möglichkeiten ausgeschöpft, die geboten werden, und er ist gleichwohl immer wieder straffällig geworden. Das allein zeigt: Es gibt keine einfachen Antworten. Deshalb spricht ja auch der Beschluss, der von Seiten der Landeskommission Berlin gegen Gewalt gerade in der Vorbereitung ist, davon, ein Netzwerk zu bilden, die einzelnen Institutionen, die einzelnen Forderungen, die einzelnen Maßnahmen miteinander zu verknüpfen. Wie wenig einfach manche Antwort ist, sieht man auch daran, dass bei der Desintegration, die wir über lange Jahre gehabt haben, sowohl die Hardliner wie auch manche auf dem linken Flügel des politischen Spektrums in gleicher Weise Versäumnisse zu verzeichnen haben. Nur als Beispiel: Ich habe nie verstehen können, zu meiner Zeit als ich in Brandenburg tätig war, warum eine Diskussion darüber ausgebrochen ist, ob auch Kinder von Asylbewerbern schulpflichtig seien oder nicht. Ich hab diese Frage immer nur verständnislos mit einem „Warum eigentlich nicht“ beantworten können.

Wir müssen diejenigen, die hierher kommen und einen ungesicherten Status haben, so behandeln, als würden sie bei uns bleiben, und nicht einen einzigen Tag versäumen, sie in die Lage zu versetzen, dableiben zu können. Und wenn dann jemand nicht dableiben kann, dann ist ja eine Schulpflicht wohl auch nichts gewesen, was ihn irgendwie beeinträchtigt. Also solche Diskussionen, wo wir uns sehr verquer getan haben, mit denen, die hierher gekommen sind, die habe ich nie verstanden. Die Frage: Was müssen wir aus der Justizsicht tun, z.B. bezüglich der Verbesserung der Kommunikation unter den beteiligten Instanzen will ich folgendermaßen beantworten: Wenn man beispielsweise einen dreizehnjährigen Straffälligen hat, bei dem die Akte unzuständigerweise bei der Justiz gelandet ist, obwohl der junge Mensch noch nicht strafmündig ist, dann muss natürlich sofort die Jugendverwaltung informiert und ihrerseits aktiv werden. Hier muss es ein intensives Miteinander geben. Dies ist auch verwaltungsmäßig und durch Vorschriften schon geregelt. Seit 2006 wird daran nochmals intensiv gearbeitet. Aber gleichwohl gibt mir die heutige Debatte Anlass, auch die Bezirke zu mahnen. Man kann die Sparpolitik im Jugendbereich nicht ad infinitum betreiben. Wenn es so ist, dass bei den Jugendgerichten nur noch sporadisch aus einigen Bezirken die Jugendgerichtshilfe auftaucht, dann muss dies problematisiert und diskutiert werden zwischen Bezirken, Jugendverwaltung und Justiz. Das Positive an diesem Bericht ist, dass er eine Erscheinungsform, nämlich Gewalt, zum Anlass nimmt, über diese Erscheinungsform hinaus ein Netzwerk von Möglichkeiten, Zuständigkeiten, Projekten zu diskutieren, mit dem wir diesem Problem begegnen können. Ich will aber auch als letzten Punkt noch Eines anmahnen. Integrationspolitik, insbesondere mit Blick auf die Gewalttätigkeit von jungen Menschen mit Migrationshintergrund ist keine Einbahnstraße. Mit Recht sagt die Bundesregierung: Fördern und Fordern. Es gibt eine gewisse Ich-Schwäche bei der Integrationspolitik. Ich muss nicht immer fragen, was kriege ich von den öffentlichen Instanzen sondern was bin ich bereit auch einzubringen und hier müssen wir ganz deutlich sehen: Es gibt eine Reihe von großen Familien, die haben sich aus dieser Gesellschaft ausgeklinkt. Da werden nachgerade alle Kinder – der Bericht macht es deutlich – straffällig, weil die Familie in diesem Bereich als Sozialisationsinstanz nicht mehr funktioniert – teilweise nicht funktionieren kann, teilweise nicht funktionieren soll. Und das macht mich höchst nachdenklich, dass schon Generationen von Aussteigern im justiziellen Sinne produziert werden. Da müssen wir deutlich ansetzen. Ich sage, Integration heißt, aufeinander zugehen und nicht hintereinander herlaufen.

Eren Ünsal

Vielen Dank. Aufeinander zugehen, Dialog, Sensibilisierung, das alles sind sehr, sehr wichtige Themen, nicht nur, weil sie sich gut anhören, sondern, wie wir ja am Vormittag auch noch mal präsentiert bekommen haben, weil sie einen unmittelbaren Zusammenhang zur Entstehung von Delinquenz haben, zum Auftreten von Gewalt. Das heißt, dass tatsächlich, so wie es auch im Bericht sehr schön formuliert ist, eine Kultur der Anerkennung das Ziel sein muss. Aber wie kommen wir dahin? Wie kommen wir eigentlich zu einer Kultur der Anerkennung? Es sind viele Hinweise in dem Bericht und in den Empfehlungen gegeben. Ich will jetzt nicht alle einzeln nennen. Aber für fast alle Bereiche, die relevant sind, sind interkulturelle Kompetenztrainings, -ausbildungen, -fortbildungen gefordert und als sehr bedeutsam bewertet. Ich will jetzt noch mal kurz zu Inneres zurück und mir den Teilbereich Polizei anschauen. Auch dort empfiehlt der Bericht, dass die interkulturelle Kompetenz, das ist eben der Aspekt Sensibilisierung für Unterschiedlichkeit, ausgebaut werden soll. Wie kann das funktionieren, wie stellen sie sich das vor?

Peter Marhofer

Ja, also es ist so, dass dieses Thema in der Innenverwaltung ja doch schon längere Zeit behandelt wird. Das ist jetzt kein völlig neues Thema, was etwa erst jetzt angegangen werden müsste. Wir haben bei der Berliner Polizei schon länger so das Bestreben, den Anteil von Polizeibeamten mit Migrationshintergrund zunächst mal unter den Mitarbeitern zu erhöhen. Dabei muss man natürlich sehen, dass es nach geltendem Recht bestimmte Eingangsvoraussetzungen gibt, die zwingend beachtet werden müssen und aus denen sich Grenzen ergeben.

Man hat also unabhängig von der Zweckmäßigkeit aus beamtenrechtlichen Gründen und aus auch wegen der Verfassung Bindungen zu beachten bei der Frage einer Einstellung. Klar ist, dass die deutsche Sprache beherrscht werden muss. Es ist ja eine konkrete Empfehlung, die in dem Zusammenhang ausgesprochen worden ist und es ist – wie gesagt – eine Empfehlung, die in der Senatsverwaltung für Inneres für richtig gehalten wird und auch schon in die Praxis bei der Einstellung von Polizeibeamten eingeflossen ist. Das Thema Fort- und Weiterbildung ist ein weiterer wichtiger Punkt in diesem Zusammenhang. Migrations- und Integrationsfragen müssen zum Thema von Fortbildung gemacht werden. Es gibt ein entsprechendes Projekt, wo in den Direktionen der Polizei Kontakte zu Vereinigungen, Gemeinden, Moscheengemeinden bereits gepflegt werden und auch erweitert werden sollen. Es gibt das Ziel, auf diesem begonnenen Weg weiterzugehen und dafür in den entsprechenden Schulungszentren Sorge zu tragen, also hier etwa in der Landespolizeischule und in der Fachhochschule für Verwaltung und Rechtspflege. Das, was der Bericht zu diesem Thema an Empfehlungen enthält, wird uneingeschränkt für sinnvoll und wichtig und auch notwendig gehalten.

Eren Ünsal

Vielen Dank, ich will jetzt noch mal allen auf dem Podium Gelegenheit geben, sich zu äußern. Einige hatten auch schon signalisiert, dass ihnen noch Fragen oder Themen sozusagen auf den Nägeln brennen. Erstmal Herr Kolat und dann Frau Schedlich.

Kenan Kolat

Bei solchen Diskussionen zeigen wir immer auf die andere Seite, die müssen das oder das tun. Ich denke, wir müssen davon wegkommen. Was können wir, was kann ich tun, ist die Frage. Vielleicht jede/r sollte sagen, was er/sie selbst tun kann und es dann umsetzen. Und dann schauen wir, ob das klappt. Die Empfehlungen sind seit Jahren bekannt. Sehr viel neuere Erkenntnisse haben wir nicht. Deswegen will ich aus einer, vielleicht auch ein bisschen selbstkritischer Sicht mal an die Sache rangehen und fragen, was können Migrantenselbstorganisationen gegen Gewalt, gegen Jugendgewalt tun und welche Möglichkeiten haben sie. Wo haben sie ihre Stärken, wo haben sie ihre Schwächen.

Vielleicht sollte das mal durchleuchtet werden, bevor wir dann zur allgemeinen Diskussion übergehen. Ich denke, wir müssen klar und deutlich machen, dass Gewalt in jeglicher Form geächtet wird. Das müssen wir in die eigene Community tragen und solche Handlungen auch eindeutig ohne Missverständnisse ablehnen. Wir müssen nicht nach Gründen suchen, wieso es zu einem Gewaltausbruch kommt oder nicht, das spielt in dem Sinne keine Rolle. Wir müssen es schaffen, dass dort eine Sensibilität entsteht, dass dieser Ächtungsprozess erst einmal in Gang gesetzt wird. Zweitens müssen wir gucken, wie wir es schaffen, eine Diskussion in der eigenen Community herzustellen, wo wir das zum Thema machen. In unseren Arbeitsgruppensitzungen gab es natürlich auch viele Diskussionen. Wieso will man jetzt dieses Thema aufgreifen, will man schon wieder ethnisieren oder auf das Thema auf bestimmte Gruppen reduzieren und dann in die Öffentlichkeit bringen. So war auch die Sichtweise innerhalb der Verbände, aber dann sind wir schnell davon weggekommen und haben gesagt, Gewalt ist ein Problem. Auch innerhalb der türkischen Community gibt es Gewalt. Dies müssen wir ernst nehmen. Diese Gewalt hat aber nichts damit zu tun, dass man Türke ist. Gewalt hat andere Gründe. Die nächste Stufe ist die kritische Beleuchtung der eigenen Kultur. Dies ist jedoch deswegen schwierig, weil wir uns in einer Abwehrposition befinden. Selbstkritische Diskussionen in den Verbänden, in der eigenen Community breit zu führen ist schwierig, weil wir gar nicht dazu kommen: Zuwanderungsgesetz und vieles andere mehr, da fängt es gleich an, da bleibt uns kaum Zeit übrig, uns mit selbstkritischen Dingen mal auseinander zu setzen. Insofern frage ich, wie können wir es schaffen, gemeinsam eine kritische, eine selbstkritische Diskussion innerhalb der Verbände zu führen. Das Hauptproblem der Migrantenselbstorganisationen ist die Frage der professionellen Arbeit. Hier auf dem Podium sitzen diejenigen, die staatliche Zuschüsse bekommen. Aber auch bei denen ist es nicht immer möglich, Strukturen in allen Arbeitsbereichen aufzubauen.

Man sagt auf der einen Seite, dass wir am interkulturellen Mainstreaming teilhaben müssen, auf der anderen Seite erwartet man von uns sehr viel, nämlich dass wir in diesem Bereich viel tun müssen. Wir schaffen das einfach nicht. Wir können keine Jugendeinrichtung aufmachen, keine Polizeibeamte bei uns einstellen, wir können keine Gelder für soziale Projekte ausgeben. Was wir machen können, ist aber gemeinsam, alle gemeinsam, eine Aufklärungsstrategie zu entwickeln und Informationen in die Community hineintragen. Und da kann man wirklich viel machen. Deswegen greife ich auch das, was Frau Liebich gesagt hat, sehr gerne auf. Ich weiß, dass ESF-Gelder dieses Mal migration-mainstreamingmäßig verteilt werden. Wir müssen schauen, dass wir Migrantenselbstorganisationen und andere in die Lage versetzen, dass sie als Träger von Maßnahmen in Frage kommen können, weil viele das nicht allein schaffen. Und wenn wir Organisationen als Träger gewinnen können, können die wirklich durch Unterstützung staatlicher Gelder, wenn es um MAE-Maßnahmen oder AB-Maßnahmen geht, etwas tun. Also, wie können wir es schaffen, dass Migrantenselbstorganisationen auch mal als Träger für bestimmte Maßnahmen in Frage kommen. Wir haben diese Erfahrungen gemacht. Der Türkische Bund hat mehrere Projekte durchgeführt und führt weiterhin viele Projekte durch. Wir versuchen, diese Jugendlichen – ich weiß, wovon ich spreche, das sind Jugendliche, die kriminell geworden sind, die wirklich problematisch sind – anzusprechen und versuchen sie auf eine Ausbildung vorzubereiten. Sie müssen lernen, überhaupt um 8.00 Uhr aufzustehen. Wenn wir dann um 12.00 Uhr zuhause anrufen, dann sagen die Eltern, ja der ist gestern spät gekommen, lassen Sie ihn noch zwei, drei Stunden schlafen. Und wir müssen ran, in die Familien reingehen und da könnte man wirklich mit entsprechenden Hilfestellungen etwas tun. Das wäre, denke ich, auch der Beitrag, den die Selbstorganisationen leisten können. Nur ein paar Punkte will ich von dem benennen, was wir bis jetzt gemacht haben. Es gibt wirklich einiges, was gemacht worden ist. Gemeinsam mit der türkischen Gemeinde in Berlin sind wir z.B. am 1. Mai auf die Straße gegangen und haben mit Jugendlichen gesprochen. Wir haben mobile Teams gebildet mit zwanzig, dreißig Personen. Das hat auch ein wenig dazu beigetragen, dass die Gewalt auf den 1. Mai-Märschen zurückgegangen ist. Das ist z.B. ein konkreter Beitrag, den die Migrantenselbstorganisationen leisten können. Wir haben mit Sportvereinen über die Gewaltthematik diskutiert. Wir haben mehrere Seminare durchgeführt, Anti-Gewalt-Trainings-Seminare für Jugendliche, die in diesen Vereinen sind. Es gibt fünfunddreißig von überwiegend türkischstämmigen Menschen gebildete Sportvereine, die ein Auffanglager für Jugendliche sind, die dort zumindest von der Straße weggenommen werden und diese Vereine machen nicht nur Sport, sondern sie leisten auch Sozialarbeit. Ich bin einmal in der Woche in den Vereinen und mache Sozialberatung über Rechts- und andere Probleme. Wir haben z.B. ein heikles Thema mit dem LSVD Lesben- und Schwulenverband in Berlin aufgegriffen „Kai ist schwul, Murat auch“ oder „Cigdem ist lesbisch, Vera auch“ und eine Plakatkampagne gemeinsam mit anderen Trägern durchgeführt. Ich kann von den Erfahrungen berichten. Als wir in Kreuzberg die Plakate aufhingen, haben alle türkischen Unternehmer gesagt, ja, mach mal, mach mal und am nächsten Tag waren die wieder weg. Aber wir haben dann trotzdem nachgehakt und am übernächsten Tag noch mal versucht Plakate aufzuhängen. Ich habe fünfmal Anrufe bekommen: „Ich heiße Murat, aber ich bin nicht schwul.“ Also sie sehen, wie die Brisanz dieser Thematik wirklich ist. Und dann dieser neu gegründete Verein Hatun Sürücü. In diesen Tagen ist es ja auch wieder aktuell Hatun und Can e.V. Unser Vorstand hat aus eigenen Mitteln eine kleine Spende gemacht. Wichtig ist, und dies ist mein letzter Gedanke, dass die Rahmenbedingungen natürlich von staatlicher Seite geschaffen werden müssen und hier gibt es wirklich gute Ansätze durch diesen Bericht. Und wenn ich höre, Frau Liebich und Herr Lieber und die anderen Vertreter der Landesregierung hier, dass wir alle gemeinsam etwas tun wollen, dann ist es wichtig, dass wir uns selber verpflichten, etwas zu machen. Das müssen wir erstmal tun und dann schauen wir weiter. Ich will nicht in zwanzig Jahren wieder dasselbe Thema hier diskutieren.

Eren Ünsal

Wir wollen Etwas erleben und wir wollen Ergebnisse sehen. Wenn man bedenkt, dass schon seit Ende der 70er Jahre bestimmte Problemlagen vorhergesagt wurden, mit denen wir heute kämpfen, finde ich die Forderung sehr berechtigt, dass wir jetzt Maßnahmen umsetzen, deren Ergebnisse wir selbst noch erleben. Und wir brauchen, das möchte ich auch noch einmal wiederholen, den kritischen Blick über und in unsere Organisationen, aber auch den über unsere Organisationen hinaus. Wir dürfen die Communities nicht isoliert betrachten, sondern es ist wichtig, eine communityübergreifende Arbeit zu machen. Frau Schedlich hatte sich schon lange gemeldet, bitteschön.

Bosiljka Schedlich

Der Bericht ist sehr wichtig, weil er ein gemeinsames Ziel formuliert von unterschiedlichen Seiten, die sich endlich um einen Tisch versammelt haben. Es ist ein guter Beginn, sollte die gemeinsame Arbeit fortgesetzt werden. Dieser Weg sollte kein Ende haben. Denn solange die Menschen leben werden, wird man sich um die Integration in jeglicher Form bemühen müssen, gesellschaftlich, staatlich, in kleinen Selbstorganisationen. Das Wesentliche dabei ist der Menschen, seine Kultivierung von dem Moment, in dem er ohne Schuld, ohne kriminelle Taten, ohne Gewalt, auf die Welt kommt, bis zu seinem Erwachsenenalter und seinem Tod. Um erfolgreich zu werden, muss dort angesetzt werden, wo Menschen sich befinden, in der Familie, in der Kita oder in der Schule. Mehr Mühe ist erforderlich bei jenen, die am Rande der Gesellschaft leben und von Vorurteilen und Rassismus begleitet werden. Es ist doch selbstverständlich, dass einige, vor allem junge Menschen, sich dagegen wehren und über den Rahmen schlagen.

Es gibt andere Menschen, die aus den Kriegen kommen, mit vielen offenen Wunden, die Ungerechtigkeiten erlebt haben, die mit sich und mit der Gesellschaft nicht zurande kommen. Andere Menschen unter uns haben gerade Angehörige im Krieg, in Armut oder Not. Es ist schwer, Parallelwelten auszuhalten, dass es uns hier verhältnismäßig so gut geht und an anderen Orten wird gehungert. Es ist auch schwer für die Nichtbetroffenen, alles das zu bedenken. Gerade an dieser Stelle ist die kulturelle Brücke durch Selbstorganisationen besonders wichtig. Vorausgesetzt, sie wird nicht nur gewürdigt sondern auch finanziellen ausgestattet.

Gewalt ist auch ein Bestandteil der Mehrheitsgesellschaft. Die Nachrichten bestätigen das fast täglich. Wir sollten in der Zukunft über die Gewalt in unserer Gesellschaft sprechen, gleich welcher Herkunft sie ist. Denn vieles hängt voneinander ab. Veränderungen können erst entstehen, wenn persönliche und gesellschaftliche Ursachen verstanden werden, wenn sie ein fester Bestandteil unserer Alltagskultur werden. Daraus können Modelle zu Überwindung des gewalttätigen Verhaltens entwickelt werden, im persönlichen, familiären oder gesellschaftlichen, globalen Umfeld.

Eren Ünsal

Vielen Dank Frau Schedlich. Frau Liebich hatte sich noch gemeldet. Danach möchte ich dann für Sie die Diskussion eröffnen. Sie können dann auch Ihre Fragen stellen. Ich sehe gerade auch Herr Altun möchte noch etwas sagen. Frau Liebich, Herr Altun, ich möchte ihnen eine Frage mit auf den Weg geben. Was ist jetzt prioritär zu tun? Ich habe von Einigen gehört, es herrsche relativer Konsens, die Empfehlungen sind gut, wir wollen diese Empfehlungen umsetzen, d.h., es gibt – soweit ich das hören konnte – eine Absichtserklärung auch seitens der Migrantenorganisationen. Aber wie geht's denn jetzt eigentlich weiter?

Kerstin Liebich

Ich möchte noch einmal auf einen Punkt noch mal einzugehen, den ich vorhin vergessen hatte, an dem ich nicht ganz mit den Empfehlungen einverstanden bin.

Es sind Aussagen getroffen worden zum Thema öffentlich geförderte Beschäftigungen, die finde ich für diesen Zweck sehr sinnvoll. Und deswegen haben wir für das entsprechende Berliner Vorhaben auch ein politisches Handlungsfeld von vieren explizit für das Thema Integration vorgesehen. Wir wollen, dass der öffentlich geförderte Beschäftigungssektor auch dort seine Wirkung entfaltet und ich glaube schon, dass das ein wichtiger Punkt sein kann, um die Arbeit gerade in kleinen Vereinen auch verlässlicher und längerfristiger abzusichern. In den Empfehlungen wird davon gesprochen, dass auch Jugendliche die Möglichkeit haben sollen, in diesem öffentlich geförderten Beschäftigungssektor eine Arbeit zu bekommen. Da bin ich ein bisschen anderer Auffassung. Ich glaube, dass wir vorrangig, und da komme ich dann sozusagen auch zu ihrem nächsten Punkt, dass wir vorrangig gucken müssen, dass wir wirklich alles tun, damit Jugendliche erstmal eine Ausbildung bekommen. Wir müssen also alles daran setzen, eben wirklich in der Schule anzufangen, aber dann auch den Übergang von Schule zu Beruf zu gestalten. Wenn Jugendliche nicht in der Lage sind, eine Ausbildung anzutreten, aus den unterschiedlichsten Gründen, dann müssen wir genau da ansetzen. Gucken, was sind das für Gründe und die müssen wir versuchen zu beseitigen. Dabei muss es das erste Ziel sein, diesen Weg zu schaffen, bevor wir darüber nachdenken, dass jemand sozusagen längerfristig in einem Bereich, ich sage mal im dritten Sektor eines sozialen Arbeitsmarktes wie auch immer tätig sein wird. Damit will ich nicht sagen, dass der nicht genauso wichtig ist, ich glaube, das hat sich inzwischen herumgesprochen, auch dass zumindest mein Haus sich dafür sehr einsetzt. Aber ich glaube, dass für Jugendliche erstmal wirklich andere Perspektiven aufgemacht werden müssen. Also z.B. der Bezug zu Sportvereinen usw., der ist eben einfach da und da gibt es, glaube ich, eine Reihe von Möglichkeiten und auch schon eine Reihe von guten Ansätzen, die über Aktionsprogramme finanziert wurden und wo wir vielleicht die Möglichkeit haben, das auch länger zu fördern. Aus meiner Sicht gibt uns das Integrationskonzept – zumindest für meinen Bereich – natürlich unsere Prioritäten vor. Es wäre auch merkwürdig, wenn ich jetzt hier etwas Anderes vertreten würde. Und die meisten Forderungen oder die meisten Maßnahmen finden sich ja hier auch in den Empfehlungen wieder. Das ist nicht weiter verwunderlich und insofern werden wir anfangen. Wir haben jetzt zum 1. September den Start des neuen Ausbildungsjahres. Wir werden uns dann damit auseinandersetzen müssen, wie viel Jugendlichen ist es nicht gelungen, einen Ausbildungsplatz zu finden und uns darum kümmern, wie wir es schaffen, dass sie eben entweder noch einen finden oder, wenn sie keinen gefunden haben, die Gründe dafür zu analysieren, warum sie keinen gefunden haben. Und da werden wir auch ansetzen. Da ist unser, ich hab es vorhin gesagt, Programm „Ausbildung in Sicht“ ein wesentlicher Punkt. Wir haben auch vor – es handelt sich ja auch um ein Programm, das sehr praxis- und sprachorientiert ist, wo es auch noch mal darum geht, Jugendliche zu motivieren, soziale Probleme anzupacken und zu klären –, da auch eine Perspektive aufzubauen. D.h., wir wollen versuchen, das Programm zu verknüpfen mit dem nächsten Schritt, nämlich z.B. mit dem Bund-Länder-Sonderprogramm. Wenn Jugendliche es schaffen, dieses halbe Jahr zu absolvieren, dann können sie den nächsten Schritt in die Ausbildung machen über das Bund-Länder-Sonderprogramm, Wir müssen sie motivieren, durchzuhalten und an einem solchen Programm teilzunehmen und dabeizubleiben. Dies ist wichtig, weil sie ja ganz oft schon unterschiedliche Programme oder Maßnahmen besucht haben und die Nase einfach voll haben und nicht mehr wollen. Insofern eine Perspektive aufzumachen, das ist uns sehr wichtig. Und wir werden neben der allgemeinen Debatte, wo es eigentlich in Berlin in der Arbeitsmarktpolitik hingehen soll, natürlich die Debatte führen – das ist für mich auch ein wichtiger Baustein, gerade jetzt auch in Vorbereitung auf die Haushaltsberatungen, die anstehen – was passiert mit den ESF-Mitteln. Herr Piening ist mir da immer ein wichtiger Mitstreiter, der sich da für die Jugendlichen sehr einsetzt und insofern sind wir da, glaube ich, auf einem ganz guten Weg auch mit Blick auf die Umsetzung des Integrationskonzeptes.

Eren Ünsal

Vielen Dank Frau Liebich. Herr Altun bitte.

Celal Altun

Nun, die Kommission hat hier eine gute Empfehlung abgegeben. Auf die Einzelheiten einzugehen, ist eigentlich nicht das Richtige. Die Frage ist, wie weit werden die Empfehlungen ressortübergreifend realisiert. Das ist erstmal die Frage von unserer Sicht aus. Und wenn sie nicht realisiert werden, dann sind natürlich diese Empfehlungen fragwürdig. Das zweite ist, dass ich nicht glaube, dass die Migrantenorganisationen nicht an der Beseitigung von Problemen oder an ihrer Lösung teilnehmen, ganz im Gegenteil. Die Migrantenorganisationen müssen sogar mehr als irgendeine andere hiesige Organisation die Probleme im Wege ehrenamtlicher Arbeit lösen. Es gibt nur wenige Organisationen unter den Migranten, die so etwas halbprofessionell oder professionell angehen oder angehen können. Und wenn irgendwelche Organisation von uns einen Antrag stellt auf ein Projekt oder auf ein Konzept, dann wird sofort auf unsere ehrenamtliche Arbeit hingewiesen, gefragt, ob wir das nicht ehrenamtlich lösen können. Leider kann man das nicht und das wird man auch nicht machen können. Nun ist es uns klar, dass die Mittel in Berlin und auch in der Bundesrepublik natürlich relativ wenig sind, aber auf der anderen Seite wollen wir diese Probleme lösen, wollen wir die Probleme vor allem mit der Gewalt lösen. Aber dann muss man auch mehr Einsatz zeigen. Und solche Fragen wie Gewalt, die können wir nicht einfach mit ehrenamtlicher Arbeit lösen, da brauchen wir professionelle Leute, da kann ich nicht einfach irgendeinen aus meinem Vorstand oder ein Mitglied aus meinem Verein auf die Straße schicken und sagen okay, lösen wir das Problem. Das ist ja sogar für Professionelle eine schwierige Angelegenheit, die Menschen, die mit Gewalt zu tun haben, auf der Straße anzusprechen und sich mit denen auseinanderzusetzen. Und aus diesem Grunde ist hier wirklich die professionelle Unterstützung bzw. die Unterstützung der professionellen Arbeit der Migrantenorganisationen gefragt. Und wenn diese Unterstützung sich in der Zukunft entwickeln würde, dann bin ich der Meinung, dass die Vereine auch viel intensiver sich in diese Richtung bewegen können. Es ist keine einfache Arbeit und aus diesem Grunde wird sich auch keine Migrantenorganisation so selbstverständlich dieser Problematik annehmen. Zur Frage der Gewalt möchte ich folgendes erklären und erzählen: Vor zwanzig Jahren konnte ich noch irgendeinem Jugendlichen auf der Straße sagen, „hör mal, das darfst du nicht machen, das kannst du nicht machen.“ Der hätte mir auch zugehört. Aber heutzutage bei den Entwicklungen, die wir jetzt haben, ist das schon schwierig, da werden wir selbst als Migranten, Menschen mit migrantischem Hintergrund, angepöbelt und das ist nicht einfach. Es reicht nicht aus, Jugendliche einfach anzusprechen, da müssen Profis ran. Ich glaube, die Empfehlungen sind gut. Ich stelle mir nur die Frage – da wir ja hier auch Vertreter von den einzelnen Ressorts haben – inwieweit sie ressortübergreifend diese Problematik mit uns gemeinsam lösen, denn das ist ja das Wichtigste, was dieses Papier ausmacht. Dieses Papier wurde ja mit uns gemeinsam ausgearbeitet. Wie werden also die ressortübergreifenden Probleme oder auch Probleme in den einzelnen Ressorts mit uns gemeinsam gelöst und wo werden wir bei der Lösung ansetzen. Und beim Einsatz von Kräften und Mitteln, wie werden wir dort mitberücksichtigt. Denn das A und O der Lösung dieser Probleme liegt ja darin, dass unsere Partizipationsmöglichkeiten relativ gering ist. Uns wird nur zugehört, wir werden aber nicht mit einbezogen. Das ist größtenteils so. Lassen sie uns mal, diese paar Leute, die wir hier am Podium sitzen oder ein paar von ihnen, lassen wir uns doch mal beiseite. Wo ist die Partizipation generell? Die ist nicht gegeben. Da ist die Schwierigkeit. Ich sehe z.B. ein Problem, von dem ich immer wieder in den letzten Jahren innerhalb der Gemeinde höre. Wir werden ja nur dann gefragt, wenn die Senatsverwaltung für Inneres ihre Probleme hat. Ansonsten, wo werden wir denn so richtig angefragt? Das ist eben die Frage. Wir werden nur für Sicherheitsfragen angefragt, ansonsten ist die Community nicht da. Bei Bildungsfragen, bei anderen sozialen Konflikten werden wir nicht richtig einbezogen. Hauptsächlich eben nur dann, wenn es darum geht, Sicherheitsfragen zu lösen. Ich möchte hier hauptsächlich noch mal auf diesen einen Punkt hinweisen. Es ist wichtig, wie weit wir partizipieren können, wie weit wir als Organisationen wirklich ernst genommen werden und mit einbezogen werden und auch unterstützt werden. Und wenn das der Fall ist, dann gehen wir davon aus – wenn die einzelnen Teile dieses Papiers, das unter der Leitung von Herrn Voß erarbeitet wurde, wenn sie wirklich realisiert werden – dass wir dann auch sehr viele, sehr große Schritte in Richtung Bekämpfung der Gewalt unter den Migrantenjugendlichen gehen werden.

Ich glaube nicht, dass wir hier nur Etwas ausgearbeitet haben oder dass Etwas ausgearbeitet worden ist, damit wir uns irgendwo wieder in der Öffentlichkeit präsentieren können und mal darüber sprechen und es nach einer gewissen Zeit eben wieder in den Schubladen verschwindet, weil es nicht realisiert wird.

Eren Ünsal

Vielen Dank. Ich höre raus, dass es wichtig für die Migrantenorganisationen ist, dass das hier jetzt nicht einfach nur auf dem Papier stehen bleibt, sondern in der Realität auch umgesetzt wird. Und wenn man sich wirklich den Bericht anschaut, dann sehen wir schon, dass zumindest auf dem Papier die Absicht da ist, das zu ändern, was sie kritisch anmerken, nämlich die Migrantenorganisationen stärker einzubeziehen auf allen Ebenen. Das ist als Empfehlung zumindest auf dem Papier festgehalten. Wie sich das in der Realität dann zeigen wird, das werden wir sehen bzw. wir alle werden dafür verantwortlich sein. Ich will jetzt auch ihnen, meine Damen und Herren, Gelegenheit geben Ihre Fragen zu stellen und Anmerkungen zu machen. Wir haben nicht mehr allzu viel Zeit, weil ich hoffnungslos überzogen habe, aber, was ich versprochen habe, möchte ich halten. Wir können höchstens zwei Fragerunden machen und deswegen bündeln wir das ein wenig. Zu allererst habe ich Sie gesehen. Nett wäre es, wenn Sie einfach schon zu den Mikrofonen hingehen und sich da schon mal hinstellen. Es gibt viele Wortmeldungen. Es wäre auch nett, wenn sie einfach ganz kurz Ihren Namen sagen und uns mitteilen, aus welcher Institution Sie kommen. Bitteschön.

Publikum

Ich gehöre zu einer evangelischen freikirchlichen Gemeinde. Wir sind 250 Mitglieder und haben vier soziale Projekte, die wir alleine finanzieren. Ich frage mich, warum das nicht den Migrantengruppen auch möglich ist, Geld zusammenzulegen und für andere oder für sich selber tätig zu werden. Wenn Sie in einer Gemeinde sind, in einer türkischen Gemeinde, dann kommen doch Menschen dahin, mit denen kann man doch sprechen über Gewalt und über das Männerbild.

Publikum

Wir arbeiten seit sechs Jahren in den Berliner Schulen mit ehrenamtlichen Senioren auf dem Sektor der Gewaltprävention und es ist ganz richtig, was Herr Altun gesagt hat, ohne finanzielle Unterstützung, ohne das fachliche Know-how kann man Gewaltprävention und Konfliktmanagement mit Jugendlichen in der Schule oder auch auf der Straße nicht bewerkstelligen. Wir haben erste Senioren bei uns mit Migrationshintergrund und wir sind daran interessiert, auch noch mit mehr Menschen aus diesem Bereich zusammenzuarbeiten. Denn wir sind überwiegend in Schulen mit hohem Anteil von Schülern mit Migrationshintergrund. Ich nehme aber hier jetzt die Gelegenheit wahr, das einmal so auszusprechen und eine Zusammenarbeit anzubieten.

Publikum

Was die Vermittlung von interkultureller Kompetenz anbelangt, ist die Polizei sehr fortschrittlich. Seit mehreren Jahrzehnten machen wir so Etwas und ich begrüße ausdrücklich, dass sich die unterschiedlichen Gemeinden immer wieder zur Verfügung stellen, um in die Aus- und Fortbildung zu uns zu kommen, Moscheenbesuche oder auch Besuche in Synagogen zu ermöglichen und dort mit Betroffenen ins Gespräch zu kommen. Was ich mir als Ausfluss auch von diesem Bericht als Initialzündung wünschen würde, ist die Problematik runter zu tragen an die Basis. Denn Integration oder Kampf gegen Kriminalität funktioniert nur, wenn die Menschen an der Basis zusammenarbeiten und die muss man zusammenbringen.

Da muss man ein bisschen verrückt sein, um initiativ zu werden, so wie zum Beispiel vor vielen Jahrzehnten die Polizei in Zusammenarbeit mit Sozialarbeitern das Kick-Projekt, Fußball-Sportprojekt gegen Gewalt und Kriminalität, initiiert hat. Da muss man ein bisschen verrückt sein, aber die Menschen müssen zusammen kommen, man muss sich kennen, man muss wechselseitig die Arbeit voneinander kennen lernen und dann auch Vertrauen zueinander finden und dann funktioniert es. Und dann braucht man auch gar nicht viel Geld, da muss man nur den Willen haben zusammenzuarbeiten, jeder in seiner Rolle, aber die Schnittpunkte miteinander verbinden, danke.

Publikum

Meine erste Frage hätte ich wahrscheinlich besser heute Morgen gestellt, ich stelle sie jetzt trotzdem noch. Der Bericht geht aus von Zahlen für Deutsche und Nichtdeutsche. Bei den Leuten ohne deutschen Pass sind diese drastischen Zahlen, die wir heute Morgen gesehen haben, auffällig. Inwiefern sind Sie der Meinung, dass sich diese Zahl auf Menschen mit Migrationshintergrund allgemein übertragen lässt. Ist das nicht eine sehr spezielle Gruppe, die Menschen, die keinen deutschen Pass haben, die deshalb nicht in diesem Land wählen dürfen, denen auch andere Partizipativrechte nicht zugebilligt werden. Können wir das überhaupt so übertragen, wie das jetzt hier im Moment gemacht wird? Das war mein erster Punkt. Jetzt zu einer Frage, die daran anschließt. Ein bisschen vermisst habe ich das Thema Chancengleichheit, wenn wir über Integration sprechen und so etwas wie institutionelle Diskriminierung. Vielleicht können sie dazu noch ein bisschen was sagen. Und der dritte Punkt, nur ganz kurz, schließt an das an, was Frau Schedlich gesagt hat. Das Thema Trauma kommt in dem Bericht vor, allerdings hab ich es ein bisschen in den Empfehlungen vermisst. Es wurde heute Morgen gesagt, dass die Gruppe, für die es klare Zahlen gibt, dass dort eine Auffälligkeit besteht. Es handelt sich um Jugendliche, die ein Kriegstraumahintergrund haben oder aus politischer Verfolgung kommen. Das ist eine klare Empfehlung für bessere Traumabetreuung. Wenn jemand nach Deutschland kommt, dann wird er ins Krankenhaus eingeliefert, wenn jemand nach Deutschland kommt und seelische Verletzungen hat, muss der oft Monate oder Jahre warten, bis das er eine Betreuung kriegt.

Eren Ünsal

Ich würde einfach mit Blick auf die Zeit alle, die da noch stehen, gerne hören und dann hoffe ich, dass wir alles gut mitnotieren, damit keine Frage offen bleibt, bitteschön.

Publikum

Ich unterrichte an einer Gesamtschule im Südwesten von Berlin. Vielleicht erst mal ein Wunsch an die Organisatoren. Bitte Behandeln Sie so ein wichtiges Thema nicht am ersten Schultag. Das hindert viele Lehrer zu kommen oder sie müssen, wie ich, später kommen. Der Fortschritt ist eine Schnecke, wie wir wissen. In den 50er Jahren hat Deutschland Gastarbeiter gewollt. Sie wollten Arbeitskräfte, es kamen aber Menschen. Damit hatten wir Probleme und bis vor zehn Jahren, Helmut Kohl war da noch Regierungschef, haben wir uns geweigert, offiziell zumindest die politischen Kreise, uns als Einwanderungsland zu begreifen. Wir haben immer gesagt, dass kann nicht sein, die wandern nicht ein. Das ist natürlich nicht wahr, und jetzt endlich hat Deutschland begriffen, hat ein bisschen gedauert, dass wir ein Einwanderungsland sind. Uns ist es nicht gelungen z.B., dass die Brüder Altintop, dass Sahin, dass Bastürk für Deutschland spielen in der Nationalmannschaft, die spielen für die Türkei. Stellen sie sich vor, dass Zinedin Zidane für Algerien spielen würde, er hat für Frankreich gespielt, er wurde integriert, zumindest hat es funktioniert. Da hat Deutschland sicher noch Nachholbedarf. Was die andere Seite betrifft, ich würde mir wünschen, dass auch von den Verbänden, ich nehme jetzt ausdrücklich Vertreter, wie Herrn Kolat und andere, die ich kenne, aus, dass da deutliche Zeichen kommen, z.B., wenn Frau Ates bedroht wird, wenn die Grüne Bundestagsabgeordnete bedroht wird, wenn sie sagt, türkische Frauen legt euer Kopftuch ab.

Ich wünsche mir, dass da sehr schnell eine Reaktion kommt und nicht erst nach Tagen, dass deutlich wird, dass Gewalt kein Mittel zur Lösung von Problemen ist. Wir haben die Probleme, dass viele Menschen, die dachten, sie sind hier nur phasenweise, geblieben sind, dass das erste Altersheim für türkische Mitbewohner jetzt in Kreuzberg eröffnet wird, und es ist generell ein Problem ist, wenn Studien, andere Studien, die überhaupt noch nicht zitiert wurden, feststellen, dass 90 % der 15- und 16jährigen Migrantenjugendlichen mit arabisch-türkischem Hintergrund sagen, meine Heimat ist nicht hier, sondern woanders. Die leben aber hier und ich denke, wir müssen sagen, wir als Gesellschaft, die wir hier sind, aber auch die anderen, das ist eine Illusion, in der Du lebst, das sind die Medien, die Du liest, vielleicht zuviel, Du bist hier, wo du lebst. Letzter Punkt, da bin ich mit Herrn Lieber ganz einer Meinung. Wir müssen mehr Geld in Bildung stecken. Es ist ein Skandal, dass 10 % der Kinder in Deutschland ohne Abschluss die Schule verlassen, in Finnland – pisaführend – 1 %, in Deutschland 10 %. Wenn man die Zahlen differenziert: 20 % sind Migrantenkinder und, jetzt kommt das Problem Gewalt, 30 % der männlichen Migranten haben keinen Schulabschluss. Und ich denke, wenn wir da etwas tun wollen, müssen wir mehr Geld in Bildung stecken, mehr Geld vom Bruttoinlandsprodukt ausgeben. Leider sind die falschen Vertreter auf dem Podium. Es fehlt der Herr, der nachher vielleicht kommt, von der Bildungsverwaltung. Wir müssten da mehr tun, und Klassenstärken von 35 sind keine Lösung, die erhöhen die Gewalt. Wir müssten kleinere Klassen haben.

Publikum

Ich arbeite seit 2000 im Wedding, früher mit erheblich delinquenten Kindern und jetzt in der Schulsozialarbeit. Mir ist ein Satz aufgefallen, Herr Altun. Sie sagten, vor zwanzig Jahren konnten Sie die Jugendlichen auf der Straße ansprechen, heute nicht mehr. Ich bitte Sie, das heute auch noch zu tun. Ich finde das ehrlich gesagt gefährlich, Angst vor Jugendlichen zu haben und das ist das, was ich ganz häufig erlebe. Lehrer gibt es, es gibt andere ganz normale Bürger im mittleren Alter die sagen, nein, ich wechsele lieber die Straßenseite. Nein, wir müssen da rein gehen, wir dürfen die Jugendlichen nicht in der Anonymität lassen. Zivilcourage ist genau das, was heute gefordert ist. Und das ist das, was ich vom Wedding auch kenne. Wenn ich mit Jugendlichen auf der Straße bin, dann kommt der Besitzer aus dem Dönerladen raus und sagt, brauchen sie Hilfe. Super, und so muss es weitergehen und so erlebe ich es. Und ich gehe auch zu den Jugendlichen hin und sage, hey, spuck hier nicht so rum. Man muss wissen wie, aber es kann gelingen und es gelingt auch. Und ich finde es ganz wichtig, Zivilcourage zu zeigen und die Jugendlichen zu sehen und zu erkennen. Das liegt mir ganz ernsthaft im Herzen.

Publikum

Ich habe hier einen sehr schönen Satz gehört, und zwar hieß es da, Integration heißt aufeinander zugehen und nicht hintereinander laufen. Viele der Gymnasiasten sind Iraner und das ist auch nicht umsonst so. Ihre Eltern, ob die nach der iranischen Revolution hier hergekommen sind oder schon hier gelebt haben, da haben Bildung ab Abitur aufwärts. Aber wenn wir uns dann die letzten Jahre angucken, sehen wir, dass kein iranischer Verein finanziell unterstützt wird, weil es heißt, Ihr seid doch integriert. Viele Iraner, die hier studiert haben, sagen, die Ausländer, die hier leben, die Migranten, müssen doch eine höhere Ausbildung bekommen. Aber Iraner, die ein Studium absolviert haben, sind in großen Städten, ich weiß von Hamburg, Frankfurt, Berlin und München Taxifahrer mit Ingenieurstudium oder Dokortitel. Das kann doch nicht sein, dass wir dann uns um andere Gruppen kümmern und Iraner verkommen lassen. Wie ich gehört habe, haben viele jugendliche Iraner Identitätsprobleme im Laufe der Zeit bekommen und die Selbstmordrate ist bei denen gestiegen. Ich denke, da muss man auch dann die iranische Gruppe nicht vergessen. Also ich lerne viel von der Natur. Wenn ich ein Obst fast verkommen lasse und ins Obstabteil dann reinlege, dann sind im Laufe der Zeit auch die restlichen, die auch im Obstabteil sind, verfallen. D.h., das betrifft die ganze Gesellschaft und nicht nur die Immigranten. Ich habe sechseinhalb Jahre im Bereich ESF gearbeitet in ihrem Haus und ich muss mal auch sagen, die meisten Projektträger, die Integrationsprojekte bekommen haben, gehörten nicht zu Integrationsvereinen und haben keinen Immigrationshintergrund gehabt.

Das müssen wir von anderen Ländern auch lernen und im Bereich Politik und Bildung die Türen für Immigranten öffnen. Ich arbeite einmal in der Woche ehrenamtlich in einem Verein und dann sehe ich schon wie wichtig das ist, dass die Kinder mich mit Immigrationshintergrund sehen, wie sie sich dann öffnen. Es ist wichtig, dass Lehrer mit Migrationshintergrund eingestellt werden oder Politiker einen Migrationshintergrund haben, sonst haben wir alle keine Zukunft. Die Kinder sind nicht Zukunft, sondern Gegenwart. Das müssen wir uns merken.

Eren Ünsal

Vielen Dank. So dann der letzte Beitrag bitte.

Publikum

Ich bin ein Migrant, ich habe zwei Kinder. Wir gehören zusammen in dieser Gesellschaft. Wir sind einer von dieser Gesellschaft, das müssen wir als Eltern unseren Kindern sagen und ihnen gegenüber betonen. Ich bin Buddhist, meine Frau ist Katholikin. Wir sagen unseren Kindern, geh mal zum evangelischen Schulunterricht. Lerne mal, was euch passt. Die sind jetzt weder Buddhisten noch Katholiken die sind über zwanzig Jahre alt. So habe ich betont, bevor ich jetzt zwei Fragen stelle, hab ich betont meine Kinder. In allen Gesellschaften der ganzen Welt gilt: Geben und Nehmen, Pflicht und Recht. Ihr habt eine Grundausbildung, ihr habt kostenlose Bildung, dann müsst ihr auch die Pflichten ernst nehmen. Deswegen ist sehr wichtig, dass nicht nur Schule oder Migrationsorganisationen aufklären, sondern die Eltern selbst müssen aufklären. Deswegen ist meine Frage, wie ist das in der Schule, wie wird dieser Aufklärungsprozess unabhängig davon, welche Hautfarbe jemand hat, welche Religionszugehörigkeit, wie ist diese Aufklärung verbreitet in der normalen Grundschule oder Oberschule oder Realschule? Und meine zweite Frage ist, Sie haben in verschiedenen Vorträgen von Deutschen und Nichtdeutschen gesprochen. Unglücklicherweise kann man das verstehen als eine Art Wahl. Nach meiner Meinung können sie vielleicht versuchen, nach Bildung oder nach Religionszugehörigkeit zu unterscheiden, anstatt nach Deutschen und Nichtdeutschen.

Eren Ünsal

Dankeschön. So, ich will jetzt für eine kurze schnelle Runde das Wort an mein Podium geben. Es gibt eine ganze Reihe interessanter Fragen, die gestellt wurden. Der Begriff oder der Aspekt der institutionellen Diskriminierung zum Beispiel oder auch die Frage, warum es die Türkische Gemeinde nicht schafft, sammeln zu gehen für Projekte. Darauf werden wir auch noch zu sprechen kommen. Ich gebe das Wort an meine Runde zurück, zuerst an Herrn Lieber, der schon lange was sagen wollte. Bitteschön.

Hasso Lieber

Ich will nur eine Frage bezüglich der Zahlen beantworten und zwar zum Unterschied zwischen den Tätern mit Migrationshintergrund und den Tätern, die als Ausländer zu bezeichnen sind. Sie haben ja die Zahlen wahrscheinlich heute Morgen schon gehört. Bei den Intensivtätern – das sind ja die, über die wir vorrangig als Gewalttäter hier reden, die Auslöser auch für den Bericht gewesen sind – haben wir eben zwei große Gruppen, an denen ich deutlich machen will, wie die Gewichtung ist. Von den Intensivtätern sind 45% der Täter arabischer und 34% türkischer Herkunft. Wenn man jetzt die mit Migrationshintergrund, die als Ausländer zu uns gekommen sind – und die, die inzwischen den deutschen Pass haben, betrachtet, stellt man fest, dass von den arabischstämmigen inzwischen 45% einen deutschen Pass haben und 31% der türkischstämmigen Täter haben zumindest als zweite Staatsangehörigkeit die deutsche Nationalität erworben. Die letzte Bemerkung, die ich machen möchte, bezieht sich auf die berechnete Forderung, dass wir uns als Einheit verstehen müssen. Als Justizvertreter muss ich natürlich eine Forderung auf jeden Fall stellen, nämlich dass alle diejenigen, die sich in diese Gesellschaft integrieren wollen, ein paar grundlegende Dinge mitbringen müssen.

Das ist die Achtung vor der Würde und der persönlichen Integrität anderer Menschen. Das ist die Tatsache, dass sich alle an die hier geltenden Gesetze zu halten haben. Das ist die Anerkennung, dass Frauen und Männer die gleichen Rechte haben und von daher weder häusliche noch sexuelle Gewalt in irgendeiner Weise toleriert werden kann, dass der Staat das ausschließliche Gewaltmonopol hat und dass Selbstjustiz unter keinen Aspekten toleriert werden kann. So viel zu dem, was uns heute hier zusammengebracht hat. Von daher ist Gewalt zu bekämpfen, nicht nur, weil sie demjenigen wehtut, der von ihr betroffen ist, sondern weil solch ein Verhalten das Zusammenleben in dieser Gesellschaft insgesamt gefährdet.

Eren Ünsal

Herr Altun, warum sammeln sie nicht in ihrer Gemeinde Spenden um Integrationsprojekte zu finanzieren?

Celal Altun

Ich will erstmal folgendes sagen. Wir haben nicht gesagt, dass wir nicht auf die Straßen gehen. Wir haben nur nicht mehr denselben Zugang wie vor zwanzig Jahren, da hat sich einiges geändert, das ist das Problem. Das müssen wir klar und deutlich sagen. Ob wir auf der Straße sind oder nicht, der Zugang ist nicht mehr so, wie er vor zwanzig Jahren war. Deswegen ist hier ja auch professionelle Abhilfe gefragt. Zu den Mitteln: Es ist erstaunlich, dass ich oder dass wir hierzu von jemandem gefragt werden, der aus krichlichen Zusammenhängen kommt. Ich glaube, die meisten Mittel in Deutschland sind bei den Kirchen. Wir als Organisation sind hier erst seit zehn oder zwanzig Jahren richtig organisiert oder versuchen uns zu organisieren. Wir versuchen, eigene Mittel zu bekommen und eigene Strukturen zu entwickeln. Es ist jedoch schwierig, für jedes Problem finanzielle Mittel zu finden. Sie müssen davon ausgehen, dass in Berlin 200.000 türkischstämmige Personen leben und bei den 200.000 ist es natürlich nicht einfach, alles selbst zu finanzieren. Es wird aber finanziert. Es sind zig Sportvereine, die organisiert werden, zig kulturelle Vereine, zig soziale Vereine, die sich auch selbst finanzieren, aber irgendwo bei 200.000 Menschen hört der Spaß auf. Wir hätten natürlich gerne die Möglichkeiten der Diakonie und Caritas gehabt, damit hätten wir natürlich ganz andere Möglichkeiten und Grundlagen, unsere Arbeit zu finanzieren. Deswegen sehe ich es nicht als sehr berechtigt an, dass wir hier so angesprochen werden, dass wir für die Finanzierung von Projekten aus eigenen Mitteln uns nicht genügend bereitstellen. Das ist etwas, was ich vehement bestreiten würde. Dazu ist das Problemfeld, das wir in Berlin haben, zu groß. Es werden Projekte über unsere Vereine und Einrichtungen finanziert, auch selbst finanziert, nur bei längerfristig angelegten Projekten ist es schwierig, aus eigenen Mitteln kurzfristig irgendwelche Finanzierungsmöglichkeiten zu finden. Das muss man von diesem Standpunkt aus sehen. Auf der anderen Seite, und das hatte ich vorhin noch vergessen, sind leider in den letzten Jahren viele Konzepte, viele Projekte nur kurzfristig unterstützt worden. In sechs Monaten oder in einem Jahr kann man keine beobachtbaren Ziele erreichen und das ist das Problem, das wir in den letzten Jahren haben. Generell, auch bei der Bekämpfung gegen Gewalt, sind diese Projekte sehr kurzfristig. Ich glaube, ich hab die beiden Fragen ausreichend beantwortet. Und noch mal, was wir uns als Türkische Gemeinde zu Berlin von der Senatsverwaltung oder auch von anderen Einrichtungen wünschen, ist, dass man endlich aufhört, kurzfristige Projekte zu fördern, sondern längerfristig denkt. Denn die Nachhaltigkeit der Projekte ist dadurch gefährdet. Vor allem wenn man sich die Quartiersmanagements anschaut, sieht man, dass da Millionen in den Sand gesetzt werden – zumindest aus unserer Sicht, weil die Projekte zu kurzfristig angelegt sind. In sechs Monaten soll man nachhaltige Projekte entwickeln, das geht nicht, nach sechs Monaten ist die Zeit vorbei. Danke.

Eren Ünsal

Dankeschön. Die Frage zum Thema strukturelle bzw. institutionelle Diskriminierung würde ich gerne zurückstellen für die nächste Podiumsrunde. Für den Bereich Bildung.

Der Bericht bzw. die Empfehlung geben auch dazu interessante Hinweise, die wir dann aufgreifen werden. Ich schaue noch mal in mein Podium, ob jemand noch zu einzelnen Fragen sprechen möchte. Ja, bitteschön, Herr Marhofer.

Peter Marhofer

Ich möchte zu zwei Punkten noch etwas sagen. Einmal zu dem Thema Statistik, was ja hier angesprochen worden ist. Inwieweit haben wir eigentlich aussagekräftige Zahlen über Deutsche mit Migrantenhintergrund, die auch interpretationsfähig sind. Die polizeiliche Kriminalstatistik weist diese Personen nicht gesondert aus. Wir haben also nur die Unterscheidung zwischen deutschen und nichtdeutschen Tatverdächtigen und wir sind der Auffassung, dass man insoweit also mit Interpretationen und Übertragung etwa von Interpretationen sehr vorsichtig sein sollte. Es gibt im Moment vonseiten der Senatsverwaltung für Inneres, aus der Abteilung III ist mir das heute auch noch mal bestätigt worden, in Verbindung mit den anderen Bundesländern sowie mit dem Bundesministerium für Inneres, Initiativen, die darauf gerichtet sind, zunächst einmal abzuklären, ob und welche differenzierten Zahlen in den einzelnen Ländern erhoben werden, um dann möglichst zu einer bundesweit einheitlichen Linie zu kommen und ggf. die polizeiliche Kriminalstatistik auch insoweit zu ergänzen, weil Interpretationen ansonsten bei allen Problemen, die man ohnehin beim Aussagewert von Statistiken hat, eigentlich nicht solide und solide Schlussfolgerungen eigentlich nicht möglich sind. Es wird also hier demnächst auch Ergebnisse geben, die dann vielleicht zu aussagekräftigen Zahlen führen würden. Das zweite, was ich sagen möchte betrifft die Kollegin von der Kriminalpolizei, die sich zu dem Thema interkulturelle Kompetenz geäußert hat und bestätigt hat, dass in diesem Bereich schon eine Menge von der Polizei gemacht wird. Es ist völlig richtig, dass es überhaupt nicht ausreicht, sich um dieses Thema im Bereich Ausbildung und Fortbildung zu kümmern, sondern dass das Entscheidende ist, inwieweit das dann letztendlich in die Arbeit an der Basis einfließt, denn nur dann macht das Ganze Sinn. Es ist sicherlich auch sinnvoll, etwa im Bereich der Strafverfolgung, wenn sie etwa an die polizeiliche Beschuldigtenvernehmung denken, auf der Grundlage solcher Fortbildung und Ausbildung eine Vernehmung zu gestalten. Aber was eben wesentlich ist, ist natürlich die Arbeit vor Ort in den Bezirken, in den Problemgebieten. Und insoweit vielleicht auch noch mal der Hinweis, dass bisher sechzig Kooperationsvereinbarungen zwischen Polizei und Schule geschlossen worden sind. Das, denke ich, sind sehr wichtige Schritte, die da unternommen wurden und die natürlich einer Fortsetzung bedürfen.

Eren Ünsal

Ganz zum Schluss ist Herr Kolat noch einmal dran mit einem ganz kurzen Redebeitrag.

Kenan Kolat

Ich denke, es ist auch wichtig, dass wir eine Anerkennungskultur bezüglich der ehrenamtlichen Arbeit schaffen und da gibt es ja jetzt neue Ansätze. Ich denke da sollten wir dran arbeiten. Wir waren mit Herrn Pienig in einer Arbeitsgruppe, in der wir darüber diskutiert haben, wie wir die ehrenamtliche Arbeit in den Migrantenvereinigungen etwas anders als in deutschen klassischen Organisationen gestalten können. Ich denke, das ist sehr wichtig und für mich ist es wichtig, dass wir für den Jugendlichen, die auf der Straße sind, etwas sagen. Natürlich, wir sollten wir es nicht so machen, dass die Türken für türkische Jugendliche, die Araber für arabische Jugendliche, die Deutschen für deutsche Jugendliche zuständig sind, sondern wir müssen alle für uns alle gemeinsam verantwortlich sein. Das ist die gelungene Integration.

Eren Ünsal

Ja, vielen Dank. So meine Damen und Herren, erst einmal muss ich mich entschuldigen, dass ich ein wenig überzogen habe. Aber ich kann ihnen versprechen, dass ich die Zeit in der zweiten Podiumsdiskussion wieder reinholen werde.

Ein paar Sätze, die mir im Kopf geblieben sind: Macht Knäste zu Kindergärten, ein ganz wichtiger Satz, den wir vielleicht auch in der nächsten Podiumsdiskussion aufgreifen. Ein weiterer Gedanke, dem ich große Bedeutung beimesse, ist der, Gewalt in jeder Form zu ächten und zwar durch alle Akteure. Und ich denke, was wir auf jeden Fall mitnehmen sollten, ist die Idee, vielleicht eine gemeinsame Kampagne zu machen. Vielleicht ist das etwas, wo wir weiter drüber nachdenken sollten. Ich hoffe, Sie bleiben für die nächste Podiumsdiskussion bei uns. Wieder wird es ein großes Podium sein, sieben Personen aus Politik und Migrant*innenorganisationen. Zehn Minuten Pause, und wir sehen uns gleich wieder. Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

Podiumsdiskussion – Bildung, Erziehung, Familie und Gender

Eren Ünsal

Meine Damen und Herren, Viele sind geblieben, um auch am letzten Teil dieser Fachtagung teilzunehmen. Ich freue mich sehr darüber, zumal wir den Tag über sehr viele Fragen gehört haben und Anknüpfungspunkte für unsere Diskussion bekommen haben, die sich auf den Bereich Bildung beziehen, dem wir uns unter anderem jetzt zuwenden wollen. Ganz häufig war zu hören, dass wir die Probleme wirklich nur dann angehen können, wenn wir ganz früh anfangen. Ich erinnere auch an den Satz von Frau Schedlich, dass wir im Grunde genommen gleich, wenn die Kinder geboren werden, anfangen müssen, damit sie auch wirklich in diese Gesellschaft aufgenommen werden. Wir müssen schauen, woran es ihnen mangelt, wo die Defizite sind, wo wir sie mit Integrationsmaßnahmen erreichen können, damit eben nicht dann später das ältere Kind oder der Jugendliche es als einzigen Ausweg für sich ansieht, Gewalt anzuwenden oder straffällig zu werden. Wie auch schon in der ersten Podiumsdiskussion haben wir uns Repräsentanten der Berliner Regierung, politische Entscheidungsträgerinnen und Entscheidungsträger eingeladen, aber auch Vertreterinnen und Vertreter von Migrantenorganisationen. Wir wollen also unterschiedliche Perspektiven zu diesem Thema hören. Ich darf herzlich mein Podium begrüßen und fange wieder rechts an, **Hasan Sezgin** ist heute hier für Riza Baran, der angekündigt war und leider sehr schwer krank ist und deshalb nicht kommen kann. Wir freuen uns sehr, dass Sie für die Kurdische Gemeinde in Berlin hier sind, Herr Sezgin, herzlich willkommen. Das Thema Frauen ist uns auch sehr wichtig, es kam heute auch schon häufig vor, zum Beispiel die Rolle der Mütter, die Rolle der Frau in dieser ganzen Problematik. Deswegen ist es sehr wichtig, dass sie hier sind, Frau **Nehring-Venus**, Staatssekretärin für Frauen. Ich denke, wir werden sehr viel auf ihr Thema zu sprechen kommen. Herzlich willkommen. **Safer Çınar** ist genauso wie viele Menschen mit Migrationshintergrund mit vielen Identitäten unterwegs, aber jetzt hier auf diesem Podium als Vorsitzender des Türkischen Elternvereins. Er ist jemand, der, glaube ich, auch zum Thema Elternarbeit, Eltern ansprechen, Eltern mit Migrationshintergrund einiges zu sagen hat, herzlich willkommen. Ein Mann, der nicht fehlen darf, in so einer Runde, die ich mir gar nicht ohne ihn als Ansprechpartner vorstellen kann, ist **Günter Piening**, der Migrations- und Integrationsbeauftragte Berlins. Schön, dass Sie hier sind. **Hüseyin Midik** – ich habe eine Weile gebraucht, um den Namen der Organisation, die er vertritt, auch wirklich sagen zu können, weil im Türkischen sagen wir einfach Ditib und im Deutschen Türkisch-islamische Union der Anstalt für Religion, Herr Midik ist Vorstandsmitglied von Ditib, herzlich willkommen. Ja, und dann wieder auch ein Bezug zu den Frauen, aber jetzt auch ein Bezug zu den Frauen der arabischen Community: Frau **Renée Abul-Ella**, die sehr lange schon sehr aktiv ist. Ich freue mich sehr, dass sie hier sind, auch in ihrer Funktion als Geschäftsführerin des Vereins Al - dar, herzlich willkommen. Und natürlich zentraler Ansprechpartner, wenn es um Bildung geht, überhaupt um Bildungsthemen geht, ist Herr **Ludger Pieper** als Repräsentant der Senatsverwaltung für Bildung, Wissenschaft und Forschung und ich denke, es wird sehr viele Punkte geben, wo wir Sie direkt Fragen werden, wie wir die Empfehlungen des Berichts umsetzen können, wie die Senatsverwaltung die Empfehlungen des Berichts sieht. Herzlich willkommen.

Da ich ja in der ersten Runde deutlich überzogen habe und jetzt sozusagen auch die Zeit, wie ich es versprochen habe, wieder einholen werde, werden wir eine schnelle Diskussion führen. Deswegen haben wir uns kurze knackige Redebeiträge vorgenommen, um auch aus dem Publikum viele Themen und Fragen aufgreifen zu können. Deswegen ein schneller Einstieg. Erstmal auch – wie in der vorigen Runde – wende ich mich an die Vertreterinnen und Vertreter der Migrantenorganisationen. Bildung ist natürlich ein zentrales Thema in dem Bericht und in den Empfehlungen. Es ist ein Bereich, der viel verhindern kann, ja, der wirklich auch viel Gewaltentstehung und dann Delinquenz verhindern kann, in dem auch Fehler gemacht werden. Ein Bereich also, wo viel Verantwortung liegt. Sie alle haben die Empfehlungen des Berichtes zur Kenntnis genommen.

Vielleicht fang ich erstmal mit Herrn Çinar an. Wie beurteilen Sie die Empfehlungen des Berichtes, Sie als Vertreter einer Elternorganisation?

Safer Çinar

Unsere Organisation hat ja am Bericht mitgearbeitet. Ich denke, wir können mit diesen Empfehlungen arbeiten bzw. tun dies zum Teil auch schon und wenn, wie im Bericht gesagt wird, von den Migrantenorganisationen mehr verlangt wird, brauchen wir natürlich auch die entsprechende personelle Unterstützung, weil ein Teil dieser Arbeit mit den Eltern – dies wurde bereits erwähnt –, die kontinuierliche Arbeit, einfach ehrenamtlich nicht zu machen ist. Im Hinblick auf die Diskussionsrunde vorher, muss ich auch noch mal unterstreichen, dass die Migrantenorganisationen natürlich nicht die Aufpasser ihrer eigenen Gemeinden sind, sondern sie können höchstens, weil sie bessere Zugänge haben und zwischen Mehrheit und Minderheit vermitteln können, eine Aufgabe übernehmen und so muss sie auch definiert und auch entsprechend materiell unterstützt werden.

Eren Ünsal

Herr Midik, Sie sind jemand, der insbesondere die Zielgruppe Muslime im Blick hat. Wie beurteilen sie die religiösen Aspekte in dieser Thematik? Das wurde ja vorhin auch einige Male angesprochen. Also wie können auch religiöse Organisationen die Menschen ansprechen oder über die Religion diese Probleme transportieren?

Hüseyin Midik

Ich denke, es ist ganz wichtig, dass man auch bei der Arbeit an diesem Bericht auch eine Organisation wie Ditib mit einbezogen hat. Damit hat man ja auch zu erkennen gegeben, dass Religion eben auch bei dieser Problematik eine wichtige Rolle spielt und spielen kann. Ich begrüße, dass in dem Bericht hervorgehoben wird, dass die Religion auch einen positiven Beitrag leisten kann, was sich bei den vielen Diskussionen, die um den Islam, um die Muslime läuft, sich nicht immer so darstellt. Ich bin der festen Überzeugung, dass die Religion, also der Islam und die Muslime, einen wirklich positiven Beitrag im Zusammenleben, einem friedlichen Zusammenleben der Menschen hier leisten kann und auch leisten muss. D.h., wir müssen uns auch unserer Verantwortung bewusst werden, was ja auch schon geschieht. Allerdings muss ich mich auch Herrn Cinar anschließen, weil letztlich die Aufgabe so ist, dass man allein als Migrantenorganisationen dem Ganzen nicht gerecht werden kann, weil einfach die Möglichkeiten dazu fehlen. Ganz kurzes Beispiel: In dem Bericht ist ja auch sehr viel darüber gesagt worden, dass Menschen sehr viel mit Arbeitslosigkeit zu kämpfen haben. Dies führt z.B. dazu, dass wir das auch in den Moscheegemeinden zu spüren bekommen, weil eben die Leute ihre Beiträge oder Spenden nicht mehr so wie früher leisten können, was dann auch für die Arbeit, die dort gemacht werden kann und auch muss, eine gewisse Konsequenz hat. Wir sind uns unserer Verantwortung bewusst, wir müssen etwas tun, das ist uns klar, allerdings mit den Mitteln, die wir jetzt haben, können wir einfach nur bis zu einer bestimmten Grenze das Ganze machen. 99 % der Arbeit, die wir machen, beruht auf ehrenamtlicher Basis und das hat einfach eine Grenze irgendwann, wo man nicht weiterkommen kann, auch in Bezug auf die Bildung und die Erziehung. Wir haben natürlich gewisse Möglichkeiten, Menschen anzusprechen, weil sich eben viele Menschen beispielsweise beim Freitagsgebet in der Moschee aufhalten. Man kann ihnen bestimmte Dinge als Botschaft zukommen lassen und das wird auch getan. Allerdings muss das Ganze auch in mehr Praxis, in Form z.B. von Arbeit von Mensch zu Mensch, umgesetzt werden und da fehlen einfach dann die Mittel.

Eren Ünsal

Zu der Frage, wie das funktionieren kann, kommen wir noch hin. Ich finde den Aspekt interessant, über die Freitagsgebete auch spezielle Themen zu transportieren beispielsweise das Thema Ächtung von Gewalt in jeglicher Form, wie wir es vorhin auch noch mal festgehalten hatten. Frau Abul-Ella, immer wenn wir über Bildungsprobleme diskutieren und mögliche Folgen wie zum Beispiel Gewaltentstehung, münden ganz viele Diskussionen im Stichwort Elternarbeit. Ich höre immer, Elternarbeit sein eine sehr wichtige Antwort. Auch in den Empfehlungen wird sehr deutlich, wie wichtig dieses Thema ist. Hier wird auf fast alle Bereiche – Schule, Kita Jugendarbeit – Bezug genommen und die Bedeutung der Elternarbeit hervorgehoben. Es gibt ein paar Empfehlungen ganz explizit dazu, aber erstmal interessiert mich Ihre Erfahrung. Ich weiß, dass Sie jemand sind, die viel in diesem Bereich macht. Wie kann mit unseren Zielgruppen Elternarbeit funktionieren?

Renée Abul-Ella

Ich glaube, wir müssen alle Entwicklungen als Prozesse betrachten. Prozesse sind immer zukunftsorientiert, ihre Ergebnisse liegen immer in der Zukunft und nicht in der Gegenwart und wenn ich zukunftsorientiert arbeite, dann gilt meine Arbeit hauptsächlich den Kindern. Die Eltern sind ein Instrument, das helfen kann, hemmen kann, stoppen kann, fordern kann. Und mit diesem Ziel arbeite ich mit den Eltern. Ich gehe zu ihnen, wo sie sind, und die Ziele, die formuliert werden, egal ob in dem Bericht oder woanders, beinhalten zu hohe Forderungen an die Eltern und holen die Eltern nicht dort ab, wo sie sind. Die Eltern müssen aktiv in der Schule mitmachen, sie müssen ein Teil des Schullebens, des Schulalltags sein. Sie müssen, sie müssen, sie müssen. Es tut mir leid, mit „müssen“ können wir keine Prozesse durchsetzen oder anfangen lassen. Was ich meine, ist, wenn ich die Eltern soweit erreichen kann, dass sie meine Arbeit nicht verhindern oder nicht dagegen sind, habe ich bei manchen Eltern schon sehr viel erreicht. Und dann schüre ich auch keine Ängste, dass ich diese Eltern ändern will. Wenn ich zu denen gehe und sage, sie müssen so werden und sie müssen so werden, dann heißt das, sie müssen sich ändern. Und dagegen wird sich normalerweise jeder Mensch wehren. Aber, wenn ich von den Kindern ausgehe und mit den Eltern über die Zukunft der Kinder und die Möglichkeiten der Kinder spreche, dann kann ich sehr viel mehr erreichen. Ich will, dass die Anforderungen an die Eltern ein bisschen realistischer runtergeschraubt werden und dann kann man mit den Eltern sehr viel erreichen. Die Eltern haben Interesse, sehr viel Interesse an ihren Kindern. Kein anderer Mensch kann soviel Interesse an seinen Kinder haben wie die Eltern selbst. Das Problem ist, wie zeigt man das in einer bestimmten Situation, in einer bestimmten Kultur, wo man fremd ist. Und darüber will ich mit den Eltern sprechen und arbeiten.

Eren Ünsal

Noch einen kurzen Augenblick möchte ich bei den Eltern bleiben, um dann auch ein bestimmtes Elternteil genauer in den Blick zu nehmen, nämlich die Mutter. Aber erst noch Herr Sezgin zum Thema Eltern. Im Bericht ist auch angedeutet, dass es sehr wichtig ist, auf Eltern zuzugehen, auch interkulturelle Konzepte auszuweilen, um Eltern anzusprechen. Wie ist ihre Erfahrung mit Elternarbeit?

Hasan Sezgin

Ja, bevor ich diese Frage jetzt beantworte, möchte ich ganz kurz erstmal den Bericht begrüßen bzw. die Verbände, Institutionen, Organisationen und die Persönlichkeiten, die einen Beitrag geleistet haben. Ich sehe, dass das enorm ist, obwohl viele Punkte da drinnen nicht neu sind für uns. Aber das alles so ganz gebündelt ist und so überschaubar, finde ich sehr, sehr wichtig. Ich sehe für zukünftige Arbeit eine Grundlage. So, nun zu der Frage. Nach meiner Erfahrung sind die Schulen bzw. das Schulpersonal überfordert, erstmal auf die Eltern zuzugehen auf der persönlichen Ebene.

Ich meine nicht die Elternabende usw., sondern den alltäglichen Umgang der Lehrer und Lehrerinnen, die ja auch die einzelnen Eltern der Kinder ansprechen müssen. Sie sind überfordert, sie sind dazu nicht in der Lage. In den Schulen gibt es auch mittlerweile Pädagoginnen und Pädagogen, aber deren Aufgabenbereiche bestehen nicht darin, Elterngespräche zu führen oder Eltern zu mobilisieren. Also das sind zwei Institutionen, die sehr wichtig sind, einerseits die Schule, andererseits das Elternhaus. Um das zu kombinieren, um also die beiden Institutionen optimal zusammenzubringen und im Sinne der Kinder so optimal, so wirkungsvoll wie möglich zusammenzuarbeiten, braucht man nach meiner Ansicht eine mittlere, sozusagen mittlere Institution, die eine überbrückende Rolle spielen könnte. Im Organisationsbereich sehe ich dies Defizit. Im Gegenteil zu meiner Vorrednerin bin ich also ganz anderer Meinung. Wir können nicht den Eltern alles überlassen oder Verantwortung den Eltern überlassen, sondern es müssen professionelle Einrichtung zwischen Eltern und Schule geschaffen werden.

Eren Ünsal

Bleiben wir erst noch mal bei den Eltern bzw. gucken wir uns ein Elternteil an, das ganz häufig als das erste Elternteil genannt wird, das Erziehung maßgeblich gestaltet, die Frauen. Ganz Viel wird auch im Zusammenhang mit geschlechtsbewusster Erziehung oder überhaupt mit Engagement un der Kita und Schule der Frau zugeschrieben. Wie kann man aus Sicht der Senatsverwaltung Frauen so stärken, vielleicht auch Migrantinnen, dass sie diesem hohen Anspruch auch gerecht werden können?

Almut Nehring - Venus

Ich bin fest davon überzeugt, dass die Empfehlungen, die sehr umfangreich im Bericht stehen, alle für sich ein wichtiges Ziel, also eine wichtige Aufgabe darstellen. Wir haben die Unterstützung von Frauen besonders im Blick. Nicht desto trotz ist es ganz wichtig, dass auch immer die Eltern beide im Fokus bleiben. Das will ich vorweg sagen, damit es nicht zu einem Ungleichgewicht kommt. Ich finde, der Bericht zeigt sehr deutlich, dass es auch um geschlechtsspezifische Rollen, um Rollenverständnisse geht. Und das gilt sowohl für die Väter und für die Jungen, aber das gilt natürlich auch für die Mütter, Frauen und Mädchen. Wir finanzieren 22 Projekte für Migrantinnen aus unserer Verwaltung. In dem Bericht geht es vor allem um Jungen und junge Männer. Mir ist wichtig, dass nicht vergessen wird, dass sowohl die Mädchen, die jungen Frauen, aber auch die Mütter gestärkt werden müssen. Dabei sollten wir nicht nur von ihren Defiziten ausgehen, sondern auch von ihren Stärken. Sie müssen gestärkt werden, sie brauchen ganz konkrete Angebote, auch für ihr Selbstwertgefühl. Das wird in den von uns finanzierten Migrationsprojekten auf ganz verschiedene Weise getan, egal ob es die Antigewaltarbeit betrifft, oder ob in den Projekten Beratungsangebote ganz breiter Art überwiegen, ob es um Berufsintegration geht, oder um die Betreuung von jungen Mädchen in Schulen. All das ist notwendig, um Mädchen und junge Frauen zu stärken. Die Rollenbilder in den Familien wirken sich selbstverständlich auch auf ganz verschiedene Art und Weise auf die Entwicklung von Mädchen aus. Ich bin aber auch überzeugt davon, dass die Väter ihre Vorbildrolle anders definieren müssen als bisher. Herr Uslucan vom Institut für Psychologie hatte am Morgen darauf hingewiesen, dass es Untersuchungen gibt, die zeigen, dass je besser die Mütter integriert sind, es um so positivere Auswirkungen auf alle anderen Familienmitglieder gibt – auf Jungen wie auf Mädchen.

Eren Ünsal

Vielen Dank, Frau Nehring - Venus. Der Bericht formuliert hohe Anforderungen an die Schule betreffen. Da will ich jetzt nur einige wenige herausgreifen, z. B. die Einstellung von Lehrkräften mit Migrationshintergrund, die Erhöhung des Anteils männlicher Lehrkräfte, direktes Aufsuchen von Eltern. Das sind Dinge, die sicherlich neu sind und in der Schule noch nicht konzeptionell verankert sind. Herr Pieper, die Empfehlungen, die die Schule betreffen, für wie realisierbar halten sie die?

Ludger Pieper

Ich möchte zunächst für die Schulverwaltung für Bildung, Wissenschaft und Forschung hier unterstreichen, dass wir mit diesem Bericht der Landeskommission Berlin gegen Gewalt eine wunderbare Fundgrube erhalten haben, aus der wir in den nächsten Jahren noch Vieles zutage fördern können. Wir werden nicht alles in den ersten Monaten realisieren können, sondern darin steckt Arbeit für viele Jahre. Ich glaube, man kann diesem Bericht kaum etwas hinzufügen. Er hat ja in großer Breite und Tiefe das Thema beleuchtet. Wir werden eher die Schwierigkeit haben, das Wesentliche herauszukonzentrieren, mit dem wir beginnen können. Ich glaube, dass die Empfehlungen, die sich auf die Schule richten, auch unter der Überschrift zu sehen sind, die Sie hier gewählt haben. Wir machen gemeinsame Sache. Viele haben ja hier schon gesprochen und gesagt, jede einzelne Institution, ob es die Verbände sind, die Religionsgemeinschaften, die Eltern, könnten sich leicht überfordert fühlen, wenn man nun daraus schließen wollte: Ihr sollt es richten. Ich glaube, der Schule wird es genauso gehen. Die Schule ist eine zentrale Sozialisationsinstanz für alle Kinder, auch für die hier angesprochene Gruppe. Aber sie steht nicht allein, und vielleicht darf ich das an Frau Abul-Ella hier weiterreichen. Wenn gesagt wird, die Eltern „müssen“, dann ist es, glaube ich, seitens der Schule auch der hohe Respekt vor den Eltern und ihrer Erziehungsfunktion. Denn das Wissen darum, was Eltern leisten können und darum, was Schule leisten kann, kann doch nur dazuführen, dass wir sagen, wir müssen es gemeinsam machen und wenn wir es von der Schulseite versuchen wollten ohne die Eltern, dann hätten wir doch von vornherein verloren, dann bräuchten wir sozusagen nicht beginnen. Und deshalb finde ich die Empfehlungen des Berichts, die auf die Elternzusammenarbeit gerichtet sind, eigentlich diejenigen, die ich am liebsten ganz nach vorne ziehen wollte. Wenn wir mit denen nicht beginnen, wären wir mit den anderen wahrscheinlich nicht so erfolgreich.

Eren Ünsal

Und um die Eltern zu erreichen, so verstehe ich auch die Empfehlungen des Berichtes, brauchen wir Ansprachemethoden, die sie eben auch annehmen können. Das, was wir vorhin auch schon hatten, die Kultur der Anerkennung, interkulturelle Schulungskonzepte. Aber ich will erst einmal Herrn Piening fragen. Herr Piening – Sie haben den Bericht gelesen, Sie haben die Empfehlungen gesehen, ich unterstelle Ihnen jetzt mal, dass viele davon für sie mehr als bekannt sind. Welche Konsequenzen ergeben sich denn für ihr Haus jetzt auf der Basis dieses Berichtes?

Günter Piening

Der Bericht beschreibt viele Baustellen und vieles aus dem Bericht werden Sie in dieser oder ähnlicher Weise auch im Integrationskonzept des Senats finden. Das ist ja auch nicht verwunderlich, denn der Zusammenhang ist ziemlich eng. Um es überspitzt zu sagen: Eine Gesellschaft, die nicht in der Lage ist, Integrationsprozesse zu organisieren, wird Delinquenz ernten. Das heißt für die hier jetzt diskutierten Probleme, dass es sich vor allem um Folgen der verweigeren Integrationspolitik von vor zehn, zwanzig Jahren handelt, als zwar Millionen von Einwanderern in der Bundesrepublik lebten, aber wegen des Dogmas, dass wir kein Einwanderungsland seien, keine entsprechende Politik entwickelt wurde.

Darum ist eine Antwort auf die Jugenddelinquenz sicherlich, eine Integrationspolitik zu entwerfen, die diesen Namen verdient. Dadurch verhindern wir in Zukunft, dass wir ähnliche Zahlen haben wie sie von Herrn Heßler vorgetragen wurden. Und darum sind die Forderungen nach einem anderen Bildungssystem, mehr Teilhabe, weniger Diskriminierung usw., wie sie auch hier im Podium erhoben werden, richtig und zentral.

Trotzdem warne ich davor, nun alle integrationspolitischen Forderungen zu erneuern und sich dann beruhigt zurückzulegen. Eine gute Integrationspolitik kann leider nicht alle Versäumnisse der Vergangenheit heilen. Wir werden in den kommenden Jahren umgehen müssen mit einer Generation, die zu den Verlierern gehört, die die gesamten Folgen der fehlenden Integrationspolitik zu tragen hatte und hat. Diese Verlierergeneration droht auch ein Stück verlorene Generation zu werden. Das sind die 15- bis 25jährigen in den Kiezen, die keinen Job gefunden haben, die an den Bildungsprozessen nicht partizipiert haben; und aus dieser Gruppe rekrutieren sich diejenigen, die wir jetzt als auffällig wahrnehmen.

Für mich heißt das, dass wir es nicht dabei belassen sollten, mit diesem Bericht unsere bekannten integrationspolitischen Forderungen erneut auf die Tagesordnung zu bringen, sondern auch Antworten geben, wie wir denn mit dieser real existierenden Gruppe umgehen wollen. Ich möchte drei Empfehlungen des Berichts besonders hervorheben:

Erstens: Vorbilder kommunizieren! Vorbilder, die wir inzwischen in der zweiten, dritten Migrantengeneration finden. Vorbilder die sagen, es gibt nicht die Grenze, die Grenzziehung zwischen euch und denen, sondern wir sind eine gemeinsame Gesellschaft und man schafft es, hineinzukommen. Das ist eine Aufgabe für alle, diese Vorbilder stärker zu unterstützen.

Das zweite ist, die Institutionen, in denen diese Jugendlichen sind, sind auch in die Lage zu versetzen, mit diesen Jugendlichen umzugehen und Sozialisationsprozesse zu organisieren. Das ist der Sport zum Beispiel. Kenan Kolat hat ein paar wichtige Beispiele genannt. Das sind Stadtteilinstitutionen, aber auch die berufsbildenden Schulen und all die vielen Qualifizierungsmaßnahmen, in denen sich diese Jugendlichen befinden. Die Erfahrungen zeigen: Wenn diese Institutionen beginnen, die Jugendlichen dort abzuholen, wo sie sind, wenn sie ihre Aufgabe im umfassenderen Sinn auch integrationspolitisch begreifen, dann kann die Spirale umgedreht werden.

Hilfreich dabei ist - und das ist drittens - eine enge Vernetzung mit den Migrantenorganisationen. Migrantenorganisationen sind wichtige Scharniere, sie können den Institutionen helfen, Anspracheformen zu finden, den Zugang zu den Eltern und zu den Communities.

Wie gut es funktionieren kann, wenn alle zusammenarbeiten, zeigt das Beispiel, das eben auch von Kenan Kolat gebracht wurde - der 1. Mai in Kreuzberg. Seit 2001 mischten bei den gewalttätigen Auseinandersetzungen am 1. Mai zunehmend auch kleinere Migrantengruppen aus Neukölln und Kreuzberg mit. Seit 2003 gibt es eine feste Kooperation zwischen Bezirk, Senat, Polizei und Migrantenorganisationen bis hin zur den Moscheen, gemeinsam dieser Entwicklung entgegenzutreten. Jeder übernahm Verantwortung. Die DITIB - Imame machten elterliche Verantwortung zum Thema des Freitagsgebets vor dem 1. Mai, und türkische Organisationen schickten am 1. Mai Zweiertteams auf die Straße. Und siehe da, der letzte 1. Mai war ein vergleichsweise friedfertiger, und die Zahl der verhafteten Jugendlichen mit Migrationshintergrund ist extrem gesunken.

Solche Kooperationen gibt es noch zu wenig, und dort wo es sie gibt, müssen sie verstetigt werden. Ein wichtiges Instrument dazu wird das 500.000 €- Aktionsprogramm sein, das 2008 und 2009 durchgeführt wird und das den Schwerpunkt „männliche Jugendliche mit Migrationshintergrund“ hat. Dieses Programm ist angelegt als so genanntes Tandem-Programm, d.h. Migrantenorganisationen und Institutionen der Regeldienste können nur gemeinsam Anträge auf Förderung stellen. Mit einem ähnlichen Programm haben wir 2006 erreicht, in vielen Stadtteilen feste Kooperationen unter Einbeziehung der Migrantenselbstorganisationen zu initiieren. Die Fördersätze für das Programm erarbeite ich derzeit, die Ausschreibung wird Ende 2007 beginnen.

Lassen Sie mich abschließend noch ein Wort zu Rolle der Migrantenselbstorganisationen sagen: Ich sagte bereits, dass es hier sind noch große Potenziale gibt mit einer ungeheuren Problemlösungskompetenz, die bisher ungenügend eingebunden sind.

Sie wissen, der Integrationsbeauftragte fördert Migrantenselbstorganisationen, und ich habe in intensiven Gesprächen mit den Organisationen deren Funktion hin zu einer integrationspolitischen Scharnierfunktion gestärkt. Nicht nur Elternvereine, alle von mir geförderten Vereine stellen sich heute viel mehr und viel professioneller ihrer integrationspolitischen Verantwortung als früher.

Wir dürfen die Migrantenorganisationen aber auch nicht überfordern. Ein größerer Teil der Arbeit wird ehrenamtlich geleistet als dieses in vergleichbaren urdeutschen Strukturen der Fall ist. Eine Einbeziehung der Kompetenz der Migrantenorganisationen wird es nicht zum Nulltarif geben. Hier geht es nicht um neue Förderprogramme, sondern um eine gerechtere Verteilung z.B. in den großen Förderbereichen Arbeitsmarkt und Jugendförderung. Häufig haben Migrantenorganisationen das Nachsehen, wenn es um die Förderung geht - aber hinterher werden sie als ehrenamtliche gerufen, wenn es darum geht, die Zielgruppe zu erreichen. So wird das immer weniger funktionieren. Ohne ein Stück Umverteilung wird es nicht gehen. Dieses gilt vor allem auch für die Arbeitsmarktförderung. Hier viel stärker die Kompetenz der Migrantenorganisationen einzubeziehen -und zu finanzieren! -, halte ich für eine große Aufgabe.

Eren Ünsal

Vielen Dank. Das Geld effizient auszugeben, effizient zu verteilen, denke ich, ist sehr wichtig. Frau Nehring - Venus hatte sich gemeldet.

Almut Nehring - Venus

Herr Piening, Sie haben gesagt, man müsse konkret hinschauen, das ist richtig. Aber wenn Sie einen Slogan wie „verlorene Generation“ aufnehmen, dann gibt es eine Menge zu sagen. Gerade die Mädchen sind die, auch im Migrantinnenbereich, mit den besseren Schulabschlüssen, die sich auch anders in der Gesellschaft bewegen. Das heißt, hier muss man mit solchen Begriffen unglaublich vorsichtig umgehen. Gerade die Geschlechtsspezifik ist an dieser Stelle ganz wichtig. Da muss es dann auch deutlich andere Angebote geben. Angebote, die einerseits die Potentiale stärken, und bei anderen solche, die die Defizite versuchen abzubauen, und solche, die die Kooperation in den Familien, in den Vereinen usw. herstellen.

Eren Ünsal

So, dann möchte ich gerne jetzt schon mal auch Ihnen im Publikum die Gelegenheit geben, Fragen zu stellen oder Anmerkungen zu unserem Gespräch zu machen. Gibt es jetzt schon Wortmeldungen? Ja bitte, kommen Sie bitte ans Mikrofon und sagen Sie bitte kurz, wer sie sind.

Publikum

Ich bin Coach und Trainer und ich arbeite in einem Projekt in Kreuzberg. Es ist ein Projekt, was wirklich seit 2005 sehr erfolgreich mit den Jugendlichen im Kiez läuft. Wenn man solche erfolgreichen Projekte entwickelt, ist es für mich persönlich unverständlich, dass man dann ab September dieses Jahres die Fördermittel dort entzieht, so dass wir jetzt wirklich losziehen mit dem Projekt und uns Sponsoren suchen. Das ist genau die Frage, die vorhin auch angesprochen wurde, dass ein Projekt über ein halbes, ein dreiviertel Jahr oder ein Jahr, in diesem Fall eineinhalb Jahre, gefördert wurde und dann im Grunde genommen gesagt wird cut, nun seht zu, wie ihr selber fertig werdet. Hier würde mich eine Antwort interessieren.

Günter Piening

In meinem Förderbereich ist es so, dass am Jahresanfang die Mittel bereits wieder festgelegt sind durch die laufenden Projekte, obwohl eine Menge neuer interessanter Projektanträge gestellt werden. Das ist eine sehr unbefriedigende Situation. Deswegen habe ich festgelegt, dass wir jedes Jahr, um überhaupt wieder eine Beweglichkeit zu bekommen, einige Projekte beenden, um einige neue Anträge realisieren zu können. Begleitet wird dieser Auswahlprozess durch eine Evaluation.

Das sind dann z.B. Projekte, die Multiplikatoren ausbilden. Das ergibt m.E. auch Sinn. Diese Projekte bekommen Geld, um Multiplikatoren auszubilden, die dann ehrenamtlich als Mediatoren im Kiez oder Integrationslotsen oder in anderen Bereichen tätig sein sollen. Es liegt in der Logik solcher Projekte, dass irgendwann das Ziel der Förderung beendet ist und eine gewisse Zahl von Mediatoren zur Verfügung steht. Die langfristige Finanzierung der Mediatoren war ja nie Bestandteil der Förderung. Hier werden dann andere Strukturen in den Kiezen - z.B. die QM-Förderung - greifen müssen. Ich möchte neben Trägern und Strukturen, die langfristig gesichert werden müssen, also auch kurzfristige Programme haben, in denen neue Dinge ausprobiert werden müssen, bei denen man schauen wird, was sich davon eben auch langfristig hält oder nicht. Das Tandemprogramm "Vielfalt fördern - Zusammenhalt stärken" lief im Jahr 2006 nur neun Monate. Ich war selbst überrascht, wie viele der rund fünfundzwanzig geförderten Projekte, die in diesen neun Monaten entstanden sind, hinterher neue Möglichkeiten der Absicherung der Finanzierung gefunden haben, um diese Arbeit fortzuführen. Ich glaube, wir brauchen beides. Wir brauchen Lebendigkeit und Modellversuche und wir brauchen Strukturen und langfristige Projekte.

Eren Ünsal

Vielen Dank, ich schaue ins Publikum, ja bitteschön.

Publikum

Guten Tag noch mal. Ich möchte zwei Anmerkungen machen, einmal zum Thema Elternarbeit. Das ist ein Thema, das in den letzten Jahren so hochkommt, und dies zu Recht. Ich denke, wir müssen da viele Angebote machen. Wir versuchen das im Bezirk und es ist sicherlich noch ausbaufähig, wenn die Mittel da sind. Aber ich möchte auf der anderen Seite auch sagen, es geht auch nicht ohne Eltern. Wir brauchen auch die Eigenverantwortung der Eltern, die sich sozusagen wieder bereit erklären, Verantwortung für ihre Kinder zu übernehmen. Und ich mach es mal ganz profan, ich denke die Zahlen von Mitte, was die soziale Lage angeht, sind ja bekannt. Aber wir haben beispielsweise ganz viele Kinder, die ohne Frühstück, ohne Schulbrote in die Schule kommen und dass ist ja nicht unbedingt, nicht immer nur eine Sache, die die Institution leisten kann, sondern wir müssen auch wieder den Eltern ganz klar das Signal setzen, übernehmen auch in dem Rahmen, in dem ihr es könnt, die Eigenverantwortung. Und das heißt zum Beispiel dann auf dieser Ebene schon, den Kindern mal ein Schulbrot mitzugeben, in die Schultasche zu gucken, zu gucken, dass die Sachen vorhanden sind und vielleicht dann auch mal zu lernen, dass das, was das Kind für die Schule braucht und als Zettel von der Lehrerin bekommt, dass man das dann auch mal selber liest. Was will ich damit sagen? Wir müssen den Eltern ganz klar sagen, wir können sozusagen nicht für das Ganze, für die Bildung der Kinder allein die Verantwortung übernehmen. Dies kann weder der Kitabereich noch der Schulbereich. Die Eltern brauchen wir wirklich als dritten Partner in diesem Bündnis, das ist ganz klar. Und da ist mein Anliegen an die Migrantenorganisationen, dies den Eltern im Rahmen ihrer Möglichkeiten immer wieder deutlich zu machen. Nicht mit erhobenem Zeigefinger, sondern Eltern wollen doch auch ihre Elternkompetenz behalten und in dem Rahmen, in dem sie es können, sollten sie es auch tun. Ich glaube, sie haben mitunter sehr viel mehr Möglichkeiten auch ihre Elternkompetenz durch einfache Dinge des Alltags, wo sie Verantwortung übernehmen, wieder zu erhöhen. Und da, glaube ich, sind noch ein paar Dinge, die man den Eltern auch über entsprechende Wege, z.B. auch über die Moscheen freitags beim Gebet, sozusagen vermitteln kann.

Das ist das eine. Das zweite, Herr Piening nannte Vorbildfunktion. Ja, auch da könnte ich mir gut vorstellen, dass die Migrant*innenorganisationen beispielsweise sehr viel stärker auch dafür finanziert werden. In dieser Vorbildfunktion, die sie ja auch haben, sollten sie sehr viel stärker in Kitas, in Schulen auf Elternabende gehen und sagen „Hey, Jungs, Mädels, es lohnt sich, sich zu engagieren in dieser Gesellschaft, denn man kann auch was bewirken, wenn man sich engagiert“. Dritter Punkt, das Tandem-Programm, was angesprochen wurde. Da würde ich mir aber wünschen, dass es sich nicht nur auf den Kreis der jungen Männer reduziert, die durch Gewaltvorfälle sozusagen da eine explizite Position erworben haben, sondern dann würde ich mir auch wünschen, dass solch ein Tandem-Programm ganz klar sich auf die ganze Gruppe der jungen Menschen bezieht, also auch auf Mädchen und Frauen und dann finde ich den Gedanken – Migrant*innenorganisationen in Kombination mit Regeleinrichtungen – toll, danke.

Eren Ünsal

Herr Pieper, ganz viele Themen wurden angesprochen, die zweifelsohne direkt auch an die Adresse der Senatsverwaltung für Bildung, Wissenschaft und Forschung gehen. Elternarbeit, Eltern müssen auch Verantwortung übernehmen, direkt angesprochen werden. Ich will mal versuchen, eine Brücke zu schlagen, zu einer Frage, die in der ersten Podiumsrunde noch offen geblieben ist. Von der ich versprochen habe, dass ich sie in dieser Runde aufgreifen werde, nämlich die Frage von struktureller bzw. institutioneller Diskriminierung von Kindern im Bildungssystem, natürlich auch dann von Eltern, die ja nun mal dazu gehören und deren Auswirkungen auf die Karrieren dieser Kinder. Es sind im Bericht Empfehlungen dazu gegeben, die gehen in die Richtung, dass die Schule den Dialog suchen soll mit Migrant*innenorganisationen einerseits, aber vor allen Dingen auch direkt auf die Eltern zugehen soll und den Dialog mit den Eltern suchen soll. In diesem Zusammenhang wird natürlich die Bedeutung adäquater – kultursensibler – Ansprachemethoden betont. Wie sehen sie das?

Ludger Pieper

Eigentlich eine Frage, zu der man gar nicht mehr viel sagen kann, weil die Antwort selbstverständlich ist und sich aufdrängt. Ein Schulsystem, wie das in Berlin, welches derzeit etwa 30 % Schülerinnen und Schüler mit Migrationshintergrund hat, kann nur eins tun. Es kann mit diesen Schülerinnen und Schülern erfolgreich sein oder es wird scheitern. Wir werden diese große Gruppe nicht weiterhin so wie bisher behandeln können, wenn wir mit der Berliner Bildungspolitik und mit unserer schulischen Arbeit Erfolge erzielen wollen. Sie ist zahlenmäßig und vom Potential her so groß, bedeutsam und wichtig, dass es ohne diese Gruppe gar nicht geht. Und der Kollegin, die gerade gesprochen hat, kann ich natürlich zustimmen. Aber wir sagen unseren Schulen – und die Arbeit muss ja in der Einzelschule geleistet werden, da hilft das Wort aus der Senatsverwaltung wenig – es geht nicht ohne die Eltern. Die Eltern müssen – da sind wir wieder bei diesem schwierigen Wort – die Eltern sollen Verantwortung übernehmen, sicher, aber die Institution Schule muss auf diese Eltern schon in angemessener Weise zugehen. Wenn sie sie, ich könnte es ja karikieren, schon nur in deutscher Sprache einlädt, sie dann in ihre Schulräume setzt, womöglich noch auf Stühle, die für Kinder vom sechsten bis zum zehnten Lebensjahr gebaut worden sind, und sich dann wundern, dass diese Eltern nach dem ersten Besuch nicht mehr wiederkommen, na dann sind da wohl Fehler gemacht worden. Es gibt Formen von Elternansprache, besonders für den hier angesprochenen Kreis, die auch vielleicht mal etwas weggehen von dem, was die Institution Schule traditionell gemacht hat, also eher als Obrigkeit, staatlich auftretend und dergleichen. Wir müssen hier den Weg ein bisschen auf die Betroffenen zugehender, niedrigschwelliger gehen. Und ich weiß, dass viele Schulen sich auf diesen Weg gemacht haben. Es gibt großartige Beispiele, wo wir hohe Beteiligungsquoten an Elternarbeit haben. Manchmal sogar mit dem kleinen Druck, dass diese Schulen gesagt haben, wir schließen, bevor die Kinder zu uns kommen, mit diesen Eltern Vereinbarungen und sagen, wenn ihr Kind in diese Schule kommt, freuen wir uns, wunderbar, aber wir erwarten dieses Stück von Gemeinsamkeit und wenn wir dieses auch vorbereitet haben, bevor die Kinder kommen, das Elternseminar über mehrere Tage und andere Formen, dann ist das ein Weg.

Das heißt, es kommt darauf an, auf diese Eltern zuzugehen und ihnen von Anfang an die Gemeinsamkeit anzubieten, und nicht aus der Sicht der Institution von oben die Einladungen zu schreiben. Einer steht vorne, alle sitzen dort, kaum einer versteht, was gemeint ist, und das soll dann die Elternarbeit sein. So geht es nicht.

Eren Ünsal

Vielen Dank. Frau Abul-Ella hatte sich gemeldet.

Renée Abul Ella

Wahrscheinlich bin ich ein bisschen falsch verstanden worden. Ich will nicht, dass die Eltern draußen bleiben, auf gar keinen Fall. Aber ich will, dass sie angemessen gefordert werden bei dem, was sie machen sollen oder was sie nicht machen sollen. Wenn ich sage, sie müssen aktiv im Alltagsleben der Schule dabei sein, weiß ich nicht, wie viele das verstehen wollen oder können. Aber wenn ich sage, dass das Kind ein Schulbrot braucht, ist das etwas ganz anderes. Ich habe nur gesagt, ich muss mit den Eltern reden, wo sie sind, und nicht mit diesem „müssen“ und wenn sie nicht in die Schule kommen, bedeutet das nicht, dass sie nicht an ihren Kindern interessiert sind, sondern dass sie ein anderes Verständnis vom Schulsystem, von der Rolle der Schule haben. Bei uns bedeutet es, wenn Eltern zur Schule gehen, dass die Schule ihre Aufgabe nicht erfüllt hat, und deshalb brauchen sie mich als Elternteil in der Schule. Das heißt, wenn ich mit einer Lehrerin rede, warum ist mein Kind so oder so, dann bedeutet das, dass diese Lehrerin nicht fähig ist und nicht die Qualifikationen hat, um ihren Aufgaben gerecht zu werden, nämlich angemessen mit meinem Sohn oder mit meiner Tochter umzugehen. Und das wollen die Eltern nicht tun. Deshalb gibt es sehr viel Erklärungsbedarf auf beiden Seiten. Diesem muss Rechnung getragen werden, bevor wir sagen, wer in die Verantwortung oder nicht in die Verantwortung genommen wird, und wieweit die Verantwortung reicht und was sie ausmacht. Was verstehe ich unter Verantwortung, und was wird von mir erwartet. Und deshalb sind die Eltern sehr wichtig, aber die Kinder sind wichtiger. Wir müssen intensiver und zukunftsorientiert mit den Eltern und mit den Kindern arbeiten, parallel, ich muss die Eltern, wo sie sind, begleiten und versuchen, dass sie diese Prozesse auch ernst nehmen und nicht verhindern.

Eren Ünsal

Dankeschön. Sie warten schon eine ganze Weile, bitteschön.

Publikum

Die Eltern sind mit der Erziehung ihrer Kinder überfordert, besonders die Eltern mit Auslandshintergrund, ja. Deshalb würde ich bitten – ich weiß nicht, welche Senatsverwaltung das finanziert, welche Institution –, das Projekt „Starke Eltern, starke Kinder“ auszubauen. Dass man sie vielleicht über Stadtmütter fortbildet, um ihnen, also den Eltern, zu helfen, ihre Erziehung richtig zu machen. Zwischen den Kindern und den Eltern gibt es auch einen kulturellen Unterschied. Die Kinder werden hier groß, haben andere Werte kennen gelernt. Also besonders die ausländischen Eltern brauchen Erziehungshilfe.

Eren Ünsal

Vielen Dank. So dann Sie bitte.

Publikum

Ich komme aus einem Kulturzentrum in Kreuzberg, und mir fällt heut den ganzen Tag auf, dass der gesamte Bereich der Jugend- und Kinderförderung hier nicht angesprochen wird, genau die Schnittstelle, die das eigentlich ganz gut vermitteln könnte.

Die wird hier weder als Vertretung auf dem Podium dargestellt noch wird sie jemals angesprochen. Das finde ich sehr schwierig und sehr schade, weil es eine große Ressource ist, die heute hier verloren geht.

Eren Ünsal

Dankeschön. So, Sie bitte.

Publikum

Ich selbst mache als Mutter Elternarbeit und habe festgestellt, wenn ich eine Elternversammlung mache – die mache ich, nicht die Lehrerin, ich berufe die Elternversammlung ein – dann muss ich mir erstmal überhaupt klar machen und auch den deutschen Eltern, was wird als Elternvertreter überhaupt von mir erwartet. Ich kann also davon ausgehen, dass die ausländischen Eltern noch weniger wissen, worum es geht, wenn es schon die deutschen Eltern nicht wissen. In dem Schulgesetz kommt genau die Rollenverteilung zur Sprache. Und vielleicht muss man an dieser Stelle tatsächlich mehr auf ausländische Eltern eingehen oder nichtdeutschsprachige Eltern. Die müssen dann diese Kompetenz erstmal überhaupt erwerben und in die Elternarbeit eingeführt werden. Eine Forderung hat mir heute auch gefehlt. Wir haben jetzt immer gesagt, was die Gesellschaft tun kann. Wenn jetzt z.B. in einer Schule zwischen Eltern, Lehrern und Schülern verhandelt wird, dass auf dem Schulhof nur deutsch gesprochen wird, um diesem Problem der Nichtdeutschsprachigkeit entgegenzuwirken, und das dann aufgegriffen und als ausländerfeindlich dargestellt wird, dann fehlt mir dafür jegliches Verständnis. Und da fehlt mir z.B. manchmal von übergeordneter Stelle die Hilfe für solche Schulen, die mutig sind und solche Dinge in Gang setzen. Ich finde, Forderungen, die in unserem Schulgesetz bereits existieren, Mädchen müssen am Schwimmunterricht teilnehmen – Punkt aus, keine Diskussion. Da müssen die Lehrer und die Schulleiter unterstützt werden von der Senatsschulverwaltung. Ja, das war's eigentlich schon.

Eren Ünsal

Ja, Sie können nachher gerne noch mal was sagen, bitteschön.

Publikum

Ich komme aus dem Bereich der Freiberufler und der kreativen Menschen und wir sind eine sehr wichtige Schnittstelle. Ich würde mir sehr, sehr wünschen, dass auch da mehr Kontakt und Vernetzung stattfindet zwischen eben Theaterpädagogen und Theaterleuten und Filmleuten usw. zu den Migrantenvereinen und zu den Lehrern. Das Zweite, was mir noch zu dem Thema Eltern einfällt, ist folgendes: Ich war 1970 auch schon Lehrerin in Kreuzberg und wir sind einfach zu den Eltern ins Haus gegangen. Das war nicht sehr einfach und ich glaube, heute ist es dasselbe Problem. Es müsste eigentlich mehr so eine Brückenarbeit stattfinden und dazu fehlen einfach unheimlich viele Vermittler. Das sind junge Leute, die mit den Eltern Brückenarbeit machen können, zusammen mit den Lehrern. Und da finde ich auch das Thema Geld wieder entscheidend, weil die Projekte einfach immer zu kurzfristig finanziert werden. Das ist unsere Erfahrung als Freiberufler und deshalb noch mal: Langfristige Projekte, bessere Vernetzung und besseres Aufeinanderzugehen ist die einzige gute Richtung, glaub ich.

Eren Ünsal

So jetzt noch zwei, Sie und Sie, und dann muss ich die Fragerunde schließen.

Publikum

Ich hab mich jetzt noch mal gemeldet, weil gerade kurz vorher auch das Wort Ressource fiel. Ich wollte noch mal in diesem Haus auf eine Ressource aufmerksam machen, die wir zur Zeit und für die nächsten fünfzehn, zwanzig Jahre mindestens haben, nämlich die Generation der Großeltern. Und wenn ich an das denke, was wir heute morgen zu dem Thema Gewalt und Prävention gegen Gewalt gesprochen haben, denn ist gerade diese Generation eine Generation für die Jugendlichen, wo der Zugang vom Älteren zum Jüngeren wesentlich konfliktfreier verläuft als zu den Eltern. Und ich möchte nicht die Arbeit der Eltern irgendwo zurückdrängen, aber ich möchte sagen, man kann diese Möglichkeit gut nutzen, und das praktizieren wir mit unserer Arbeit in den Schulen eben seit sechs Jahren. Ich hab ausgerechnet, im letzten Schuljahr haben wir mit ca. 150 ehrenamtlichen Senioren 45.000 Zeitstunden ehrenamtlichen Engagements den Berliner Schulen geschenkt auf dem Sektor der Prävention gegen Gewalt. Und da wir gehört haben, dass auch die Gewalt in der Pubertät besonders ausgeprägt zutage tritt, das ist genau der Zeitpunkt, wo sich die Jugendlichen, also die Schülerinnen und Schüler, auf den Weg machen, sich von ihren Eltern zu lösen, auf eigene Beine sich zu stellen und daher eher für die Ansprache und für das Gespräch mit der Großelterngeneration offen sind. Und ich wollte einfach noch mal sagen, man sollte solche Ressourcen nicht ungenutzt verstreichen lassen. Das zeigt mir auch, dass Interesse hier in der Stadt ist. Wir haben ständig Wartelisten von Senioren, die sich freuen, in einer Schule arbeiten zu können und Schulen haben wir auch, die auf der Warteliste stehen, und mit uns zusammenarbeiten möchten. Also das ist auch ein Weg, der die Eltern entlasten könnte und die Schule.

Eren Ünsal

So, Sie haben das letzte Wort.

Publikum

Zwei Punkte, das eine betrifft auch die Jugendhilfe, die ich für immens wichtig, wenn auch hier etwas zu kurz gekommen, betrachte. Sie kann eine wichtige Funktion wahrnehmen, um die besondere Kompetenz der Migrantenverbände systematisch einfließen zu lassen, denn da sind Strukturen vorgegeben, es gibt Arbeitsgemeinschaften, die nach dem Sozialgesetzbuch bei der Jugendhilfe einzurichten sind. Da könnte man die vorhandene Mitwirkungsbereitschaft sicherlich nutzen. Vielleicht gibt es da ja schon Ansätze, das weiß ich nicht, das wäre eine Frage. Ich war ganz beeindruckt von dem, was heute Vormittag geschildert wurde von Herrn Naser, glaube ich, und auch Herr Kolat hat die Bereitschaft zur ehrenamtlichen Mitarbeit hier ja ganz deutlich gemacht. Die Jugendhilfe wäre in der Lage zu sehen, was dafür genutzt werden kann, was sinnvoll eingebracht werden kann und gleichzeitig wäre auf der anderen Seite wieder der Sachverständand oder die nähere Sachkenntnis der Migrantenverbände, die bestimmte Korrekturen in theoretischen Vorstellungen der Jugendhilfe bewirken kann. Zum anderen ist die Jugendhilfe, wir sprechen ja nicht nur über allgemeine Integration hier, sondern gerade um hochproblematische Jugendliche, die mehrfach durch Gewalttaten auffällig werden, im besonderen Maße gefordert. Herr Pieper, Herr Staatssekretär Lieber haben das vorhin angesprochen, dass es da leider Rückzugstendenzen zu geben scheint, statt die Ressourcen etwas zu stärken in diesem Bereich. Von daher der zweite Punkt ganz kurz jetzt an Herrn Pieper, weil er von der Fundgrube sprach. Ich finde das auch, das ist eine höchstwertvolle Zusammenstellung, teilweise neue, teilweise schon bekannte Empfehlungen. Bloß bei dem Begriff Fundgrube bin ich doch etwas zusammengesuckt. Fundgrube kann auch heißen, wir stellen es an die Seite und gucken dann mal nach. Meine Frage: Gibt es seitens des Senats eventuell Überlegungen, das strukturell umzusetzen, was können wir sofort erledigen, was mittelfristig und was bleibt der Fundgrube überlassen oder gibt es wenigstens eine Überlegung in zwei, drei Jahren mal zu sehen, was ist denn umgesetzt worden von den Empfehlungen.

Eren Ünsal

Ja, vielen Dank. Dann gebe ich an mein Podium. Herr Pieper, sie sind direkt angesprochen zu verschiedenen Themen. Einmal zur Frage, wie können diejenigen, die mit Eltern direkt arbeiten auch unmittelbar unterstützt werden in bestimmten Fragen, beispielsweise Befreiung vom Schulunterricht. Warum kann es nicht so sein, dass die Senatsverwaltung unterstützt, dass Mädchen sich nicht vom Schwimmunterricht befreien lassen können. Diese Frage geht sicherlich auch an Herrn Midik. Wie können religiöse Organisationen auch mit ihren Zielgruppen dazu arbeiten und die entsprechenden Signale zu setzen? Aber erst mal Herr Pieper, auch zum Begriff Fundgrube, weil sie direkt angesprochen wurden.

Ludger Pieper

Ja, danke. Ich finde die Frage richtig, Mädchen und Schwimmunterricht, sie liegt etwas neben dem heutigen Thema. Ich nutze aber gerne die Gelegenheit zu sagen, diese Feststellung und Forderung gilt ohne Wenn und Aber. Wir unterstützen jede Schule, jeden Lehrer, von dem wir erfahren, dass er in dem Bereich ein Problem hat. Es sind vielleicht mehr als uns bekannt werden, aber wir haben ein System geschaffen, das uns nach Möglichkeit alle Einzelfälle bekannt werden. Es sind bisher Gott sei Dank nicht so viele, wie man vermutet. Das würde für andere analoge Themen auch gelten, auch der Biologieunterricht und ähnliche Fragen sind ja manchmal dort angesprochen. Zu der anderen Frage, die die Dame erwähnt hat, die Elternvertreterin. Ich weiß nicht, ob das Schulgesetz das Wichtige wäre. Es ist ja doch ein Gesetzestext, nicht immer ganz leicht verdaulich. Aber wir haben gerade jetzt zum neuen Einschulungsjahrgang der Kinder, die am Samstag kommen, für jedes dieser Kinder und für seine Eltern vor allen Dingen eine Einschulungsbroschüre gedruckt, in der auch etwas steht zur Elternarbeit. Das ist vielleicht gar nicht so ein schlechter Zugang an der Stelle, wenn die Eltern kommen mit ihren Kindern, ihnen zu sagen, wie das geht. Den Einzelfall der Schule, die sie auch herausgegriffen haben, im vorigen Jahr, die sich auf die Sprache Deutsch auf dem Schulhof verständigt hat, das ist eine mögliche Vorgehensweise. Das ist sicher nicht der Weg, den man jeder Schule empfehlen muss. Wir haben diese Schule seinerzeit nachhaltig und nachdrücklich unterstützt. Das war Schulsenator Böger. Die Schule hat übrigens für ihr Programm auch bundesweit Anerkennung gefunden, hat einen Preis dafür bekommen, sogar mit nennenswerten finanziellen Mitteln ausgestattet. Ich glaube, die Schule hat es nicht bedauert, dass sie sich so in den Blickpunkt der Öffentlichkeit gestellt sah. Was den Fundgrubenbegriff anbetrifft: Sicher, das ist immer leicht missverständlich, aber etwas farbiger. Ich glaube, es steckt tatsächlich sehr viel drin. Der Senat wird das noch beraten und darüber Beschluss fassen. Herr Piening hat es ja bereits angedeutet, dass es Überlegungen gibt, wie aus diesem umfangreichen Bericht nun ein sicherlich etwas konzentrierteres, dafür aber auch in absehbarer Zeit umsetzbares und dann auch überprüfbares Programm zu machen ist. Wir werden wohl in die angedeutete Richtung gehen, dass es ein Netzwerk gegen Jugendgewalt geben muss und wird und das wird, denke ich, die Beschlussfassung des Senats in einigen Wochen auch ergeben.

Eren Ünsal

Dankeschön. Herr Midik.

Hüseyin Midik

Also bezüglich der Elternarbeit sind ja hier schon ein paar Dinge gesagt worden. Ich denk mal, es ist auch immer die Art und Weise, wie man miteinander umgeht. Wenn man jetzt sagt, das ist so: Punkt aus, dann ist das eine mögliche Vorgehensweise. Aber ich denke, es ist immer besser, wenn man auch versucht, den anderen zu verstehen, warum er bestimmte Dinge macht bzw. nicht macht. Und da bieten wir zum Beispiel unsere Hilfe an, was hier und da auch angenommen wird, wo wir dann auch vermittelnd unterstützen können. Man muss einfach dieses gegenseitige Verständnis aufbringen.

Ich denke, es ist wirklich wichtig, dass man den Umgang miteinander so wählt, dass man den anderen versucht zu gewinnen und nicht abschreckt. Ich kann ein Beispiel geben, wo eine Lehrerin uns, speziell mich, mal angesprochen hat, weil sie eine Klassenreise machen wollten und einige Schüler, bzw. deren Eltern, sich dagegen ausgesprochen haben. Ich hab das gerne gemacht. Wir haben einen Termin in der Moschee vereinbart mit der Klassenlehrerin und einem anderen Lehrer und den Eltern, die das nicht wollten. Wir haben am Ende nicht alle Fragen bei allen klären können, aber letztlich ist das, glaube ich, ein Weg, den man gehen muss, dass man nämlich aufeinander zugeht und denn versucht, auch dem anderen das Wort zu geben, um zu sagen, was ihn oder sie dazu bewegt hat, so oder so zu handeln. Wie gesagt, bei diesem Beispiel kam am Ende raus, dass eine Mutter am Ende gesagt hat, nein ich will nicht, dass meine Tochter oder mein Sohn dahingeht. Es ist aber auch so, dass einige dazu bewegt werden konnten, ihre Meinung zu ändern Also ich denke, dass dieses direkte Gespräch und den anderen auch mal zu Wort kommen zu lassen, ist wichtig.

Eren Ünsal

Dann, letzte Runde, Frau Abul-Ella, dann Herr Çinar und dann gehen wir weiter.

Renée Abul-Ella

Ich wollte zu demselben Thema etwas sagen, Schwimmen oder Klassenfahrten. Ich glaube, beides gehört zum System Schule und ich bin der Meinung, wir sollen darauf bestehen. Der zweite Schritt ist, wie realisiere das, ohne viele Konflikte mit den Eltern. Wenn man vom schwimmen redet, muss man wissen, schwimmen ist nicht verboten. Es geht um die Bekleidung. Wie ich jetzt heute gehört habe, bei Karstadt am Hermannplatz gibt es Schwimmanzüge für Mädchen, die normalerweise Kopftuch tragen. Dann gibt es keine Ausrede für die Eltern zu sagen, dass Mädchen darf nicht schwimmen. Es gibt Wege, die beide Seiten zueinander bringen. Bei einer Schule, wo auch die Klassenfahrten gefährdet waren, haben wir vorgeschlagen, okay, dann geht eine arabische Frau mit. Vorher treffen wir uns mit den Eltern, damit sie alle sicher sind, dass auf ihre Mädchen nach ihren Sitten aufgepasst wird. Sie haben keine Ausrede, wenn man sagt, das Gesetz ist so und wir kommen Ihnen entgegen und bieten die Möglichkeiten das Gesetz durchzusetzen, ohne sie in Bedrängnis zu bringen.

Eren Ünsal

Vielen Dank. Das heißt, klare Signale und klare Grenzen sind erforderlich. Ich will jetzt den letzten Rednerinnen und Rednern auch noch die Frage mit auf den Weg geben, die wir in der vorigen Runde schon zu diskutieren angefangen haben. Ich will die Frage stellen, wie denn die gemeinsame Strategie, von der wir alle sprechen, aussehen könnte und fange an mit Herrn Çinar.

Safer Çinar

Wir sind hier für bestimmte Institutionen, Organisationen, bestimmte Vorschläge und Ansätze wurden gemacht, die ja grundsätzlich auch keiner auf dem Podium jetzt angezweifelt hat. Die Frage ist, wie das organisiert werden kann. Ich muss trotzdem auch sagen, wie es finanziert werden kann. Aber erst einmal muss es organisiert werden, um festzustellen, welche Personalressourcen haben die Akteure. Reicht es aus? Wenn nicht, kann man das ausgleichen? Zu der Frage noch mal der Elternbeteiligung: Das Schulgesetz ist natürlich ein anderer Punkt. Der ist natürlich sehr wichtig, aber ich denke mal, dass migrantische Eltern, auch Eltern deutscher Herkunft, die dort aktiv sind, sind nicht unbedingt die Eltern, deren Kinder große Probleme im Bildungs- und Erziehungsbereich haben. Insofern versuchen wir als Elternverein, die Eltern auch zu motivieren, lasst euch als Klassenelternvertreter wählen. Aber eigentlich sind ja die, die erreicht werden sollen, auch nach diesem Bericht, andere Eltern.

Und Herr Piening hat es ja kurz erwähnt, auch im Elternverein haben wir jetzt Kooperationsverträge mit drei Schulen, wo wir eben eine andere Art von Eltern- und Kiezarbeit versuchen, auch mit der Schule zusammen. Der Punkt ist, das hat ja Renée Abul-Ella ein paar Mal gesagt, wir bemühen uns zumindest eine Atmosphäre zu schaffen, damit die Eltern Kontakt zu der Schule haben, bevor es Probleme gibt. Dass also ihr Eintritt oder ihr Besuch in der Schule nicht immer auf dem Hintergrund irgendwelcher Probleme, sei es Noten, sei es Verhaltensweisen geschieht. Dass die Schule auch ein sozialer Ort ist, ist in Deutschland ein relativ neuer Gedanke in der Praxis. Dass die Eltern auch einen anderen Zugang zur Schule und zur Lehrerschaft haben, ist wichtig, weil dann, so ist zumindest unsere einjährige Erfahrung jetzt mit dem neuen Projekt, auch viele Eltern sich für verschiedenste Arten der Erziehungs- und Bildungsprobleme interessieren. Sie machen dann auch an entsprechenden Elternabenden mit. Sie machen auch selber Vorschläge, was da behandelt werden soll. Ich denke, es gibt schon Methoden, auch Eltern, die auf neudeutsch jetzt „Bildungsferne“ genannt werden, egal welcher Herkunft, für bestimmte Sachen zu interessieren. Es ist eben nur eine Frage, wie der Zugang organisiert wird. Letzter Punkt, Türkischverbot in der Oberschule. Ich halte das erstens für rechtswidrig, aber das halten alle. Deswegen sagt ja auch die Schulleiterin es gibt keine Sanktionen. Dass sagt sie ja nicht als Gutmensch, sondern sie weiß, das ist juristisch nicht haltbar. Ich halte das pädagogisch für falsch, ich halte es für integrationswidrig, integrationsverhindernd und ich halte es auch für diskriminierend. Das muss ganz offen aus unserer Sicht gesagt werden. Die Pause dient dazu, sich zu erholen, deswegen heißt es auch Pause. Das heißt nicht, dass ich in der Pause jeden Unsinn machen kann, aber in meiner Muttersprache kann ich, darf ich in der Pause kommunizieren und wer das verhindert, verhindert die Punkte, die ich eben genannt habe. Und was Herrn Böger betrifft, weil Herr Pieper ihn erwähnt hat, wissen viele – ich wurde dafür ja oft kritisiert –, dass ich Herrn Böger sehr lobe. Aber in diesem Punkt hat er, nachdem er Wochen vorher im Fernsehen erklärt hat, so etwas lässt er nicht durchgehen, dann plötzlich umgeschwenkt und hat das alles für lobenswert gefunden, was ich sehr bedauert habe. Und was den Preis betrifft, wollte ich auch ein paar Worte sagen. Preise kriegen alle Leute für irgendetwas, da hat die Schule auch diesen Preis gekriegt. Das ist sicherlich kein Argument. Wir müssen wirklich darüber diskutieren, ob das pädagogisch und integrationspolitisch Sinn macht, den Kindern ihre Muttersprache auf dem Schulhof in der Pause zu verbieten.

Eren Ünsal

Vielen Dank. Frau Nehring - Venus.

Almut Nehring - Venus

Ich will noch mal auf ihre Frage eingehen, wie soll's denn jetzt weitergehen. Wir müssen der Gefahr entgehen, dass jetzt eine Studie erarbeitet wurde, Veranstaltungen organisiert werden und hinterher erinnert sich dann keiner mehr daran, zumal es ja in dem Bereich durchaus verschiedene Konzepte gibt, die sich – und darauf würde ich jetzt Wert legen – die sich dann gegenseitig ergänzen. Es gibt das Integrationskonzept, das fortgeschrieben wurde, wo ja viele der Punkte, die in den Empfehlungen zu finden sind, sich durchaus auch wieder finden. Es gibt andererseits auch ein Programm, was noch mal sehr spezifisch ist, das Aktionsprogramm gegen häusliche Gewalt. Ich will einfach den Begriff hier noch mal erwähnen, weil dahinter ja eine ganze Menge an Arbeit, an Erfahrung steckt. Erfahrungen, die auch wichtig sind, die in diesem ganzen Komplex Gewalterfahrung und Gewaltausübung von jungen Männern eine ganz große Rolle spielen auch in Bezug zum Thema Rollenverteilung, geschlechtsspezifische Rollenverteilung und Rollenverständnis. Von diesem Aktionsprogramm gegen häusliche Gewalt, das es schon über zehn Jahre gibt, wissen wir, dass man sehr gut auch mit einem so dicken Papier umgehen kann, indem man das operationalisiert, indem dann wirklich zu den verschiedenen Handlungsfeldern Maßnahmen entwickelt werden bzw. festgelegt werden mit einem Zeitplan, in dem das auch abgearbeitet wird. Integration kann man nun nicht irgendwie in einen Zeitplan packen, nach dem Motto, dann ist sie erreicht.

Auf solch ein Netzwerk, wie es sich dann konkret nennen wird, ob Netzwerk oder auch Aktionsprogramm oder wie auch immer, wird sich der Senat innerhalb nicht so langer Zeit verständigen, denke ich, so dass dieses Projekt, was jetzt hier entwickelt wurde, tatsächlich eine Fortsetzung findet und dann auch weiter umgesetzt wird. Stichwort Überforderung der Eltern: Die kennen wir ja nun nicht nur von migrantischen Eltern, sondern es gibt ja auch durchaus Überforderung von anderen Eltern. Da ist es eben immer ganz wichtig, einerseits auch auf die deutsche Sprache zu setzen, aber unsere Erfahrung aus unserer Arbeit ist, Angebote für Frauen und junge Mädchen sind durchaus auch in speziellen Situationen in der Muttersprache zu machen. So wird gerade in den Bereichen häusliche Gewalt und sexualisierte Gewalt bei der BiG-Hotline Beratung in mittlerweile über fünfzig Sprachen angeboten. Das hat überhaupt nichts damit zu tun, dass man insgesamt die Forderung durchaus aufrechterhalten muss und auch durchsetzen muss, dass sich Migrantinnen und Migranten die deutsche Sprache aneignen, aber ihre Muttersprache ist in bestimmten Situationen auch sehr wichtig und da sollten wir nicht immer das eine gegen das andere setzen. Das geht nicht und das ist in bestimmten Situationen auch nicht nötig und nicht notwendig und führt nicht zum Ziel. Und ich glaube, dass wir die verschiedenen Anstrengungen des Berliner Senats, die in den vergangenen Jahren unternommen wurden und jetzt auch noch mal fortgeschrieben werden bezüglich des Integrationskonzeptes, des Aktionsplanes gegen häusliche Gewalt und jetzt mit diesem Konzept komplementär zueinander sehen müssen.

Eren Ünsal

Für das Schlusswort habe ich die Bitte, auch noch mal auf die Frage von dem Herrn einzugehen, der zum Projekt „Starke Eltern, starke Kinder“ gefragt hat. Herr Piening.

Günter Piening

In den letzten Jahren sind durch die bessere Kooperation zwischen Schulen und Migrantenorganisationen sehr unterschiedliche Elternprojekte ins Leben gerufen worden. In zwei Projekten wurde versucht, das Programm „Starke Eltern, starke Kinder“ - wie es so heißt - auf bildungsferne, türkisch- und arabischstämmige Eltern zu übertragen. Es hat nicht so funktioniert, wie die Träger sich das erhofft haben, weil dieses Konzept offenbar zu sprachlastig ist. Selbst, wenn das Programm in arabisch oder türkisch oder zweisprachig durchgeführt wird, stößt das Programm an Grenzen. Das ist auch nicht allzu verwunderlich, dann häufig geht es nicht um Sprache oder Migrationshintergrund, sondern um soziale Schichtung und Bildungserfahrung. Wir brauchen auch in der Elternarbeit Standards, müssen stärker reflektieren, was funktioniert und was funktioniert nicht. Aber trotz dieser Einschränkung ist es integrationspolitisch sicher eine der wichtigen Entwicklungen der letzten Jahre, dass viele Schulen Kooperationen aufgebaut haben mit den Vereinen. Es ist zurzeit eine Art Aufbruchstimmung da, gerade was die Elternarbeit betrifft. Und damit wäre ich auch schon beim Schlusswort. Diese Aufbruchstimmung prägt auch den Geist der hier zur Diskussion stehenden Empfehlungen der Landeskommision. Vor einigen Jahren wäre so eine Debatte schwieriger gewesen, weil sie mehr von gegenseitiger Schuldzuweisung geprägt gewesen wäre. Ich erinnere mich noch sehr gut, als ich 2003 die von Dr. Gesemann erarbeitete Studie zur Gewalt männlicher Jugendlicher mit Migrationshintergrund vorlegte. Es kam sehr schnell der Reflex: Wer das thematisiert, stigmatisiert Migrantenjugendliche. Hier hat es eine Öffnung der Diskussion auf allen Seiten gegeben; ohne Schuldzuschreibung wird über die gesamte Bandbreite der Problematik diskutiert. Für mich ist zentral, dass wir in diesem Themenfeld auf Senatsebene diese in der Arbeitsgruppe begonnene Kooperation zwischen Organisationen, Polizei, Senatsverantwortlichen fortführen und eine Struktur finden, auf der auf gleicher Augenhöhe weitergearbeitet werden kann. Mit dem Landesbeirat für Integration und Migration haben wir genau die positiven Erfahrungen einer solchen Kooperation erstmals gemacht.

Dieses Papier und sein Zustandekommen zeugt davon, dass dieses Gefühl der Gemeinsamkeit, das alle hier beschworen haben, da ist, und jeder in seinem Bereich Verantwortung übernehmen will.

Wenn ich vorhin von dem drohenden Bild einer verlorenen Generation von männlichen Jugendlichen sprach, dann habe ich das nicht ohne provokativen Unterton gemacht. Damit dürfen wir uns nicht abfinden. Keiner darf verloren gehen - und genau deswegen müssen wir uns um diese Jugendlichen eben sehr stark kümmern.

Eren Ünsal

Dem ist im Grunde nicht so viel hinzuzufügen. Der Satz „Keiner darf verloren gehen“, ich glaube, das ist das Motto, das uns leiten sollte. Ich habe auch den Eindruck, dass wir doch einige Schritte gemacht haben. Heute habe ich immer wieder gehört, dass wir hier über ein gemeinsames Problem sprechen, über ein gesamtgesellschaftliches Problem und Gewalt ist nicht nur ein Thema, das bestimmte Gruppen von Menschen angeht, sondern das uns alle angeht. Nur eine gemeinsame Strategie, bei der viele Akteure Hand in Hand arbeiten, Eltern, Migrantenorganisationen, politische Entscheidungsträger, Projekte, Fachleute, nur so eine Strategie kann funktionieren. Was ich aber auch verstanden habe ist, dass es ein unglaublich komplexes großes Problemfeld ist, das wir heute in diesen zwei Podien wirklich nur ganz kurz anreißen konnten. Viele Themen sind unangesprochen geblieben. Wir hätten das wahrscheinlich auf mehrere Tage ausweiten können. Verzeihen Sie uns, dass wir nur auf einen ganz kleinen Ausschnitt der Probleme eingehen konnten. Aber ich denke, wenn es zwei Jahre gedauert hat, diesen Bericht zusammen zu stellen, wird es wohl dieselbe Zeit benötigen, um diese gemeinsame Strategie, von der wir reden, dann auch noch mal wirklich auf den Weg zu bringen und damit komme ich zurück zu etwas, was Herr Kolat in der ersten Podiumsrunde gesagt hat. Ich hoffe, wir werden es noch erleben, ja, wir werden noch die positiven Ergebnisse erleben, die dieser Bericht hoffentlich uns allen bringen wird.

Das wünsche ich uns und ich wünsche mir auch, dass Sie vielleicht noch fünf Minuten dableiben für eine Tageszusammenfassung, die mein Kollege Stephan Voß machen wird.

Stephan Voß

Meine Damen und Herren, natürlich werde ich keine Tageszusammenfassung mehr machen, sondern ich möchte mich eigentlich nur bei allen Beteiligten hier auf dem Podium, bei denen, die vorhin auf dem Podium waren, aber auch bei denen, die solange hier geblieben sind, bedanken. Ich will einen Gedanken noch einmal aufgreifen, den ich heute Morgen schon erwähnt hatte. Wir hatten in unserer Arbeitsgruppe Phasen, in denen wir uns überlegt haben, ob unsere Arbeit eigentlich wahrgenommen werden wird, ob es Sinn macht, was wir tun. Ich glaube der heutige Tag und auch die Diskussionen hier haben gezeigt, dass die Arbeit durchaus Sinn gemacht hat und dass sie noch nicht zu Ende ist. Ich danke Herrn Piening und Frau Nehring - Venus und auch Herrn Pieper, die aus der letzten Landeskommissionssitzung berichtet haben, dass die Arbeit an dieser Sache weitergeht, indem wir – „wir“ sage ich jetzt einfach mal so pauschal – versuchen werden, mit diesem Thema auch den Senat zu befassen. Ich glaube, das ist ein weiterer wichtiger Schritt und ich freue mich, dass auch diejenigen, die damals in der Arbeitsgruppe so engagiert waren, erleben dürfen, dass die Arbeit nicht heute beendet ist, sondern weitergeht. Ich danke Ihnen für diesen, wie ich finde, schönen Tag und wünsche Ihnen einen schönen Feierabend.

Autor/innenverzeichnis

Dr. Frank Gesemann

Diplom-Politologe, Geschäftsführer von M & S – Migration und Stadtentwicklung. Sozialwissenschaftliche Forschung und Lehre, Wissenschafts- und Praxisberatung, Politische Bildungsarbeit.

M & S – Migration und Stadtentwicklung
Schwalbacher Str. 2, 12161 Berlin
Tel.: 030 / 623 57 89
E-Mail: Frank.Gesemann@t-online.de

Thomas Härtel

Vorsitzender der Landeskommision Berlin gegen Gewalt.
Seit 2007 Staatssekretär für Sport bei der Senatsverwaltung für Inneres und Sport.
1999 bis 2006 Staatssekretär für Bildung, Jugend und Sport
Senatsverwaltung für Inneres und Sport
Klosterstr.47, 10179 Berlin

Dr. Manfred Heßler

Jg. 1951, Dr. phil., Diplom - Soziologe. Dozent an der Fachhochschule Dortmund, Fachbereich Angewandte Sozialwissenschaften. Arbeits- und Forschungsschwerpunkte: Jugend und Beruf, Jugendstraffälligenhilfe, Integration von Einwandererminoritäten, Sozialer Wandel, Familienpolitik; Co-Autor verschiedener Untersuchungen zur Kinder- und Jugenddelinquenz.

Anne Seyfferth

Leiterin des Forums Politik und Gesellschaft der Friedrich-Ebert-Stiftung, Berlin,
Hiroshimastr. 17, 10785 Berlin
Tel.: 030 / 2693 5832, Fax: 030 / 2693 5858
E-Mail: Anne.Seyfferth@fes.de

PD Dr. Hacı -Halil Uslucan

Vertretungsprofessor für Psychologie an der Universität Potsdam. Forschungsgebiete: Jugend und Gewalt im Kulturvergleich; Erziehung und Sozialisation in Migrantenfamilien; psychologische Akkulturationsbelastungen; Evaluation des islamischen Religionsunterrichts in Niedersachsen. Fortbildungen/Workshops zu interkultureller Sensibilität und interkultureller Kompetenz; psychologischer Sachverständiger für Familiengerichte.

Universität Potsdam;
Karl-Liebknecht-Str. 24 - 25, Haus 24; D - 14476 Potsdam
Tel.: 0331 / 97 72 889 (Uni Potsdam)
E-Mail: uslucan@uni-potsdam.de

Stephan Voß

Leiter der Geschäftsstelle der Landeskommision Berlin gegen Gewalt
Senatsverwaltung für Inneres und Sport, Landeskommision Berlin gegen Gewalt,
Klosterstr. 47, 10179 Berlin
Tel.: 030 / 9027 2910, Fax: 030 / 9027 2921
E-Mail: Stephan.Voss@SeninnSport.Berlin.de

Veröffentlichungen der Landeskommision Berlin gegen Gewalt

Broschüren und Papiere
Graffiti - wo liegen die Möglichkeiten und Risiken der Prävention? Dokumentation einer Fachtagung vom 8. Dezember 1995
Der Berliner „Aktionsplan Graffiti“ Ein zuständigkeitsübergreifendes Präventionsmodell, 1995
Berliner Modell: Kiezorientierte Gewalt- und Kriminalitätsprävention, 1996
Aktionsplan Graffiti - Fortschreibung, 1997
Schüler- und Elternbrief Graffiti, 1997
Aktionsplan Hilfen für wohnungslose Frauen, 1998
Psychische Krankheit bei wohnungslosen Frauen, 1998
Ein ergänzender Beitrag zum Aktionsplan Hilfen für wohnungslose Frauen
Antidiskriminierungsregelungen in den Bundesländern, 1998
Maßnahmen gegen Rechtsextremismus, Fremdenfeindlichkeit und Rassismus in Berlin, 1999
„Trainingsangebote zur Gewaltprävention - ein Wegweiser“, 2002
Handreichung für Schule und Jugendhilfe zum Umgang mit Schuldistanz, 2003
Häusliche Gewalt: Präventive Ansätze auf bezirklicher Ebene -Projekte, Maßnahmen, Aktivitäten, Initiativen, Strukturen, 2003
Adressen gegen Gewalt, 2004
Empfehlungen der von der Landeskommision Berlin gegen Gewalt eingesetzten Arbeitsgruppe „Schuldistanz“ zum Umgang mit Schuldistanz, 2004
Möglichkeiten für Gewalt- und Kriminalitätsprävention in der Berliner Schule – Informationspaket, 2005
Gewalt der Sprache – Sprache der Gewalt, Prof. Dr. Sybille Krämer, 2005
Integration von Migrantinnen und Migranten – Dokumentation des Open Space am 26./27.09.2006 der Landeskommision Berlin gegen Gewalt und der Friedrich - Ebert – Stiftung, 2006
Sexuelle Gewalt – Entwicklung und Standortbestimmung eines facettenreichen Themas des Kinder- und Frauenschutzes, Prof. Dr. Barbara Kavemann, 2007
Schreibwettbewerb der Landeskommision Berlin gegen Gewalt für alle Berliner Schulen zum Thema „Das ist mir fremd – das war mir fremd – das kenne ich“ – Die Suche nach Wegen zur interkulturellen Verständigung – Die Texte der Preisträgerinnen und Preisträger, 2007
Flyer
Flyer: Elterinformation „Null Bock auf Schule“ zum Thema Schuldistanz, 2003 Deutsch, Russisch, Türkisch, Arabisch,
Flyer: Elterninformation zum Thema: Was tun, wenn Ihr Kind erstmals beim Ladendiebstahl erwischt wurde?, 2004 Deutsch, Türkisch, Russisch, Polnisch, Arabisch, Serbo-Kroatisch
Elternflyer: Rechtsextremismus und Gewalt im Jugendalter, 2006
Hefte aus der Reihe Berliner Forum Gewaltprävention (BFG)
Berliner Forum Gewaltprävention Nr.1, 1999 <i>Schwerpunkt: Kommunale Prävention in Berlin</i>
Berliner Forum Gewaltprävention Nr.2, 2000 <i>Schwerpunkt: Gewaltprävention in der Schule Teil I</i>

<p>Berliner Forum Gewaltprävention Nr. 3, 2000 „Kriminalität, Gewalt und Gewalterfahrungen von Jugendlichen nichtdeutscher Herkunft in Berlin“ - Dokumentation eines Erfahrungsaustausches 2000</p>
<p>Berliner Forum Gewaltprävention Nr. 4, 2001 Dokumentation des 1. Berliner Präventionstages am 8.11.2000 <i>Schwerpunkte: Kommunale Prävention in Berlin, Schule - Jugend - Gewalt, Beteiligung von Gewerbe und Einzelhandel an der Präventionsarbeit, Beteiligung von Wohnungsbaugesellschaften an der Präventionsarbeit, Beteiligung ethnischer, kultureller und religiöser Minderheiten, Prävention und Polizei, Gewalt gegen Frauen und Mädchen</i></p>
<p>Berliner Forum Gewaltprävention Nr. 5, 2001 Dokumentation der Tagung „Wer ist fremd?“ am 6. Juli 2000 <i>Schwerpunkt: Binationalität</i></p>
<p>Berliner Forum Gewaltprävention Nr. 6, 2001 Dokumentation der Tagung „Kooperation von Jugendhilfe, Polizei und Justiz - Projekte und Standpunkte“ am 23. und 24.11.2000</p>
<p>Berliner Forum Gewaltprävention Nr.7, 2001 <i>Schwerpunkt: Gewaltprävention in der Schule Teil 2</i></p>
<p>Berliner Forum Gewaltprävention Nr. 8, 2001 <i>Schwerpunkt: Rechtsextremismus</i></p>
<p>Berliner Forum Gewaltprävention Nr. 9, 2002 Dokumentation des 2. Berliner Präventionstages am 10.10.2001 <i>Schwerpunkte: Männliche Sozialisation und Gewalt, Rechtsextremismus, Beteiligung - Vernetzung und Prävention, Justiz als Partner in der Prävention, Sport und Gewaltprävention, Kooperation von Polizei und Schule</i></p>
<p>Berliner Forum Gewaltprävention Nr. 10, 2002 <i>Schwerpunkt: Häusliche Gewalt</i></p>
<p>Berliner Forum Gewaltprävention Nr. 11, 2003 Dokumentation des 3. Berliner Präventionstages am 14.11.2002 <i>Schwerpunkte: Gewalt in der Erziehung, Kommunale Gewalt- und Kriminalitätsprävention, Männliche Sozialisation und Gewalt, Soziales Lernen in der Schule, Häusliche Gewalt, Rechtsextremismus, Anti-aggressionstraining</i></p>
<p>Berliner Forum Gewaltprävention Nr. 12, 2003 <i>Schwerpunkt: Kriminalitätsoffer</i></p>
<p>Berliner Forum Gewaltprävention Nr. 13, 2003 <i>Schwerpunkt: Rechtsextremismus und Gewalt im Jugendalter – Eine Elterninformation</i></p>
<p>Berliner Forum Gewaltprävention Nr. 14, 2004 <i>Schwerpunkt: Schuldistanz</i></p>
<p>Berliner Forum Gewaltprävention Nr. 15, 2004 <i>Schwerpunkt: 10 Jahre Landeskommision Berlin gegen Gewalt</i></p>
<p>Berliner Forum Gewaltprävention Nr. 16, 2004 Dokumentation des 4. Berliner Präventionstages am 13.11.03 <i>Schwerpunkte: Prävention und Wirtschaft, Gewalt in der Erziehung, Ressourcen für die Gewaltprävention, Opfer von Rechtsextremismus, Streitschlichtung im Stadtteil, PiT – Prävention im Team, Jugendrechtshäuser und Rechtspädagogik</i></p>
<p>Berliner Forum Gewaltprävention Nr. 17, 2004 Dokumentation des Workshops zur Jugenddelinquenz – Entwicklungen und Handlungsstrategien - vom 29.04. bis 30.04.2004</p>
<p>Berliner Forum Gewaltprävention Nr. 18, 2004 Rechtsextremismus, Fremdenfeindlichkeit, Antisemitismus – Programme, Maßnahmen, Projekte</p>
<p>Berliner Forum Gewaltprävention Nr. 19, 2005 Dokumentation der Konferenz der Friedrich - Ebert - Stiftung und der Landeskommision Berlin gegen Gewalt „Erziehen für's Leben - Eltern in der Verantwortung“ am 30.11.2004, <i>Schwerpunkt: Elternkurse</i></p>

<p>Berliner Forum Gewaltprävention Nr. 20, 2005 Dokumentation der Fachtagung „Engagement erwünscht! Konsequenzen aus Berliner Bezirksstudien und Lokalen Aktionsplänen für Demokratie und Toleranz“ am 23. November 2004 in der Friedrich - Ebert - Stiftung <i>Schwerpunkt: Rechtsextremismus, Fremdenfeindlichkeit und Antisemitismus</i></p>
<p>Berliner Forum Gewaltprävention Nr. 21, 2005 Dokumentation des 5. Berliner Präventionstages am 3.11.2004 <i>Schwerpunkte: Gewalt der Sprache, Antisemitismus, Prävention und Medien, Intensivtäter, Präventionsräte für alle Berliner Bezirke?, Communities von Bürger/innen nichtdeutscher Herkunft und Gewaltprävention, Prävention im Internet</i></p>
<p>Berliner Forum Gewaltprävention Nr. 22, 2005 Soziales Lernen in der Berliner Schule - Grundlagen, in Unterricht und Schulleben, Lernprogramme</p>
<p>Berliner Forum Gewaltprävention Nr. 23, 2005 Plakatwettbewerb der Landeskommission Berlin gegen Gewalt „Die Opfer von rechter Gewalt brauchen Unterstützung“</p>
<p>Berliner Forum Gewaltprävention Nr. 24, 2006 Dokumentation des 6. Berliner Präventionstages am 24. November 2005 <i>Schwerpunkt: Männlich Sozialisation und Gewalt</i></p>
<p>Berliner Forum Gewaltprävention Nr. 25, 2006 Dokumentation der Tagung „Häusliche Gewalt gegen Migrantinnen am 22.2.2006“</p>
<p>Berliner Forum Gewaltprävention Nr. 26, 2006 <i>Schwerpunkt: Intensivtäter Teil I - Ergebnisse der Analyse von „Intensivtäterakten“ der Staatsanwaltschaft Berlin</i></p>
<p>Berliner Forum Gewaltprävention Nr. 27, 2007 Dokumentation der Fachtagung „Das jugendliche Opfer“ vom 28. September 2006</p>
<p>Berliner Forum Gewaltprävention Nr. 28, 2007 Gewalt von Jungen, männlichen Jugendlichen und jungen Männern mit Migrationshintergrund in Berlin – Bericht und Empfehlungen einer von der Landeskommission Berlin gegen Gewalt eingesetzten Arbeitsgruppe</p>
<p>Berliner Forum Gewaltprävention Nr. 29, 2007 Dokumentation des 7. Berliner Präventionstages am 01. November 2006 <i>Schwerpunkt: Psychische Gewalt</i></p>
<p>Berliner Forum Gewaltprävention Nr. 30, 2007 Berliner Projekte gegen Rechtsextremismus – Forschungsbericht des Zentrums für Antisemitismusforschung, Arbeitsstelle Jugendgewalt und Rechtsextremismus an der TU Berlin</p>
<p>Berliner Forum Gewaltprävention Nr. 31, 2007 Schreibwettbewerb der Landeskommission Berlin gegen Gewalt – „Das ist mir fremd. Das war mir fremd. Das kenne ich. Die Suche nach Wegen zur interkulturellen Verständigung“</p>
<p>Berliner Forum Gewaltprävention Nr. 32, 2007 Dokumentation der Tagung „Männliche Sozialisation und Gewalt - Geschlechtsbewusste Arbeit mit Jungen: Kita, Schule, Jugendhilfe, Familie, Sport am 29. und 30.08.2006</p>
<p>Berliner Forum Gewaltprävention Nr. 33, 2007 Intensivtäter in Berlin - Teil II Ergebnisse der Befragung von „Intensivtätern“ sowie der Auswertung ihrer Schulakten</p>
<p>Berliner Forum Gewaltprävention Nr. 34, 2007 SCHLAGWORT Integration – Junge Zuwanderer und Gewalt in Berlin Dokumentation der Tagung am 27. und 28. August 2007 <i>Schwerpunkt: Gewalt von jungen männlichen Personen mit Migrationshintergrund in Berlin</i></p>

Alle Veröffentlichungen der Landeskommission Berlin gegen Gewalt können unter www.berlin-gegen-gewalt.de herunter geladen werden oder bestellt werden bei der

Landeskommission Berlin gegen Gewalt
Klosterstr. 47, 10179 Berlin
Tel.: 9027 2913, Fax: 9027 2921

